



Illustration: Philip Heider

Die Klimabewegung von Morgen // 3

Die Rente ist sicher? // 8

Zum 75. Gedenktag der Auschwitzbefreiung // 11

Das deutsche Gesundheitssystem und seine Defizite // 12

Interview mit Zukunftsforscher Johannes Kleske // 20

Digitale Lehre

Wie wir unsere Universitäten verlieren

Hochschullehrer, Fachbereichsleiterinnen, die gesamte erweiterte universitäre Führungsriege geben in diesen Corona-Zeiten gerne die digitalen Pioniere Deutschlands. Ihr Pioniergeist äußert sich in „Zentren für digitalen Wandel“, „e-learning“-Projekten, „Wiseflow“-Klausuren und „Zoom“-Unterricht. Die universitäre Landschaft müsse endlich im 21. Jahrhundert ankommen, der digitale Wandel wie eine frische Brise durch verstaubte Seminarräume ziehen. Es ginge in diesen Zeiten darum, Durchhaltevermögen zu beweisen. Eine Verzögerung des Lehrbetriebs dürfe man sich nicht erlauben, das könne weder den Studierenden noch dem Arbeitsmarkt zugemutet werden. Und überhaupt: Die Krise als Chance sehen! Nicht groß lamentieren, sondern nachholen, was ohnehin seit Jahren wartet: Die Digitalisierung der Lehre! An amerikanischen Unis schon längst selbstverständlich, müssten wir in Europa endlich nachziehen. Dem Virus jetzt mit einem gemeinsamen Kraftakt auch an den Universitäten begegnen! Solche kämpferischen Töne sind wir seit einigen Wochen aus den Newslettern, Interviews und Videokonferenzen gewöhnt. Nicht nur von Politik und Wirtschaft, sondern zuletzt eben auch von den Universitäten. Zwar müssen sich Lehrende und Studieren-

de in Zeiten der Kontaktbeschränkungen der Realität anpassen. Doch die digitale Lehre – heute noch praktisches Hilfsmittel zur Corona-Bekämpfung – könnte von der Ausnahme zur Regel werden. Nicht zum ersten Mal würden Ausnahmeregelungen den Ausnahmezustand überdauern. Die Entscheidungen für das Sommersemester 2020 werden die Universitäten womöglich langfristig prägen. Digitalisierte Lehre darf auf diese Weise nicht zur Norm werden. Zwar benötigen viele Universitäten eine bessere, entbürokratisierte Organisationsstruktur. Digitalisierung spielt dabei eine wichtige Rolle. Es spricht auch wenig dagegen, gelerntes Wissen digital abzuprüfen – etwa über sogenannte „Wiseflow“-Klausuren. Die Lehre aber, der Kern der Universitäten, sollte auf lange Sicht von der Digitalisierung verschont bleiben. Die Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden macht gute Lehre aus. Nicht die reine Wissensvermittlung steht dabei im Vordergrund, sondern ein gemeinsames Erleben. Lehre ist gemeinsames Fühlen, Tasten und Suchen. Lehre ist kein bestimmtes Lehrbuch oder innovatives Lehrvideo, vielmehr ist sie dem Werkbegriff nicht zugänglich, sondern geht im momentanen Ereignis auf. Lehre ist also einzigartig, flüchtig und bereits im Erscheinen im Verschwinden begriffen. Sie erschöpft sich nicht im Verstehen oder der Wissensvermittlung. Vielmehr geht es auch um Schwellenerfahrungen, liminale Zustände, ästhetische Erfahrung.

Häufig ist es erst die körperliche Präsenz von Lehrenden und Studierenden, die solche Erfahrung auslöst. Sie ermöglicht Aktion und Reaktion, Nicken, Kopfschütteln, Räuspern, Augenverdrehen, etc. Aktion und Reaktion können Rollenwechsel zur Folge haben, Lehrende können von Akteuren zu Zuhörern werden, ebenso wie Studierende von Zuschauern zu Akteuren. Erst die körperliche Präsenz ermöglicht die Gemeinschaft von Lehrenden und Studierenden in einer Art und Weise, wie es Videokonferenzen nicht gelingen kann. Ideen von der Lehre als Video-Livestream verharren in einer Rezeptionsästhetik, die lediglich der Wissensvermittlung entspricht. Denn der Video-Livestream trennt Akteure von Zuhörern, Lehrende von Studierenden; sie können nicht mehr körperlich interagieren. Es wird nur das Gesagte rezipiert, ohne ein (körperliches) Feedback zu generieren. Lehre ist dann nicht mehr gemeinsames Erleben, sondern Sprechen oder Zuhören während alleine zu Hause auf einen Bildschirm geguckt wird. Warum aber bedarf es des (ästhetischen) Erlebens in der Lehre; ist mit der Wissensvermittlung nicht schon viel gewonnen? Die Antwort dürfte vom Ideal der Universität abhängig sein. Dient die Universität in der Hauptsache der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt, so ist Wissensvermittlung ihre zentrale Aufgabe. Für die meisten ist Universität jedoch mehr als das, nämlich zuallererst ein gemeinschaft-

licher Raum, der den gesamten Campus als real existierenden Ort umfasst. Dieser physische Raum dient dem Austausch, dem Ausprobieren, er ist zuvorderst ein Lebensort, der durch gemeinsames Erleben erst entsteht. Hier hat die Unsicherheit ihren Platz, das Ambivalente und das Unbestimmte. Hier darf es nicht nur um Optimierung gehen, um Effizienz. Der gemeinschaftliche Raum Universität ist als solcher einzigartig in einer Gesellschaft, die sich weiterhin durch zunehmende Optimierung und Effizienz definiert. Das Kernstück dieses gemeinschaftlichen Raums ist die Lehre. Hörsäle und Seminarräume sind die Orte, an denen Universität als gemeinsames Erleben stattfindet. Hier wird das Lernen zum Erleben. Digitale Lehre aber annulliert dieses Lehrereignis. Und nicht nur das: Sie verhindert auch sonstiges Campus-Leben. Wer keine Vorlesungen oder Seminare besucht, der benötigt vorher keine Cafeteria, geht nachher nicht in die Mensa. Der Raum Universität geht so verloren. Die digitalisierte Lehre mag in pandemischen Zeiten ihre Berechtigung haben. Es gibt momentan wenig einfache Lösungen. Doch sollte das Virus nicht dauerhaft die Form der Lehre im 21. Jahrhundert bestimmen.

.....
Philip Eschenhagen
- Bucerus Law School -



EDITORIAL

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Voller Stolz können wir euch verkünden, dass nicht nur unsere Kooperation mit unserem Förderer, der Kursbuch Kulturstiftung, verlängert wurde, sondern die PuG sich nun auch preisgekrönt nennen darf! Beim Campus Presse Award 2019 wurden wir für unsere Ausgabe zum Thema FREMDE mit einem Sonderpreis geehrt. Großartige Aussichten also, um in die ZUKUNFT zu blicken!

Andererseits war Albert Einstein der Meinung: „*Ich denke niemals an die Zukunft. Sie kommt früh genug.*“ Gerade das Corona-Virus verdeutlicht: Zukunft ist schwer planbar und lässt sich wohl kaum durch einen Blick in die Glaskugel vorhersagen. Dennoch gibt es Zukunftsforscherinnen und -forscher wie *Johannes Kleske*, die „Zukünfte“ entwerfen – wie ihr in unserem Interview lesen könnt.

Allerdings darf auch eine gewissenhafte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nicht fehlen – zum 75. Gedenktag der Befreiung des KZ Auschwitz möchten wir ein Zeichen gegen Antisemitismus und Rassismus setzen. Wir sind noch längst nicht in einer hassfreien Gesellschaft angekommen, mahnt *Das Ende der Gleichgültigkeit*. Doch damit die Gesellschaft sich ändert, müssen auch wir uns ändern! Wie *Systemfehler*

zeigt: Spätestens die aktuellen Black Lives Matter-Proteste sollten ein Weckruf für jede und jeden sein, offener durchs Leben zu gehen, Vorkommnisse kritischer zu hinterfragen und den nötigen Mut zu haben, einzuschreiten, statt wegzusehen.

Auch wenn die letzten Wochen viel in unserem Alltag verändert haben, Menschen sind anpassungsfähig. Dies zeigen beispielsweise die neuen Formen der Fridays for Future-Bewegung von morgen oder die (wohl zu) schnelle Umstellung der universitären Lehre auf reine Online-Veranstaltungen.

Zudem betrachten wir neue Konzepte und fragen uns, ob *autofreie Innenstädte* und die Akzeptanz des Familienbildes gleichgeschlechtlicher Paare nicht mehr nur Wunschvorstellungen, sondern bald Realität sein sollten. Ihr seht also: Euch erwartet weit mehr als nur Corona in dieser Ausgabe!

Wir wünschen euch allen eine anregende Lektüre und auch für eure ganz persönliche Zukunft – gerade in dieser Zeit – Neugier und Mut!

Habt viel Freude beim Lesen!

Eure Chefredaktion

Dear readers!

We are proud to announce that not only has our cooperation with our sponsor, Kursbuch Kulturstiftung, been extended, but PuG can now call itself award-winning! At the Campus Presse Award 2019 we were honoured with a special prize for our issue on the topic of STRANGERS. Great prospects, then, for looking into the FUTURE!

Albert Einstein said: „*I never think about the future. It will come soon enough.*“ The corona virus makes it clear that the future is difficult to plan and can hardly be predicted by looking into a magic crystal ball. Nevertheless, there are futurologists like *Johannes Kleske* who design futures – as you can read in our interview.

However, we also need a conscientious confrontation with the past – especially as 2020 marks the 75th memorial day of the liberation of Auschwitz concentration camp. Yet, we are far from living in a hate-free society, admonishes *Das Ende der Gleichgültigkeit*. But for society to change, we too must change! As *Systemfehler* shows: The present Black Lives Matter protests should be a wake-up call for everyone to go through life more openly, to question incidents more critically and to have the necessary courage to intervene instead of looking away.

Even though the last few weeks have changed a lot in our daily lives, we can adapt to new situations. This is shown, for example, by the new forms of the Fridays for Future protests or the (probably too) fast conversion of university teaching to purely online classes.

We also look at new concepts and ask ourselves whether car-free inner cities and the acceptance of the family image of same-sex couples should no longer be just wishful thinking, but should soon become reality. As you can see, you can expect much more than just Corona in this issue!

We wish you all a great reading experience and for your own personal future – especially in these times – lots of curiosity and courage!

Enjoy reading!

Your editors in chief

Gendern ist wichtig, sagen die einen, weil Sprache wirke und weil sie sich wandeln könne. Dagegen wird gestritten mit dem Argument, das generische Maskulinum sei die sprachlich korrekte Form, wenn Frauen und Männer angesprochen werden. Oft wird auch auf die Umständlichkeit der gegenderten Form verwiesen. Welcher Meinung man sich auch anschließen mag,

Gendern wir? Ein Wort der Redaktion zum Diskurs

richtig ist: Gendern ist heute eine Frage der politischen Meinung. Deshalb lassen wir unseren Autorinnen und Autoren die Wahl, wie sie es halten möchten. Auch hier ist es unser Anliegen, ihrer Haltung bestmöglich Gehör zu verschaffen. Als Redaktion der PuG haben wir uns entschieden, unsere eigenen Texte zu gendern.

INHALT

1 Titelstory: Digitale Lehre

Politik

- 3 Die Klimabewegung von Morgen
- 4 Die offene existenzielle Frage
- 5 Mit Vollgas in die autofreie Innenstadt
- 6 Von Wasserstoff und Flugtaxis
- 7 Eine politische Kultur des Ernstfalls?
- 8 Die Rente ist sicher?

Gesellschaft

- 10 Systemfehler
- 11 Ende der Gleichgültigkeit
- 12 Über verlorene Gestaltungsmöglichkeiten
- 12 Corona und dann...?
- 14 Das deutsche Gesundheitssystem und seine Defizite
- 15 Kinder ohne Sex
- 17 Von Elektroautos und anderen Flammenwerfern
- 18 Eine Begegnung
- 19 Welt wärmer, Gesellschaft kälter

Recht & Wissenschaft

- 20 „Macht euch auf den Weg, aber beißt euch nicht an Ideen fest!“
Gespräch mit Johannes Kleske
- 21 Die Welt braucht mehr Führungspersönlichkeiten, die in sich ruhen
- 22 Expertenprognosen als Entscheidungsgrundlage?
- 23 Das Recht im Umgang mit modernen Familien

Kunst & Kultur

- 25 Überlebenskünstler
- 26 Kinderträume
- 27 Nichts
- 27 Die Welt im Wandel
- 27 Nicht hinauslehnen

POLITIK



Die Klimabewegung von Morgen

Aufgrund der Coronakrise findet die Klimabewegung aktuell kaum Erwähnung in den Medien, übliche Aktionsformen sind in der Praxis nicht mehr möglich. Die Klimakrise und der ökologische Kollaps schreiten trotzdem weiter voran. Wie kann es die Klimabewegung schaffen, die entscheidende Zeit nach Corona zu prägen?

Das Jahr 2019 war der Beginn einer neuen Ära von Klimaprotesten. Mit Fridays for Future, Extinction Rebellion und vielen anderen traten neue Gruppen in den Radar der allgemeinen Öffentlichkeit und sorgten mit ihren Aktionen für Aufsehen. Anstatt freitags in die Schule zu gehen, wurde gestreikt. An Stelle von Autos besetzten Menschen die Straßen, und hielten offene Versammlungen mitten in der Stadt ab (siehe auch den Artikel über Bürger:innenversammlungen in der letzten Ausgabe). Tausende fanden sich plötzlich auf der Straße wieder und setzten sich gemeinsam für den Strukturwandel ein, von dem viele wissen, dass er schon lange überfällig ist.

Aber 2019 ist auch ein Jahr, mit dessen politischen Ergebnissen wir uns lange nicht zufriedengeben können. Denn nun gibt es ein Klimapakete, das sich eher als „Päckchen“ bezeichnen lässt. Die falschen Versprechungen der Regierung werden sichtbar: Das Kohlekraftwerk Datteln 4 soll eingeschaltet werden. Der sogenannte „European Green Deal“ wird seinem Namen nicht gerecht und lässt sich eher als Ablenkungsmanöver der EU bezeichnen. Und aufgrund des Ausbruchs von COVID-19 sind vorläufig keine physischen Großaktionen mehr möglich – was Aktivist:innen natürlich nicht davon abgehalten hat, im Internet kreativ zu werden und oft ganz zufällig ein Plakat in der Warteschlange beim Bäcker dabeizuhaben. Aber die Tatsache bleibt: Die Berichterstattung über die Klimabewegung hat seit dem Ausbruch des COVID-19 Virus erheblich abgenommen. Sogar bereits vor dem Ausbruch des Virus zeichnete sich ab, dass das Interesse der Medien für die Aktionen langsam nachließ. Aber warum ist die Berichterstattung für soziale Bewegungen überhaupt so wichtig?

„Eine Bewegung über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“

Als „Immunsystem“ der Gesellschaft macht eine soziale Bewegung auf Probleme aufmerksam, die Wirtschaft und Politik selbst nicht erkennen können oder wollen. Ihre Ziele kann sie nicht direkt erreichen, sondern nur indem sie öffentliche Aufmerksamkeit erregt und damit die Bevölkerung beeinflusst. Obwohl ihr Anliegen und Narrativ auch durch soziale Medien veröffentlicht wird, versprechen diese nicht die gleiche Reichweite wie Massenmedi-

en. Nein, Aktivist:innen müssen ihre Themen in die Massenmedien bringen, denn diese sind aktive Mitgestalter der Erzählung über die Klimakrise. Sie bestimmen, welche Geschichten sich durchsetzen und beeinflussen dadurch die Meinung von Medienrezipient:innen. Diese können dann als Wähler:innen, Konsument:innen oder Unterstützer:innen entsprechende Reaktionen in der Politik und Wirtschaft hervorrufen.

Es ist aber nicht leicht, Kritik an Gesellschaftsformen in die Medien zu bringen, in welchen Klimaaktivist:innen die Ursachen der Klimakrise sehen – besonders dann nicht, wenn diese Kritik nicht mit dem aktuellen Diskurs kompatibel ist. Da Medien in der Regel auf die Aufmerksamkeit der Rezipient:innen angewiesen sind, berichten sie bevorzugt über Ereignisse, die einen Neuigkeitswert oder sogenannte Nachrichtenwerte enthalten. Nachrichtenwerte sind beispielsweise Konflikte, (bekannte) Personen oder die geografische Nähe eines Ereignisses. So wurde besonders bei Fridays for Future die gewählte Aktionsform der „Schulstreiks“ Brennpunkt der Diskussion, während bei Extinction Rebellion die Legitimität von gewaltfreiem zivilen Ungehorsam als politisches Mittel zur „Verbesserung des Staates“ in den Mittelpunkt rückte. Dass die Klimabewegung seit Anfang 2019 so stark in der Öffentlichkeit vertreten war, zeigt, wie viele Nachrichtenwerte sie mit ihren Aktionen und den dazu gehörigen Erzählungen bedienen konnte: Sie stellte für die Medien eine gefundene Goldgrube dar.

„Bad News is good News“

Aber wie negativ darf die Berichterstattung über eine soziale Bewegung sein, damit sie noch erfolgreich sein kann? Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, welchen Einfluss die Art der Berichterstattung auf die Meinungsbildung bei den Rezipient:innen hat. So heißt es: „Bad news is good news, good news is no news, and no news is bad news“. Hier kommt die Tatsache ins Spiel, dass Medien nicht nur bevorzugt über Ereignisse berichten, die einen Nachrichtenwert beinhalten, sondern sich in der Berichterstattung auch meistens auf diese Aspekte konzentrieren. Der SPIEGEL beispielsweise berichtete in der Hälfte aller Artikel über Fridays for Future in den

ersten sechs Monaten der Bewegung über die gewählte Aktionsform der Schüler:innen. Die provozierte gesellschaftliche Empörung war also das, was die Berichterstattung in erster Linie katalysierte. Hätten die Jugendlichen brav nach der Schule protestiert, hätte das keine 1,3 Millionen Menschen auf die Straße gebracht. Die hohe Berichterstattung über die Besetzung des Hambacher Walds und die Rebellionswoche im Oktober 2019 von Extinction Rebellion zeigt außerdem, dass auch radikalere Aktionsformen durchaus zu einer positiven Berichterstattung führen können. Denn es sind die diesem gewaltfreien zivilen Ungehorsam anheftenden Erzählungen, die entscheiden, ob wir Empathie verspüren oder Ablehnung.

Die Macht von Erzählungen

Mit dieser Art von medialer Aufmerksamkeit, die durch aufsehenerregende Aktionen, berührende Geschichten von Menschen, und öffentlich ausgetragenen Debatten erreicht wird, werden Ideen für eine bessere Welt sichtbar und schaffen den Sprung in die Köpfe der Menschen. Um Menschen für unser Anliegen zu mobilisieren, müssen wir mitbestimmen, wovüber sie zuhause beim Abendbrot reden und vor allem: wie sie darüber reden. Um den überfälligen nachhaltigen Strukturwandel einzuläuten, sollten wir als Erstes die alte Geschichte mit einer neuen Erzählung ersetzen. Wir müssen den Diskurs verschieben, und ändern, was denk-, sag- und machbar ist!

In der Geschichte der Menschheit wurden schon tausende Ideen durch neue bessere Ideen ersetzt. So war es vor hundert Jahren noch undenkbar, dass sich Autos als unser Haupttransportmittel durchsetzen. Sie galten als viel zu gefährlich. So ist es möglich, dass sich in weiteren hundert Jahren Menschen im Museum Bilder von unseren Diesel-Autos, Kohlegruben, und Giftmüllhalden angucken, nur um sich dann verächtlich zu denken „Wie unverantwortlich und altmodisch die Menschen damals waren!“ und sich ganz gemütlich in den elektrischen SkyTrain zu setzen, der sie über den Häusern der Stadt geräuschlos, kostenlos und sicher in kürzester Zeit an ihr Ziel bringt.

Corona, ein Game-Changer

Viele der aufsehenerregenden Aktionen und Erzählungen, die wir uns ursprünglich für

2020 überlegt hatten, können wir aber vorerst ad acta legen. Corona hat für eine Veränderung des medialen, gesellschaftlichen und politischen Resonanzraums gesorgt. Obwohl die Coronakrise kein Krieg im herkömmlichen Sinne ist, traumatisiert sie viele Menschen auf unterschiedlichen Ebenen. Neben dem Virus selbst sind finanzielle Belastungen, häusliche Gewalt, oder tiefe Sorge um die Liebsten für viele Menschen die harte Realität geworden. Auf einmal stehen die Themen, welche die Klimabewegung bisher mit ihren Aktionen und Erzählungen aufgegriffen hat, nicht mehr im Fokus des Geschehens. Stattdessen werden die Nachrichten dominiert von Fallzahlen, Sterberaten, der Fragilität unseres Gesundheitssystems, und der geografischen Ausbreitung des Virus. Weniger prominent dagegen: Die Ungerechtigkeit der marktwirtschaftlichen Verteilung von essentiellen Gütern wie Mundschutzmasken, die klimaschädlichen Investitionspakete zur Rettung der Wirtschaft und der Zusammenhang zwischen unserem Konsumverhalten, der Abholzung des Regenwaldes und Corona.

In der Zeit nach der ersten Welle des Coronavirus wird in den Medien wieder mehr Platz für andere Themen sein. Dann wird sich die Gesellschaft Gedanken darüber machen, wie sie so schnell wie möglich wieder zur vermeintlichen „Normalität“ zurückkommen kann. Sie wird eine Erzählung suchen, die bestimmt, wie wir die Wirtschaft stabilisieren und wie wir weitere Krisen vorbeugen können. Es wird einen „Konkurrenzkampf“ zwischen den Erzählungen geben und eine davon wird sich durchsetzen. Daran müssen wir teilnehmen. Wenn wir es Nichts tun, wird sich eine Erzählung durchsetzen, die wir nicht beeinflusst haben und welche die nächste Krise katalysieren wird.

Wir brauchen eine neue Erzählung

Denn wir Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen wissen, dass es keine Normalität und Stabilität geben kann, solange wir nicht alle miteinander verbundenen Krisen, die Coronakrise, die Klimakrise, Umweltzerstörung und der Kollaps der Ökosysteme, in ihren Ursachen, anstatt nur ihren Symptomen bekämpfen. „Social Distancing“, Rettungsschirme und Impfungen sind wichtige kurzfristige

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 5

Maßnahmen, um die jetzige Krise in den Griff zu bekommen, aber sie reichen nicht aus, um die nächste zu verhindern. Symptombekämpfende Maßnahmen dieser Art sind schön und gut, solange nicht die nächste Pandemie in ein paar Jahren ausbricht. Sie werden Fledermäuse auf jeden Fall nicht daran hindern, von ihrem Zuhause im Regenwald auf Sumatra nach Malaysia weiter zu ziehen, nachdem ihr Zuhause von den palmölhungrigen Bulldozern zerstört wurde. Sie werden Fledermäuse nicht davon abhalten, plötzlich enger mit Schuppentieren zusammen zu leben, als es von der Natur jemals vorgesehen war. Nichts wird das nächste Virus davor stoppen, begünstigt durch Massentierhaltung, schließlich mit einem Menschen in Kontakt zu kommen, der das Virus von da an weitere Menschen verbreitet. Nein, wahre Stabilität und Normalität kann es nur mit dem Schutz unseres Klimas und unserer Ökosysteme geben.

Die Erzählung vom Klima, von CO₂-Emissionen und Treibhausgasen ist die, welche die Klimabewegung im letzten Jahr am meisten in die Öffentlichkeit gerückt hat. Aber sie ist auch für viele Menschen (noch) abstrakt. Sie bezieht sich auf das Klima, als ob es von unserem Wirtschaftssystem, von unserer Gesundheit und von dem Ausbruch neuartiger Krank-

heiten isoliert werden kann. Für die Zeit nach der Coronakrise brauchen wir eine Erzählung, die, ironischerweise ähnlich wie Corona, konkret und unmittelbar ist. Eine Erzählung, die beantwortet, wie wir die Gesundheit der Menschen am besten schützen können. Eine Erzählung, welche die direkte Verbindung zwischen der Menschheit und der Natur aufzeigt. Eine Erzählung, die zeigt, dass Klimaschutz kein Luxusproblem ist, sondern der Grundbaustein einer resilienten Gesellschaft. Klima- und Naturschutz ist Gesundheitsschutz.

Der Zusammenhang zwischen dem Ausbruch von neuartigen Krankheiten und der Zerstörung unserer Umwelt ist so konkret, dass er, sobald einmal erkannt, nicht mehr zu ignorieren ist. Sobald diese Erzählung von den Massenmedien aufgegriffen wird, werden auch die letzten Zweifler:innen realisieren, dass der Wald, in dem sie seit Jahren spazieren gehen, jedes Jahr mehr Bäume verliert und auch die Vögel immer weniger werden; sie werden merken, wenn der Fluss, in dem sie so gerne schwimmen, immer weiter austrocknet und verschmutzt. Es ist möglich, diese Fürsorge für die Natur auch auf die großen tropischen Regenwälder wie in Indonesien und Brasilien auszubreiten. Aber der größte Vorteil dieser Erzählung ist, dass sie konkrete Handlungs-

möglichkeiten enthält. Während der Gedanke an die Klimakrise, so weit weg, abstrakt und komplex sie wirkt, Menschen oft in Resignation oder Leugnung verfallen lässt, knüpft die Erzählung der Ökosysteme und Resilienz unmittelbar an die Lebensrealität der Menschen an: Wir können Bäume pflanzen, Müll sammeln und Biodiversität im Kleinen wiederherstellen. Guerilla gardening, "Platzpark"-, und dezentrale Selbstversorgungs-Aktionen sind auch jetzt schon möglich. Wir können mit eigenen Augen sehen, wie sich die Natur erholt und welche positiven Auswirkungen das auf die Artenvielfalt und auf uns selbst hat. Wir können die Veränderung sein und gleichzeitig erleben.

Die post-Corona Klimabewegung

Es wird eine Phase geben, in der sich die Medien allmählich weniger auf das Virus fokussieren, sondern mehr auf die Zeit danach. Bereits jetzt beginnen Politik und Großkonzerne mit einer einzigen brennenden Frage über Konjunkturmaßnahmen, Rettungsschirme und Kredite zu diskutieren: "Wie können wir bloß wieder Normalität herstellen?"

Falsche Frage.

Nur damit die Automobilindustrie noch ein

paar Jahre länger ihre schmutzigen Autos produzieren kann, können wir nicht die Leben tausender Menschen riskieren. Nur damit vorläufige „Normalität“ eintritt, werden wir nicht zum Ausbruch eines neuen Virus beitragen, indem wir weiter den Regenwald zerstören. Nein, in der jetzt beginnenden entscheidenden Phase, in der unsere Welt nach Corona bestimmt wird, werden wir Klimaaktivist:innen von Jobs reden, die uns nicht töten werden. Mit unseren voll von motivierenden, Mut machenden Geschichten und wissenschaftlichen Fakten gefüllten Köpfen werden wir von einem Klimarettungsschirm erzählen, der die resiliente Gesellschaft und unsere Gesundheit in den Mittelpunkt stellt. Wir werden kreative Aktionen durchführen, protestieren und unsere neu gewonnenen digitalen Fähigkeiten einsetzen, um einen Aufschrei zu erzeugen, der die nachhaltigere, gemeinschaftlichere und bessere Welt für alle einläuten wird. Es wird einen Kampf der Erzählungen geben. Unsere wird dabei sein.

.....

Clara S. Thompson

- Universität Leipzig,

Aktivistin bei Extinction Rebellion -

Die offene existenzielle Frage

Wirtschaftliche Folgen der Coronakrise

Eine meiner persönlichen Lehren aus Corona ist, dass das, was wir heute für unmöglich halten, morgen schon Realität sein kann. Der Verzicht auf Flugreisen ist machbar, innereuropäische Grenzen können geschlossen werden. Ja, sogar die Digitalisierung und Zoom gewinnen gegen die deutsche Faxbürokratie. Deutschland ist handlungsfähig, wenn existenzielle Fragen wie die Volksgesundheit oder die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft im Raum stehen. Grundlegende Fragen finden zügig und ohne größere Prestigekämpfe statt. Der Deutsche Bundestag beschließt ohne große Diskussionen milliardenschwere Hilfspakete. Kurzum: Wir handeln.

Diese Maßnahmen sind grundsätzlich wichtig und richtig, um gerade die Schwächsten zu schützen und unsere Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Unsere dichte Gesundheitsinfrastruktur und unser umsichtiges Handeln haben dazu geführt, dass in Deutschland nur ein Bruchteil der weltweiten Todesfälle zu verzeichnen ist.

Grenzen menschlicher Vorstellung

Eine weitere Lehre der Coronakrise ist, dass Menschen veritable Probleme damit haben, exponentielles Wachstum zu begreifen. Dieser Tage hören wir oft die Legende vom Reiskorn (gern nachgoogeln) – und lernen, dass nicht nur indische Könige mit Exponentialgleichungen hadern, sondern auch amerikanische Präsidenten.

Die Folge: Überlastung der Krankenhäuser, totale Shutdowns, zu Leichenhallen umfunktionierte Eisstadion.

Ebenso schwer begreifbar wie exponentielles Wachstum ist der Wert großer Geldmengen. Wir stehen der Differenz von 156 und 256 Milliarden Euro gleichgültiger gegenüber als

der zwischen 10 und 100.000.000.010 Euro. Wir tendieren weiter dazu, kurzfristige, kleinere Gewinne eher wertzuschätzen als langfristige, höhere Gewinne. In der Politik mag der demokratisch legitimierte Entscheidungsträger seinen Entscheidungshorizont auf vier Jahre verengen. Dies verstärkt den soeben dargelegten Effekt nur noch weiter.

Wieso ist das für unsere Zukunft wichtig? Im Zuge der Coronakrise werden Milliarden Euro aus der Staatskasse ausgegeben. Die Soforthilfeprogramme in Höhe von 156 Milliarden Euro sind dabei nur ein kleiner Teil. Dazu kommen die Gelder, die die Länder aufbringen, die Milliarden, die wir als Teil unserer europäischen Verantwortung den anderen Mitgliedstaaten zumindest mittelbar übertragen werden. Versteckte Kosten entstehen dadurch, dass der Euro gegenüber anderen Weltwährungen an Wert verliert. Dazu kommen die Gelder, die jetzt aus den Reserven der Krankenkassen genommen werden – und noch viele weitere, die hier nicht abschließend aufgezählt werden sollen.

Die Quelle des Geldes?

Woher kommt aber nun all dieses Geld, das wir plötzlich ausgeben? Steuern können es nicht sein – das Kurzarbeitergeld ist steuerfrei. Auch Unternehmen verzeichnen keine Gewinne, die zu Steuereinnahmen führen werden. Der Steuerverlust wird von Experten auf 10-15 Prozent in diesem Jahr geschätzt, das Bruttoinlandsprodukt soll um fünf bis sechs Prozent sinken. Die schwarze Null ist passé.

Die Finanzierung über private Kredite ist ebenfalls unwahrscheinlich. Es besteht das Risiko, dass das Geld nicht wieder zurückkommt. Die derzeitige Zinslage macht Staatsanleihen nicht attraktiver; außer bei Rentenanlagen, die teilweise gezwungen sind, ihr

Geld in vermeintlich sicheren Staatsanleihen zu parken. Es ist somit wahrscheinlich, dass die Europäische Zentralbank das Geld schöpft – indem sie einfach neues Geld erschafft. Man muss kein Wirtschaftsweiser sein, um zu erkennen, dass sich das Risiko einer Inflation dadurch massiv erhöht.

Diese Haushaltsverpflichtungen werden unsere Zukunft massiv belasten. Schon heute führt der demografische Wandel dazu, dass wir immer mehr Sozialabgaben und Steuern zahlen müssen, um den Sozialstaat in seiner jetzigen Form aufrecht zu erhalten. In den Prä-Coronazeiten erwarteten Wirtschaftswissenschaftler wie Prof. Raffelhüschen, dass zwei Drittel des Bruttogehalts eines jeden Einzelnen notwendig seien, um alle derzeit verfügbaren Leistungen anzubieten. Nach den Corona-Ausgaben riskiert diese Berechnung, utopisch zu werden.

Aus der hohen Steuerlast folgt, dass Arbeit in Deutschland im internationalen Vergleich immer unattraktiver wird. Die Kaufkraft des Einzelnen sinkt, was wiederum die gesamte Wirtschaft belastet. Bei niedrigeren Steuern wiederum sinkt die Chance, dass sich unser Renten- und Krankenkassensystem behaupten kann. Es kann sein, dass in vierzig Jahren deutlich mehr ältere Menschen dann von einer Grundsicherung leben müssten – was ihrer Lebensleistung widerspräche.

Wer zahlt die Rechnung?

Dieses langfristige Problem wird von der Politik verschwiegen. Wie das Thema Rente oder Klimawandel wird diese Zeitbombe von Regierung zu Regierung weitergegeben – stets verbunden mit der tiefen Hoffnung, dass sie nicht in der eigenen Legislaturperiode explodieren möge. Man fragt sich – ist das Verhalten noch durch die verhaltens-

ökonomischen Fehlannahmen zu rechtfertigen oder einfach nur unanständig?

Berechtigterweise lässt sich die Frage stellen: Was hätten wir denn sonst tun sollen, als sich das Virus in Deutschland ausbreitete? Die Antwort lautet: Wir hatten wohl kaum andere Möglichkeiten. Es soll daher nun auch nicht darum gehen, die Vergangenheit zu bereuen, sondern die Zukunft aktiv zu gestalten.

Wir müssen uns dabei eine Frage stellen, der wir uns alle am liebsten entziehen würden: Wer zahlt die Rechnung? Wir alle, indem wir uns jetzt einer Inflation hingeben? Was eine Inflation indes für Auswirkungen haben kann, haben wir – ähnlich wie bei der Spanischen Grippe – schon vor rund 100 Jahren gelernt. Was jedoch auch nicht sein kann, ist, dass die Schultern unserer Generation immer weiter belastet werden. Es geht um Generationengerechtigkeit.

Wir müssen uns dieser drängenden Frage jetzt stellen. Wir dürfen nicht die Augen verschließen und hoffen, dass „alles gut“ wird. Wie bei einer Unternehmenssanierung müssen wir nun entscheiden, wo Gelder eingespart werden können – und dabei insbesondere an die Regionalfürsten und Prestigesucher in der deutschen Politik appellieren, ihre momentane Politik des Sachverstands weiterzuführen. Wir brauchen jetzt einen essenziellen Wirtschaftsaufschwung, um der Lage Herr zu werden – am besten für ganz Europa. Was auf gar keinen Fall geht: Jetzt zu schweigen. Wenn wir unsere Zukunft aktiv gestalten und nicht an Staatsschulden gefesselt sein wollen, müssen wir jetzt mit Nachdruck die nächste existenzielle Frage stellen: Wie schaffen wir das?

.....

Wiebke Winter

- Bucerius Law School -

Mit Vollgas in die autofreie Innenstadt

Die Zukunft des Stadtverkehrs

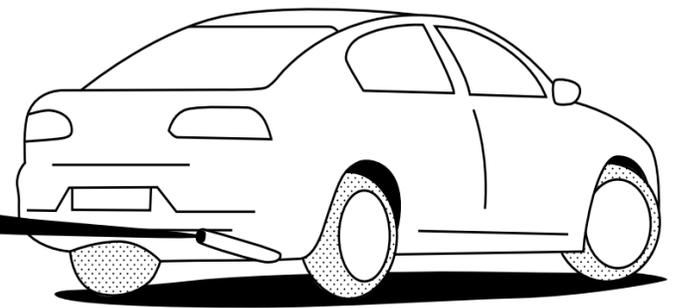


Illustration: Merle Prestin

Selbstfahrende Autos, Elektroautos, Hybridautos: Fortbewegung der Zukunft? Viel Geld und Gedanken werden in die Ausgestaltung des motorisierten Individualverkehrs gesteckt. Doch Autos verstopfen Städte zunehmend, sind schädlich für die Umwelt und eine Stressbelastung für Menschen. Bei genauer Betrachtung wird schnell klar: Autos müssen raus aus den Innenstädten – oder zumindest reduziert und reguliert werden.

In Zeiten der Corona-Krise wird schnell angenommen, dass das Auto unabdingbar sei, da bei sozialer Abschottung auf Menschenmassen zu verzichten ist. Doch nicht das Auto kann die Lösung sein, sondern der funktionierende Nahverkehr. Dieser darf in Krisenzeiten nicht reduziert werden. Auf sinkende Fahrgäste wird mit zurückgehendem Angebot reagiert – eigentlich plausibel. In Zeiten, in denen voneinander Abstand gehalten werden muss, eine kontraproduktive Konsequenz. Helfen würde stattdessen der regelmäßige Betrieb des öffentlichen Nahverkehrs, sodass auch Menschen, die auf diesen angewiesen sind, eine Chance haben, sich lediglich in geringen Menschenmengen zu bewegen.

Im derzeitigen Ausnahmezustand zeigt sich neben der wenigen Beachtung der Nutzer*innen des öffentlichen Nahverkehrs: Das Verkehrsaufkommen nimmt flächendeckend ab, der motorisierte Verkehr geht deutlich zurück. Schon jetzt zeigen sich positive Auswirkungen auf die Umwelt. Doch der Ausnahmezustand wird enden und Menschen werden nicht dauerhaft auf Mobilität verzichten. Das sollen sie auch nicht, denn es ist ein unverzichtbares Element einer funktionierenden Wirtschaft und des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft. Die Frage ist lediglich, welche Fahrzeuge wir – besonders in Städten – in Zukunft nutzen.

Der Autoverkehr wächst

Außerhalb von Krisenzeiten sind Städte durch den immer weiter zunehmenden Verkehr überlastet. Innenstädte sind verstopft und die Gesundheit der Stadtbewohner*innen sowie die Umwelt leidet unter dem hohen Verkehrsaufkommen. Ein Ende des Wachstums ist noch nicht in Sicht. In den nächsten Jahrzehnten wird stattdessen mit einem steigenden Verkehrsaufkommen

gerechnet. Besonders die Anzahl der Autos auf den Straßen wird steigen. Wie stark dieses Wachstum sein wird, haben wir selbst in der Hand. Hinterfragt werden muss der Kauf eines jeden neuen Autos, ob mit Verbrennungsmotor oder neuester Elektromotortechnik.

Für Menschen, die dem städtischen Verkehr ausgesetzt sind, bedeutet die Überlastung des beschränkten öffentlichen Gutes „Straßenraum“ einen großen Zeitverlust. Egal, ob als Fußgänger*in, Fahrradfahrer*in oder Autofahrer*in – das hohe Verkehrsaufkommen verursacht Stress. Doch nicht nur für Menschen sind die vollen Straßen eine Belastung. Auch die Umwelt leidet unter Lärm und hohen Emissionen.

Die 2008 eingeführte Umweltplakette erzielt kaum noch eine Wirkung. Über 90 Prozent der Autos erfüllen derzeit die Abgasstandards für eine grüne Plakette. Städte müssen sich dringend verstärkt gegen die überhöhten CO₂-Werte einsetzen. Um dagegen vorzugehen, gibt es verschiedene effektive Möglichkeiten.

Was bewirkt die City-Maut?

Autofahren in Städten muss unattraktiver gestaltet werden, um die Anzahl der Autos zu reduzieren und somit die dortige Lebensqualität zu steigern. Dafür könnte ein Mautsystem sorgen, mit dem sich der innerstädtische Verkehr besser regulieren ließe. Einerseits würde die schädliche Lärmbelastung für Anwohner*innen abnehmen, denn Hauptursache für Lärmbelastung ist nach Angaben des Umweltbundesamtes der Straßenverkehr. 60 Prozent der Bevölkerung fühlen sich durch diesen gestört.

Andererseits lässt sich das Problem der verkehrsbedingten Luftverschmutzung mit einer City-Maut effizient lösen. Fahren weniger Autos durch die Städte, werden weniger schädliche Stoffe ausgestoßen. Durch eine Regulierung der fahrenden Autos könnten Staus stärker vermieden und der Schadstoffausstoß verringert werden. Die Lebensqualität für Mensch und Natur nimmt in Städten daraufhin zu.

Hohe Kosten für den Ausbau und Erhalt von Straßen steigern zudem den Wunsch nach der innerstädtischen Maut – besonders von Nicht-Autofahrenden. Es ist an der Zeit, Au-

tofahrer*innen für die eigene Infrastruktur selbst zur Kasse zu ziehen. Mautpreise, die sich nach Größe und Umweltfreundlichkeit des Automotors richten, sorgen für eine faire Ausgestaltung. Auf diese Weise zahlen Menschen mit Autos, die viele schädliche Gase ausstoßen, mehr als solche mit umweltfreundlicheren Autos.

Die City-Maut ist aus ökonomischer und ökologischer Sicht ratsamer als das diskutierte Diesel-Fahrverbot. Durch Mautgebühren steigen Verkehrsteilnehmende auf andere Verkehrsmittel um, woraufhin die Anzahl von Staus abnimmt. Der öffentliche Nahverkehr ist dafür nicht gut genug ausgebaut? Auch hierfür bietet die innerstädtische Maut eine Lösung: Kommunen können eingesparte Steuergelder mithilfe der City-Maut künftig in den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel investieren, um diese attraktiver zu gestalten.

Doch: Ist das genug?

Die innerstädtische Maut ist ein Katalysator für soziale Ungerechtigkeit. Sind Geringverdiener*innen beispielsweise aufgrund ihres Jobs auf das Auto angewiesen und können sich dieses nur mit Verzicht leisten, reicht das Geld nicht für eine zusätzliche Maut. Währenddessen stellt die City-Maut für wohlhabende SUV-Fahrende kein Problem dar. Ein paar Euro mehr, um in der Stadt zu fahren, stört sie nicht. Eine Stadt zu schaffen, die nur für Wohlhabende zugänglich ist, gilt es zu vermeiden. Deshalb muss ein Schritt weitergedacht werden: PKWs müssen ganz aus den Städten herausgehalten werden.

Es gibt bereits einige Ideen und Initiativen für autofreie Innenstädte. So plant die Stadt Wuppertal in Zusammenarbeit mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie, bis zum Jahr 2027 keine motorisierten Fahrzeuge mehr in der Innenstadt zuzulassen. In Erfurt ist die gesamte Innenstadt bereits nur für Anlieger*innen mit dem Auto nutzbar, während es in Zürich und Wien großflächige autofreie Zonen in den Innenstädten gibt.

Vorzüge der autofreien Innenstadt

Nicht nur die Luft verbessert sich durch ein Autoverbot in Innenstädten. Es entsteht außerdem mehr Raum zur vielfältigen und kre-

ativen Nutzung für das urbane Leben. Eine Studie des Bundesumweltamtes hat ergeben, dass in deutschen Großstädten durchschnittlich 450 Autos auf 1000 Anwohner*innen kommen. Als erstrebenswert gelten 150 Autos. Bedenkt man, dass all diese Autos meist ungenutzt am Straßenrand herumstehen und viel Platz einnehmen, kann man lediglich erahnen, wie viel Freiräume eine autofreie Innenstadt zu bieten hätte. Wohin aber mit den parkenden Autos? In Parkhäuser. Dort gibt es oftmals großen Leerstand, weshalb das Anwohner*innenparken problemlos dorthin verlagert werden könnte.

Neben all dem Platz, den PKWs einnehmen, birgt Autofahren außerdem ein großes Risiko. Zahlen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass Bahnen und Busse deutlich sicherer sind als der motorisierte Individualverkehr. Das Risiko, mit dem Auto tödlich zu verunglücken, ist 47-mal höher als in der Bahn und 11-mal höher als im Bus. Außerdem werden im Straßenverkehr häufig Fußgänger*innen und noch öfter Fahrradfahrer*innen durch Autos tödlich verletzt. Das zeigt, dass neben dem ÖPNV auch die Radinfrastruktur deutlich besser ausgebaut werden muss. Eine autofreie Innenstadt würde Raum und Sicherheit für andere Verkehrsteilnehmende schaffen.

Menschen sind zunehmend bereit, sich umzustellen. Aber sie brauchen dringend gute Alternativen für den Umstieg. Deshalb: Ja zur autofreien Innenstadt, sobald die Infrastruktur dafür geschaffen wurde. Der Ausbau des ÖPNV kann im ersten Schritt mithilfe einer innerstädtischen Maut finanziert werden. Wofür sich die Kommunalpolitik am Ende entscheidet, ist ungewiss. Dagegen ist klar: Es muss sich schnell etwas verändern im Autoland Deutschland. Während sogar Grünenpolitiker*innen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2020 eine autofreie Innenstadt für Hamburg ausschlossen, sind Städte wie Erfurt, Zürich oder Wien bereits weiter. Daran müssen sich mehr Städte ein Beispiel nehmen.

.....
Ina Bierfreund
- Universität Hamburg -



Der Verkehrspolitiker Christoph Ploß

Foto: Tobias Koch

Von Wasserstoff und Flugtaxis

Wie eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ohne Verbote aussehen sollte

Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Lebens. Sie ist ein Grundbedürfnis und hat starken Einfluss auf unsere Lebensqualität. Noch nie waren die Menschen so viel am Tag unterwegs wie in der Zeit vor dem Ausbruch des Coronavirus. Ob zu Fuß, mit dem Rad, mit der Bahn oder dem Auto – alle Bereiche unseres Alltags und Berufslebens machen es erforderlich, flexibel und zuverlässig von A nach B zu kommen.

In Deutschland werden allein täglich über drei Milliarden Kilometer zurückgelegt, was einem Durchschnittswert von knapp 40 Kilometern pro Person entspricht. Gleichzeitig stehen wir so lange im Stau wie noch nie, warten auf den zu spät kommenden Zug und ärgern uns darüber, wenn dieser überfüllt ist oder ganz ausfällt. Wenn ein Verkehrssystem von Jahr zu Jahr mehr an seine Leistungsgrenzen stößt, hat dies jedoch nicht nur wirtschaftliche Folgen für unsere Unternehmen, sondern auch ökologische und soziale.

Mit entsprechenden Investitionen in Infrastrukturprojekte müssen neue Ansätze und Formen der Mobilität ermöglicht werden, um die steigende Nachfrage nach Mobilitätsangeboten nachhaltig und flächendeckend zu befriedigen. Darüber hinaus können wir unsere Klimaschutzziele nur erreichen, wenn wir Verkehr, Transport und Mobilität in Teilen neu denken. Jedoch erweisen sich die Anforderungen an ein modernes Mobilitätssystem als durchaus vielschichtig.

Klimaneutrale Mobilität durch Innovation

Für dessen Weiterentwicklung braucht es auf der einen Seite einen engen Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Auf der anderen Seite müssen die politischen Akteure von der kommunalen bis zur internationalen Ebene Hand in Hand arbeiten, um entsprechende Reformen und Forschungsprojekte im Bereich der Mobilität voranzubringen. Die politischen Entscheidungen von heute müssen die individuellen und kollektiven Fragen des

21. Jahrhunderts beantworten, dessen Diskurs vor allem durch Digitalisierung, Automatisierung und Vernetzung bestimmt ist.

Mein Bild der Zukunft ist dabei klar: In zwanzig, dreißig Jahren reisen die Menschen ausschließlich per Bahn, die Züge bewegen sich geräusch- und schadstoffarm fort und autonom fahrende Lkw entlasten die Person hinter dem Steuer. Sie werden ebenso wie Autos, Busse und Regionalzüge elektrisch oder mit Gas betrieben. In Flugzeugen, Schiffen oder im Lkw wird Wasserstoff als Antriebsquelle zum Einsatz kommen, erzeugt mithilfe von nachhaltigem, sauberem Strom. Energie liefern weltweit vor allem Windkraftträder, Solaranlagen, Wasser- und Geothermiekraftwerke. Alle Verbraucher nutzen klimaneutral erzeugten Strom als Energiequelle – in der Industrie und Landwirtschaft, in den Gebäuden, aber vor allem auch im gut ausgebauten und leistungsfähigen Verkehrsbereich. Elektronische Wärmepumpen verdrängen Öl- und Gasheizungen, Batterien ersetzen weitestgehend Verbrennungsmotoren. In den Innenstädten fahren überwiegend (Lasten)fahrräder sowie Sammelbusse und -taxen. Fußgänger können sich unbesorgt draußen frei bewegen und das Bundesumweltamt meldet, dass die Luftbelastung durch Feinstaub in der Stadt und auf dem Land auf einem sehr niedrigen Niveau liegt. Die Unternehmen könnten zudem mit klimafreundlicher Technologie neue Arbeitsplätze schaffen sowie unser Know-how und unsere Technologien in andere Länder der Welt exportieren. Viele Regionen haben Sonne und Wind im Überfluss. Dort könnten Ökostrom und dann mit deutschen Elektrolyseuren Wasserstoff oder strombasierte Kraftstoffe hergestellt werden, die wir wiederum importieren könnten.

Das Beispiel der Nordeuropäer

Dieses Zukunftsszenario kann allerdings nur Realität werden, wenn sich die Infrastruktur in den deutschen Städten wandelt, damit der öffentliche Raum effizient genutzt wird und

die bestmögliche Mobilität bietet. Ein Blick in das europäische Ausland zeigt, dass dies gelingen kann. In der finnischen Hauptstadt Helsinki muss man nicht mehr überlegen, welches Verkehrsmittel in welcher Tarifzone genutzt werden kann, um zum Flughafen oder in die Innenstadt zu fahren. Eine App bündelt eine Vielzahl von Mobilitätsangeboten, womit eine Registrierung bei den einzelnen Anbietern entfällt.

Auch hinsichtlich des Verkaufs von Elektrofahrzeugen sind die Nordeuropäer weiter. Norwegen liegt sehr weit vorn, wenn es darum geht, öffentliche Verkehrsmittel wie Fähren zukünftig ohne Diesel und nur noch mit Strom zu betreiben. Neben der Verbesserung der Luft- und Wasserqualität geht es mir vor allem darum, den Verkehr insgesamt moderner, sicherer und leiser zu machen. So gelangen wir zuverlässiger, pünktlicher und entspannter zu unserem Ziel. Diese Vision ist nur ein Teilausschnitt einer möglichen Zukunft, in der innovative Technologien einen wesentlichen Beitrag für ein klimafreundliches und effizientes Verkehrswesen leisten. Allerdings rücken diese Bilder in weite Ferne, wenn wir nicht zeitnah die gesetzlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Mobilität schaffen.

Die gegenwärtige Situation

Aktuell legt der durchschnittliche Deutsche über 70 Prozent seiner Wege mit seinem Benziner oder Dieselfahrzeug zurück, lediglich drei Prozent mit dem Rad. Dieser hohe Anteil wiederum führt dazu, dass laut Angaben des Europäischen Parlaments der Verkehr für fast 30 Prozent der gesamten CO₂-Emission der EU verantwortlich ist. Davon entfallen 72 Prozent auf den Straßenverkehr. Zwar hat der deutsche Gesetzgeber strengere Abgasvorschriften für Pkw und Lkw erlassen und die Treibhausgas-Emissionen haben in den letzten 30 Jahren in Deutschland um 35 Prozent abgenommen. Dennoch steigen die Werte der CO₂-Emissionen im Verkehrssektor weiterhin an.

Das hohe Verkehrsaufkommen in den Städten und auf den Autobahnen zusammen mit den steigenden Emissionen und hoher Feinstaubbelastung stellt Metropolregionen wie Hamburg vor große Herausforderungen. Neben den Abgasen und dem Abrieb von Kfz-Teilen tragen auch die Landwirtschaft und die Holzverbrennung zur aktuellen Situation bei. Sie machen eine Reihe von Maßnahmen wie die Förderung von Antriebstechnologien für das zukünftige Verkehrswesen und das Erreichen der Klimaschutzziele des Pariser Abkommens unbedingt erforderlich.

Dafür bedarf es eines ressortübergreifenden Ansatzes, der Klimapolitik nicht isoliert betrachtet, sondern zu einem Querschnittsthema macht, das sämtliche Lebensbereiche und Politikfelder in die Frage der Vermeidung von Treibhausgasen einbindet. Deshalb hat die Bundesregierung im Jahr 2016 den Klimaschutzplan 2050 beschlossen. Das Ziel ist es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Im Verkehrssektor sieht der Klimaschutzplan 2050 eine Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um 40 bis 42 Prozent vor.

Innovation statt Verbote

Folglich hat der Verkehrsbereich beim Klimaschutz noch großen Nachholbedarf. Hier sind für das Reduzieren der Emissionswerte rationale Lösungen für alle gefragt – weshalb wir eindeutig Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen, insbesondere Elektrofahrzeuge, auf den deutschen Straßen brauchen. Dafür benötigen wir ein weitaus engmaschigeres Netz an Ladepunkten für batteriebetriebene Fahrzeuge. Die Möglichkeit, jede Straßenlampe für das Aufladen des Elektroautos zu nutzen, ist eine der innovativen Ideen, die bereits in der Praxis erprobt werden.

Erst wenn die Ladeinfrastruktur in ausreichendem Maße vorhanden ist, wird der Mensch in Verbindung mit finanzieller Unterstützung genug Anreize haben, auf emissionsarme Autos umzusteigen. Aus verkehrspolitischer Sicht ist die Senkung der EEG-Umlage und Energiesteuern bei der Produktion von Wasserstoff eine weitere notwendige Maßnahme, um eine Technologieentwicklung in Deutschland zu ermöglichen.

Auch muss die Digitalisierung des Verkehrs vorangetrieben werden. Wenn zum Beispiel die Hälfte der Ampelsysteme in unseren Großstädten digitalisiert würde, könnten viele Staus und Unfälle vermieden und Metropolregionen wie Hamburg entlastet werden. Ziel muss es sein, Bürgern trotz des engen Raums in Großstädten Alternativen anzubieten, sich im Straßenverkehr sicher zu bewegen.

Anstelle von Verboten und einschränkenden Maßnahmen ist es wichtig, den Bürgern plausibel zu machen, dass mit der Transformation der individuellen Mobilität für sie keine Nachteile entstehen und sie weiterhin uneingeschränkt mobil sein können. Stattdessen sind weitere Investitionen in die Infrastruktur, in neue Technologien sowie in die Forschung und Wissenschaft der richtige Weg, um Innovationen zu fördern und Mobilitätslösungen zu finden.

Neue Kraftstoffe

Eine Abkehr vom bisherigen Mobilitätskonzept bedeutet, die traditionellen fossilen Verkehrsträger durch klimaneutrale Alternativen wie E-Fuels und Wasserstoff zu ersetzen. Wasserstoff kann in vielfältiger Weise im Verkehrsbereich nützlich sein, um beispielsweise den Schwerlastverkehr mit Flüssigkraftstoffen

zu versorgen, die wiederum auf grünem Wasserstoff basieren. Die eingebauten Motoren könnten ohne größeren Aufwand umgerüstet werden.

Bei Flugzeugen kann synthetisches Kerosin den fossilen Antriebsstoff ersetzen und weltweit die CO₂-Produktion entlasten. Entscheidend für den Ersatz fossilen Kerosins im Flugverkehr wird sein, dass schnellstmöglich die erforderlichen Mengen an regenerativem Kerosin zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden. Zusätzlich können wir durch die Förderung des Baus und den Einsatz von verbrauchsärmeren, modernen Flugzeugen einen Beitrag zur Emissionsreduzierung leisten. Der Luftverkehr wird in der Zukunft durch Flugtaxen und Logistikdrohnen ergänzt werden, an denen tatkräftig geforscht wird.

Deutschland hat den Status eines Exportweltmeisters und 60 Prozent unserer produzierten Güter und Waren verlassen unser Land auf dem Seeweg, weshalb auch dieser Bereich seinen Beitrag zur Energiewende leisten muss. Dies kann beispielsweise in Form von Bordstromversorgung und mobiler Landstromversorgung geschehen. Deren Förderung reiht sich in die Vielzahl von Ideen ein, um bestehende Mobilitätsprobleme nachhaltig

im Sinne der Klimaschutzziele zu lösen. Für eine zukunftsorientierte Verkehrspolitik ist es deshalb in jedem Bereich von großem Vorteil, technik- und innovationsoffen zu denken.

Untrennbar damit verbunden ist der gezielte Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs in ganz Deutschland. Der Bund bringt dieses wichtige Vorhaben auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit entsprechenden Investitionsprogrammen voran, damit weniger gut angebundene Städte und Landstriche besser in das bestehende Netz angeschlossen werden. Die Einführung eines 365-Euro-Tickets und die Ausweitung des Radwegenetzes stellen weitere Anreize dar, das Auto stehen zu lassen und viel häufiger den ÖPNV oder das Fahrrad zu nutzen.

Verkehrprojekte müssen beschleunigt werden

Jedoch laufen technische Innovationen und finanzielle Förderungen ins Leere, wenn Infrastrukturprojekte nicht schnell geplant und gebaut werden können. Es kann nicht sein, dass die Fertigstellung einer Autobahn oder Zugverbindung Jahrzehnte in Anspruch nimmt. Daher haben die Bundesregierung

und der Bundestag in den letzten zwei Jahren bereits verschiedene Maßnahmen zur Beschleunigung von Verkehrsprojekten beschlossen. Weitere Schritte sind in diesem Zusammenhang notwendig – dazu gehört die Einschränkung des Verbandsklagerechts. Hier wird sehr deutlich, wie eng Klimaschutz- und Infrastrukturpolitik verzahnt sind.

Die Wirtschaft und das produzierende Gewerbe benötigen von der Politik sektorenübergreifende und nachhaltige Lösungen, die den Warentransport weg von der Straße hin zu Schiene und Wasser verlagern. Neben der 2018 reduzierten Mautgebühr für die Schienennutzung muss das bestehende Streckennetz modernisiert werden und braucht neue Verbindungen. Parallel dazu muss der Bestand an Zügen und Wagen bei der Bahn aufgestockt werden. Vergleichbares gilt für die Brücken und Straßen: Nur wenn sie gepflegt und zielgerichtet ausgebaut werden, kann es eine Entlastung im Straßenverkehr geben. Die neugegründete Autobahn GmbH ergänzt das Vorgehen der Bundesregierung, indem die Gesellschaft ab 2021 als Kompetenzzentrum für Bund und Länder daran arbeitet, das Autobahnnetz in Deutschland leistungsfähiger zu gestalten.

Mit den von mir genannten Beispielen wird deutlich, wie umfassend die Weiterentwicklung von Mobilität zu verstehen ist und dass Verkehrspolitik und Klimaschutz kein Widerspruch sein müssen. Vielmehr gilt es, die Synergien der beiden Politikfelder zu nutzen, um den Technologie- und Industriestandort Deutschland zu stärken und zukunftsfähige Mobilität zu ermöglichen.

Eine Kultur der Verbote, des Verzichts und der Verteuerung ist allerdings nicht zielführend, es gilt, neue Mobilitätskonzepte zu schaffen. Es kann nur ein verkehrspolitischer Ansatz zum Erfolg führen, der Klima- und Wirtschaftspolitik miteinander kombiniert. Unser Klima zu schützen, Mobilität für breite Schichten der Bevölkerung zu gewährleisten und gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken, bleibt für uns und zukünftige Generationen eines der zentralen Themen. Davon können wir alle nur profitieren.

.....
Christoph Ploß

- Mitglied des Bundestages -

Eine politische Kultur des Ernstfalls?

Über die Verflechtung von Notstandsrhetorik und Notstandsrealität entlang der Konjunkturthemen Klimawandel und COVID-19

SARS-CoV-2, COVID-19, Corona-Virus, Pandemie. Dies sind die Begriffe, mit denen man die erste Jahreshälfte 2020 wohl künftig assoziieren wird. Das Thema dominierte Gesprächsthemen und Verhalten in Familien und Freundeskreisen. Einen schlechten Stand hatten vor allem Relativierer und Zweifler, die sich alsbald nicht nur der realitätsvergessenen Träumerei, sondern gar der Beteiligung an der fahrlässigen Tötung von Risikogruppen bezichtigen lassen mussten. Die schlagartige Omnipräsenz der Thematik verdrängte in atemberaubender Plötzlichkeit sogar das entscheidende Konjunkturthema der vergangenen Jahre: den Klimawandel.

Schon das ist für sich genommen beachtlich, aber es ist nicht das einzig Auffällige. Vielmehr verwundert, wie sehr sich die öffentlichen und politischen Auseinandersetzungen über Problemanalyse und Lösungsstrategien ähneln: Es lässt sich eine Abfolge von anfänglicher Überwältigung, argumentativer Ausdifferenzierung und schließlich moralisierter Verhärtung zweier unversöhnlicher Lager beobachten. Könnte eine entscheidende Langzeitfolge im schrittweisen Aufstieg einer politischen Kultur des Ernstfalls bestehen, in welcher diese Lager versuchen, sich mit dem immer häufigeren Rückgriff auf dystopische Szenarien gegenseitig die demokratische Legitimität abzusprechen?

2018 und 2019: Notstandsrhetorik am Konjunkturthema Klimawandel

Frühling und Sommer 2018: Eine besorgniserregende Dürre sorgte für Stirnrunzeln unter deutschen Land- und Forstwirten. Insbesondere die unter Ertragsausfällen leidenden Bauern beklagten eine schwerfällige deutsche Bürokratie, während Kritiker ihnen

mangelnde Investitionen in eine „zukunfts-sichere“ Ackerwirtschaft vorwarfen. Noterten, ausgetrocknete Flüsse und gelbstichige Gärten bestimmten immer wieder Nachrichten, Feuilletons und Talkshows. Dass die ökologischen Folgen des Klimawandels – steigender Wasserbedarf, Verschiebung der Jahreszeiten, Häufung von Extremwetterlagen – spätestens jetzt auch in Deutschland alltäglich spürbar sein werden, wurde einer beunruhigten Öffentlichkeit schlagartig bewusst. Um das gesellschaftliche Bewusstsein für die Einbettung dieser Probleme in eine international zu bewältigende Aufgabe zu schärfen, kürte die Gesellschaft für deutsche Sprache den Begriff „Heißzeit“ zum Wort des Jahres 2018.

Doch aus dem reinen Problembewusstsein entwickelten sich breitenwirksam aktionistische Aufrufe zu staatlichem und individuellem Handeln, teilweise schlug die Stimmung sogar in strafsüchtige Aggressivität um. Begleitet durch den großen Zuwachs der internationalen Jugend-Protestbewegung Fridays for Future (FFF) auch in Deutschland, titelte die deutsche Presse fortan regelmäßig im Sinne rigoroser Klimaschutzmaßnahmen und präferierte dabei vielfach den flächendeckenden Einsatz von Verboten. Während sich allerdings die Protagonisten von FFF bis dato noch damit begnügen, den politischen Eliten die Nichteinhaltung bereits vereinbarter Klimaziele vorzuwerfen, ohne aber selbst politischen Einfluss nehmen zu wollen, konzentrierte sich die Auseinandersetzung in Kommentarspalten, Teilöffentlichkeiten und sozialen Medien ab der Jahreswende 2018/19 auf die Moralisation individueller Konsum- und Lebensstile. Demonstrative Forderungen nach einer neuen Unerbittlichkeit bei der Einschränkung entsprechender Freiheiten gehörten fortan zum guten Ton. Plas-

tikartikel, Versandhandel, Fleischkonsum, PKW- und Flugverkehr galten fortan in den meinungsbildenden Medien des gebildeten Bürgertums als die unverzeihlichen Sargnägel von Mutter Erde.

In diesem Stil wurde die Diskussion weitergeführt: Zwang zum Handeln um jeden Preis, so das Diktum. Dass Klimaschutz nicht nur moralisch verpflichtend solle, sondern dringend auch im Alltag eines jeden Einzelnen schmerzhaft spürbar werden müsse, war von deutschlandfunk bis Zeit beinahe täglich zu lesen.

Das Jahr 2019 stellte sich rückblickend aber auch als Hochzeit des symbolischen Klima-Aktionismus dar, wie die Deklarationen eines „Klimanotstands“ bekunden: Angeführt von Konstanz Anfang Mai erklärten 68 Kommunen und Gemeinden bis Dezember einen solchen Zustand, der Berliner Senat angesichts des historisch belasteten Notstands begriffs nur eine „Klimanotlage“. Eine Erklärung von 11.000 Wissenschaftlern in der Zeitschrift BioScience rief den globalen Klimanotstand aus und das EU-Parlament forderte am 28. November den europäischen Supermärkte ermutigten ihre Kunden zum Verzicht auf Plastiktüten bei Obst und Gemüse in Supermärkten. Die politische Rechte hingegen übte sich in demonstrativem Achselzucken: Der AfD-Fraktionsvorsitzende Gauland bezeichnete den Klimawandel als „politisch motivierte Panikmache“. Insgesamt dominierte aber doch erkennbar eine Rhetorik des planetaren ökologischen Notstands, eines zum Handeln drängenden Klima-Ernstfalls.

Sicher, abwägend relativierende Darstellungen zur drohenden Klima-Apokalypse gab und gibt es auch. Selbst im Bereich der ver-

meintlich eindeutigen wissenschaftlichen Faktenlage gab es Raum für Diskussion und Interpretation. Doch man muss schon gezielt danach suchen. Bemerkenswert einfach war es hingegen schon in diesem Zeitraum, liberale Grundprinzipien der Demokratie in Zweifel zu ziehen: Als „geplatze Seifenblase“ bezeichnete etwa der Professor und Cheftheoretiker der Postwachstumsökonomie Niko Paech Mitte 2019 in der taz die unabweisbare Einsicht, dass individuelle Freiheit – aus seiner Sicht nur ein „Kosename“ für den „von der Bevölkerungsmehrheit zunehmend praktizierten ökologischen Vandalismus“ – nun endlich „radikal einzuschränken“ sei. Unverhohlen bedauert er ebendort, „dass dafür demokratische Mehrheiten nötig wären“. Sicher, die unverkennbaren ökologischen Verheerungen bilden eine ernstzunehmende Gefahr. Doch sollte es nicht misstrauisch machen, wenn mit dem Bade einer klimaschädlichen Wirtschaftsweise gleich auch das Kind entscheidender historischer Errungenschaften ausgeschüttet werden soll?

2020: Notstandsrealität des neuen Konjunkturthemas COVID-19-Pandemie

Einer zynischen Retrospektive könnte dieses Einschwören auf postliberale Zustände wie eine antizipative mentale Vorbereitungsarbeit für die Restriktionsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte 2020 erscheinen. Denn schon kurze Zeit später, beginnend im Februar und voll durchschlagend im März 2020, hatte die globale Corona-Pandemie fast ganz Europa und somit auch Deutschland fest im Griff. Social Distancing lautete das – für eine Eindämmung von Neuinfektionen sicherlich notwendige – Gebot der Stunde, und fortschreitende, bisher ungekannte Einschnitte im

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

öffentlichen Leben waren die Folge. Selbstredend sei die Angemessenheit der drastischen Maßnahmen im Nachgang eingehend zu prüfen, so hieß es. Die Gesundheit der Mitmenschen, insbesondere der Risikogruppen, habe über den Interessen der Wirtschaft zu stehen; ungewohnt häufig wurde hier auch der Begriff der Solidarität bemüht. Die deutschen Bundesbürger ließen sich all das weitestgehend gefallen. Offen bleiben kann dabei, ob der geringe Widerstand gegen die Maßnahmen Ausfluss eines solidarischen Zusammenrückens ist oder einer starken Fixierung auf die eigene Sicherheit nebst – mancherorts mit Streitlust und Fäusten gesicherter – individueller Vorratsbildung, das vielerorts praktizierte so genannte „Hamstern“ von Toilettenpapier, Mehl, Nudeln und Reis, zuzuschreiben ist. Ein überwältigender Teil der Bevölkerung applaudierte jedenfalls der lockdown-Politik: In einer repräsentativen Befragung des ZDF-Politbarometers vom 27. März bekundeten 75 Prozent der Befragten, die Maßnahmen für genau richtig zu halten, während 20 Prozent sogar eine weitere Verschärfung forderten. Zögerer und Zweifler hatten in dieser frühen Phase keinen leichten Stand. Insbesondere zu Beginn der Pandemie und der schrittweisen Einführung von – zunächst – Empfehlungen, schließlich sanktionierbaren Verboten, wurden gerade jene Stimmen als moralisch fragwürdig beurteilt, die die Alternativlosigkeit in Frage stellten. Seien es Experten, die nicht im Auftrag der Bundesregierung ihre Lehren über Podcasts in die Wohnzimmer der Nation trugen – und etwa das „hoch unethische“ Experiment einer Strategie der Herdenimmunität vertraten –, oder Politiker, die insbesondere auf Landesebene zögerlicher auf die Bundesempfehlungen reagierten.

Innerhalb weniger Tage schien sich dies wieder zu ändern und die Eintracht schwand beinahe so schnell wie sie gekommen war: Im ZDF-Politbarometer vom 24. April sahen immerhin 50 Prozent der Befragten die von den Bundesländern beschlossenen Lockerungen als genau richtig an. Und während manch ein Epidemiologe anmerkt, dass die Kontakt-

beschränkungen auf lange Sicht mehr Tode zeitigen könnten als die Ausbreitung des Virus selbst, verkünden Wirtschaftsexperten das beschleunigte Heraufziehen einer tiefen Rezession. Nicht zuletzt melden sich immer mehr Stimmen zu Wort, die sich über die rasche Außerkraftsetzung von Freiheitsrechten entrüsten. Und manch einer kritisierte die „perfekte politische Legitimität“ der so schnell aufgerichteten „Notstands-Staaten“, ja traut ihnen gar das Potenzial zu, entlang einer künftigen endlosen Kette von Krisen „zum politischen Modell der Zukunft“ zu avancieren. Ferner formiert sich allmählich auch ein durch Demonstrationen bekundeter Bürgerprotest gegen die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus: So fanden sich beispielsweise in Stuttgart, München, Berlin und Frankfurt in den ersten Maitagen tausende Menschen zusammen, um ihrem Unmut Luft zu verschaffen. Dass sich unter ihnen aber nicht wenige Verschwörungstheoretiker, Querfrontler und Rechtsextremisten befanden, ist sogleich zum Gegenstand heftiger Erregung geworden.

Inflation der Alternativlosigkeiten oder demokratische Konfliktkultur?

Der Aufstieg eines moralisierenden Problem-bewältigungsmodus erscheint im Rückblick regelrecht atemberaubend. Die offenkundig wachsende Bereitschaft der deutschen Bevölkerung und ihrer Vertreter, eine liberale Konfliktkultur anhand unterschiedlicher Krisenphänomene zu suspendieren, ja dabei geradezu einen Wettbewerb der „Notstände“ zu zelebrieren, könnte zu einem langfristig weitaus größeren Problem anwachsen. Denn keineswegs handelt es sich hier nur um einen Konflikt zwischen Sachwaltern des unbezweifelbar Erforderlichen auf der einen Seite und verantwortungslosen Unbelehrbaren auf der anderen Seite. Klima- und Corona-Diskussion lassen sich durchaus auch als pars pro toto-Austragungsorte eines Kampfes um die politisch-moralische Deutungshoheit, einer fortschreitenden Zementierung von über Jahre hinweg aufgerichteten empathy walls – „between life, feeling, and politics“ (Hoch-

schild) lesen. Besonders deutlich wird die Berufung auf die Autorität der Wissenschaftler – scheinbar unabhängig von ihrer Profession – auf der einen Seite und die aktuell wieder in die Öffentlichkeit gerückten Postings von prominenten Personen, die Verschwörungstheorien aufsitzen und diese mit einem Aufruf zum Widerstand gegen den Staat verbinden, auf der anderen. Entscheidend ist für beide Seiten offenbar die Selbstvergewisserung, auf der richtigen Seite zu stehen, während man der jeweils anderen die Legitimität der Teilhabe am Diskurs abspricht. Was bleibt, ist aber nicht der Fortschritt des politischen Diskurses, sondern die performative Selbstvergewisserung, ja die identitätspolitische Tribalisierung. So könnte gerade die aktuelle Diskussion um die Corona-Verschwörungen – so absurd einem dieses Schauspiel vorkommen mag – als Exerzierfeld der Verhärtung der politisch-ideologischen Lager gelesen werden.

Wechselseitige, mit apokalyptischen Drohszenarien garnierte, Vorwürfe versperren eine zentrale Einsicht demokratischer Konfliktkultur: Wirklichkeit, zumal politische, ist stets interpretationsbedürftig, ganz besonders wenn es um die Abwägung von Einschränkungen und um die Ausrufung von Notständen geht. Daran ist gerade in Zeiten einer Anhäufung von Krisen zu erinnern. Nicht nur Staaten müssen sich Notstandphasen leisten können, auch die täglich um ihre Existenz kämpfenden Bürgerinnen und Bürger. Nicht alle von ihnen, nicht einmal die Mehrheit lebt in infrastrukturstarken, mit öffentlichem Nahverkehr abgedeckten Gebieten. Die Ansprüche und Erfordernisse auseinanderweisender Lebensrealitäten in einer zertifikationsbasierten Bildungs- und Dienstleistungsgesellschaft, irritierend selten Gegenstand der Diskussion, bilden die Grundlage für sämtliche tagespolitischen Auseinandersetzungen.

Man tut nicht schlecht daran, an einen der profiliertesten Liberalen der Bundesrepublik, Ralf Dahrendorf, zu erinnern. Eine funktionierende Demokratie, so wusste er, erkenne

das Faktum von Interessengegensätzen an und stelle den dadurch bedingten Konflikten eine Austragungsform zur Verfügung: „Liberale Demokratie ist Regierung durch Konflikt.“ Scharf kritisierte er eine von ihm beobachtete deutsche Sehnsucht nach der autoritären Herstellung sozialer Eintracht unter der Ägide möglichst endgültiger Lösungen. Ja, es wäre durchaus, frei nach Karl Kraus' Bonmot „Das Übel gedeiht nie besser, als wenn ein Ideal davorsteht“, danach zu fragen, ob höchste Ziele – wie Nachhaltigkeit und ein umfassender Schutz der Gesundheit – und liberale Freiheiten nicht strukturell Antagonisten bleiben müssen, deren Widerstreit dann eben in demokratischen, nicht in autoritären Formen, zu führen ist. Gewiss, eine von Xavier Naidoo und Ken Jebsen angeführte trotzig Allianz aus Impfgegnern, Reichsbürgern und AfD-Wahlkämpfern wird uns ebenso wenig weiterhelfen wie ein durch Alltagsstugend gestützter Etatismus der Expertengremien. Doch die gegenwärtige politische Kultur des Ernstfalls profitiert von beiden Seiten – und zwar auf Kosten der demokratischen Konfliktkultur.

.....
Anna Carola König und Julian Schenke
 - Institut für Demokratieforschung,
 Georg-August-Universität Göttingen -

ZUR ERKLÄRUNG, NACH ARLIE RUSSELL HOCHSCHILD: „AN EMPATHY WALL IS AN OBSTACLE TO DEEP UNDERSTANDING OF ANOTHER PERSON, ONE THAT CAN MAKE US FEEL INDIFFERENT OR EVEN HOSTILE TO THOSE WHO HOLD DIFFERENT BELIEFS OR WHOSE CHILDHOOD IS ROOTED IN DIFFERENT CIRCUMSTANCES. IN A PERIOD OF POLITICAL TUMULT, WE GRASP FOR QUICK CERTAINTIES. WE SHOEHORN NEW INFORMATION INTO WAYS WE ALREADY THINK.“

Die Rente ist sicher?

Über soziale Nachhaltigkeit in Zeiten des Demographischen Wandels

Ausgerechnet der viel geschmähte „alte weiße Mann“ zählt zu den am stärksten betroffenen Bevölkerungsgruppen des Corona-Virus. In Italien waren im März über 70 Prozent der Corona-Opfer Männer; das Durchschnittsalter lag bei 79 Jahren. Die aktuelle Krise konfrontiert uns mit vielen schmerzlichen Wahrheiten. Eine besteht darin, dass vor allem ältere Menschen durch das Virus gefährdet sind. Dies zeigt sich wiederum auf tragische Art in den Totenzahlen. Die Demographie der Bevölkerung scheint somit ein wesentlicher Faktor im Hinblick auf die Sterblichkeitsrate der Corona-Pandemie zu sein. In dieser unglaublich schwierigen Situation ist es einerseits beeindruckend, wie sich neue Formen der Solidarität vor allem auch mit älteren Menschen entwickeln, wie Einkaufshilfen oder eine größere Sensibilität für das gesundheitliche Risiko der Senioren. Darüber hinaus führt uns die gegenwärtige Pandemie andererseits einen Megatrend

schmerzhaft vor Augen: den tiefgreifenden Demografischen Wandel. Dies bedeutet konkret: Die Bevölkerungsstruktur verändert sich deutlich in Richtung einer „überalterten“ Gesellschaft. Besonders drastisch zeigt sich dies in Italien, dessen Bevölkerung zu den ältesten der Welt gehört: 23 Prozent der Menschen sind älter als 64 Jahre, während es in Nigeria gerade einmal drei Prozent sind. In Deutschland stellt sich die Lage kaum anders dar: Bei einer Bevölkerung von 83 Millionen Menschen waren im Jahr 2018 etwa 21,5 Prozent der Menschen älter als 64 Jahre. Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Tatsache, dass der Anteil von älteren Menschen an der Bevölkerung steigt, ist nicht per se negativ, sondern Ausdruck einer höheren Lebensqualität. Die Lebenserwartung für Neugeborene liegt in der Bundesrepublik aktuell bei 78,5 Jahren für Männer und 83,3 Jahren für Frauen. Sie hat sich somit seit Beginn des 20. Jahrhunderts annähernd verdoppelt. Dafür dürfen wir zunächst dankbar sein. Uns geht

es insgesamt besser, wir leben länger. Um die Bedeutung für die Bevölkerungsstruktur zu verstehen, muss man zunächst die relevanten Faktoren für die Entwicklung derselben benennen. Die Struktur der Bevölkerung ist grundsätzlich von drei Komponenten abhängig: von der Geburtenrate, Sterberate und vom Wanderungssaldo, dem Überschuss der Zuwanderung über die Abwanderung.

Weniger Kinder, immer mehr Alte

Die gestiegene Lebenserwartung und die damit verbundene höhere Anzahl alter Menschen wären an sich noch kein Problem, wenn gleichzeitig genügend Kinder geboren würden und somit die Bevölkerungsstruktur im Gleichgewicht bliebe.

Jedoch gibt es in Deutschland bereits seit dem Jahr 1973 ein Geburtendefizit. Dies bedeutet, dass die Sterbefälle die Geburten zahlenmäßig übersteigen. Während Mitte der

1960er-Jahre die Geburtenziffer bei 2,5 Kindern pro Frau lag, beträgt sie aktuell 1,57. Die Bevölkerung in Deutschland nimmt lediglich aufgrund der Zuwanderung weiter zu.

Inzwischen stellt sich die Zusammensetzung der Bevölkerung schon längst nicht mehr als Pyramide, sondern als Urnenform dar: unten bei den jungen Menschen schmal, dafür bei den Menschen von 50 bis 60 recht breit und auch bei den Menschen über 70 noch stattlich. Das Statistische Bundesamt brachte 2017 die ganze Problematik der Situation komprimiert wie folgt auf den Punkt: „Künftig ist zu erwarten, dass die Zahl der Gestorbenen – trotz steigender Lebenserwartung – weiter zunehmen wird. [...] Zugleich wird die Anzahl potenzieller Mütter in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich zurückgehen, da die schwach besetzten 1990er Jahrgänge in die gebärfähige Altersphase kommen. Sogar bei einer leicht steigenden Geburtenrate würde demzufolge die Geborenenzahl mittelfristig

zurückgehen. Die Differenz zwischen den Geborenen und Gestorbenen wird folglich zunehmen.“

Die Belastung der Sozialsysteme

Dieser Umstand kann und wird sich aller Voraussicht nach als enorme Belastung für das Gesundheits- und Sozialsystem darstellen. Immer mehr Menschen sind im Alter auf die Hilfe anderer angewiesen und werden Opfer von Krankheiten, wie sich gerade schmerzlich während der aktuellen Pandemie offenbart. Neben tagespolitisch aktuellen Themen wird dieser umfassende strukturelle Wandel leider viel zu wenig thematisiert, obwohl er uns alle betrifft. Jeder von uns hat Eltern und Großeltern und wird selbst einmal alt sein. Darüber hinaus sind wir alle auf ein funktionierendes Sozialsystem angewiesen.

Das vom kürzlich verstorbenen früheren Sozialminister Norbert Blüm geprägte Versprechen „Die Rente ist sicher!“ gilt heutzutage nicht mehr uneingeschränkt: Insbesondere das Rentensystem wird vor eine gewaltige Herausforderung gestellt. Denn die zurzeit noch erwerbstätige Generation der Babyboomer, also der geburtenstarken Jahrgänge aus den Jahren 1954 bis 1969, geht in den nächsten Jahren in Rente.

GroKo vs. soziale Nachhaltigkeit

Vor diesem Hintergrund erscheint es unverständlich und geradezu ignorant, dass die Große Koalition weiter munter Renten geschenke verteilt, deren Kosten in die Milliarden gehen. Aktuelles Beispiel dafür ist die Grundrente mit Kosten in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. Dafür wird ins Feld geführt, dass diese für viele alte Menschen sozial gerecht sei.

Dies mag isoliert betrachtet womöglich zutreffen, doch hat die Politik immer das Allgemeinwohl und die gesamtgesellschaftliche soziale Gerechtigkeit im Auge zu behalten. Viel wird unserer Tage zu Recht von ökologischer Nachhaltigkeit und ebendieser sozialen Gerechtigkeit gesprochen. Diese Begriffe sollte man zum Begriff der sozialen Nachhaltigkeit in Form der Generationengerechtigkeit kombinieren. Und für die zahlenmäßig im Gegensatz zu den älteren Menschen nicht stark vertretene junge Generation sind solche Rentengeschenke alles andere als gerecht.

Schon jetzt belaufen sich die Zuschüsse zur Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt auf rund 100 Milliarden Euro pro Jahr. In der gesetzlichen Rentenversicherung herrscht jedoch das sogenannte Umlageverfahren. Das heißt, die laufenden Renten werden prinzipiell aus den Beitragseinnahmen der Erwerbstätigen bezahlt, zuzüglich der genannten Steuerzuschüsse. Dieses System ist aufgrund der massiven Überalterung unserer Gesellschaft nicht zukunftsfähig.

Was wir brauchen ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Umstrukturierung unseres Rentensystems und die Herausforderungen des Demografischen Wandels. Dieser Zukunftsdialog sollte intensiv von Parteien, Unternehmen, sozialen Institutionen und den Generationen untereinander geführt werden, denn es geht nicht gegenseitig sondern nur miteinander. Neben dieser eher allgemeinen Dimension braucht es zugleich konkrete Maßnahmen: In juristischer Hinsicht könnte man etwa das Ziel der Generationengerechtigkeit stärker hervorheben und den Staat darauf verpflichten, indem man die soziale Nachhaltigkeit zwischen den Generationen – wie bereits den Schutz natürlicher



Lebensgrundlagen – als Staatsziel in unser Grundgesetz aufnimmt.

Mehr Eigenverantwortung wagen

Die Altersvorsorge basiert auf drei Säulen: Neben der gesetzlichen Rentenversicherung existieren die betriebliche und die private Altersvorsorge, welche beide auf dem Kapitaldeckungsverfahren beruhen. In diesem Fall wird durch die Versicherten selbst Vermögen angespart. Diese Form der kapitalgedeckten Vorsorge muss gestärkt werden. Eine Mentalität des Versorgungsanspruchs gegen den Staat muss vom Selbstbehauptungsanspruch und der Eigenverantwortung der Bürger abgelöst werden.

Sowohl die Investition der Deutschen in Eigentum als auch in Aktien und Fonds ist im Vergleich zu anderen Ländern aber immer noch viel zu niedrig: Lediglich knapp 15 Prozent der Deutschen halten Aktien und nur etwas über die Hälfte der Bürger verfügt über Wohnungseigentum. Insbesondere die enormen Wertsteigerungen am Immobilien- und Aktienmarkt der letzten Jahre zeigen jedoch, dass diese eine sinnvolle Altersvorsorge darstellen können. Die aktuelle Corona-Krise könnte sogar eine Chance für die Investition in Aktien und Immobilien sein.

Um fiskalpolitisch mehr Anreize zu setzen, sollte man hinsichtlich des Eigentums zudem darüber nachdenken, beispielsweise die Grunderwerbssteuer bundeseinheitlich festzulegen und für diese beim ersten Eigentumserwerb für den privaten Gebrauch einen Freibetrag einzuführen. Die zur Finanzierung der Grundrente geplante Finanztransaktionssteuer auf Aktienkäufe darf zudem nicht kommen. Diese würde noch mehr Sparer belasten oder abschrecken. Stattdessen sollte der Freibetrag der Kapitalertragssteuer von aktuell niedrigen 801 Euro massiv erhöht werden.

Rentenalter an Lebenserwartung koppeln

Gleichzeitig muss die gesetzliche Rentenversicherung flexibler gestaltet werden. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung sollte den Vorschlägen der EU-Kommission und der Bundesbank entsprochen werden, das Renteneintrittsalter jeweils an die aktuelle Lebenserwartung zu koppeln.

Auf diese Weise könnte insofern dem Umstand, dass die Bürger länger Rente beziehen, entsprochen werden, als dass diese durch die längere Arbeitszeit auch länger einzahlen und sich somit die Balance zwischen Beitragsjahren und Rentenbezugsdauer hält. Im Rahmen der Corona-Krise und dem damit verbundenen Wohlstandsverlust muss zudem darüber nachgedacht werden, auch die jährlichen Rentenerhöhungen drastisch zu kürzen, damit die Vermögenseinbußen auch zwischen den Generationen solidarisch verteilt werden.

Darüber hinaus sollte man mittel- und langfristig die Erwerbstätigkeit von Senioren fördern. Die aktuelle Pandemie zeigt, dass pensionierte Fachkräfte am Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft dringend gebraucht werden und viele Senioren auch dazu bereit sind. Schon vor der Pandemie haben etwa 140.000 Senioren im Gesundheits- und Sozialwesen gearbeitet. Den entsprechenden Gesundheitsschutz für die Senioren selbst vorausgesetzt, sollte diese Zahl in Zukunft weiter zunehmen.

Gemeinsame Herausforderung für Jung und Alt

Neben der älteren Generation sollte man zudem an der jüngeren Generation, der Wurzel, ansetzen. Vor lauter Wohlstand, Karriere-Fokussierung und Selbst-Verwirklichung scheint das unglaubliche Geschenk

von Kindern in den Hintergrund zu treten. Es braucht neben Möglichkeiten der Kinderbetreuung also unbedingt eine wertegebundene, kinderfreundliche Familienpolitik und eine positive, für Kinder offene Mentalität in der Gesellschaft! Auf Basis der freien Entscheidung der Eltern sollten in diesem Zusammenhang mehr Kinder das Ziel sein.

Zwar kann dies für die Rentenproblematik kurzfristig im Gegensatz zur Migration keine unmittelbare Abhilfe schaffen, mittel- und langfristig hingegen schon. Zudem könnte dies auch mehr Vitalität in einer zunehmend vergreisenden Gesellschaft bewirken. Die Großeltern werden sich freuen! In diesem Zusammenhang bedarf es neben der Makro-Ebene auch Ansätze auf der Mikro-Ebene: Mehrgenerationenhaushalte innerhalb von Familien oder Kombinations-Modelle von Kindergarten und Pflegeheim in einem Gebäude.

Der Demografische Wandel muss keine katastrophale Belastung für unsere Gesellschaft werden, sondern kann auch eine positive Herausforderung und Chance für uns alle darstellen. Dafür braucht es jedoch mutige Schritte der Politik und die Bereitschaft aller Bürger, sich diesem Megatrend und allen schmerzlichen Wahrheiten zu stellen.

Der Begriff der Nachhaltigkeit schließlich sollte vom Ökosystem auch auf unser Sozialsystem ausgedehnt werden. Damit dies gelingt, darf es keinen Kampf der Generationen gegeneinander geben. Jetzt kommt es mehr denn je auf ein solidarisches Miteinander von Jung und Alt an. Es hängt von uns ab, ob das Vermächtnis Norbert Blüms mit seinem Ausruf „Die Rente ist sicher“ auch in Zukunft noch gelten wird.

GESELLSCHAFT

Systemfehler

Die jüngsten Entwicklungen in den USA und die daraus weltweit entstandene Protestbewegung Black Lives Matter zeigen deutlich, dass ein rassistisch geprägtes Gesellschaftssystem zukünftig nicht mehr einfach hingenommen wird. Eine Gesellschaft im Wandel?

Als die USA in den Anfängen der Coronakrise zu versinken drohte – rasant steigende Infektionszahlen, enorme Todesrate und Höchstwerte in der Arbeitslosenquote – wurden Unruhen im Land lauter. Während aus dem weißen Haus kaum verwertbare Unterstützung kam, zu Beginn sogar nur Verleugnung und Ignoranz, ging die Bevölkerung auf die Straßen. Anfangs standen sich noch freiheitsliebende Trumpgläubiger und medizinisches Personal bei Protesten gegenüber. Mit sich zuspitzender Krise versammelten sich immer größere Menschenmengen aus allen Gesellschaftsschichten gegen die Vorgehensweise aus dem Weißen Haus. Es brodelte gewaltig.

Auch in Europa wurden Stimmen gegen die Maßnahmen laut. In Deutschland wurde die Lockdown-Politik zu Beginn von einem Großteil befürwortet, doch gleichzeitig wurden zu tiefe Eingriffe in Grundrechte und zu wenig Sorgfalt bei der Verhältnismäßigkeitsprüfung kritisiert. Angst und Panik vor einem „zweiten Italien“ sorgten für teils kopflose Entscheidungen. So räumte die Polizei zahlreiche Demonstrationen trotz kleiner Teilnehmerzahl und ausreichend Abstand zwischen den Teilnehmern. Sogar eine Demo in Leipzig, allein aus Pappfiguren bestehend, wurde untersagt und „aufgelöst“ – die Rechtsprechung setzte dieser absurden Vorgehensweise immerhin nach und nach ein Ende. Demos mit Mindestabstand und Maske sind wieder erlaubt.

What's the matter?

Jetzt, wo in Europa die schlimmste Welle der Coronapandemie bis auf wenige Ausnahmen wie beispielsweise in Großbritannien überwunden zu sein scheint, sorgt der Tod von George Floyd für einen weiteren Wendepunkt: Der von einem Polizisten bei der Festnahme erwürgte Afroamerikaner wurde zum Symbol der Anti-Rassismusbewegung weltweit. Die Forderung nach einem basic human right, der Gleichberechtigung (auch) für Schwarze, eine Bewegung gegen Rassismus, bringt Tausende zu Protesten zusammen. Doch gerade dort, wo Rassismus und die Verzweiflung am schlimmsten sind, eskalieren die Proteste in gewalttätige Unruhen. Läden werden geplündert und Autos angezündet. Die Geduld der Bevölkerung erreicht ihre Grenzen. Es wird Zeit, dass sich etwas bewegt in dieser Gesellschaft. Nach Aufhebung der Ausgangssperre darf in den New York nun wieder offiziell protestiert werden. Doch auch die immerfort präsente, übergriffige Polizeigewalt wird den Un-

mut der Bevölkerung nicht stoppen können – nein, dies wird den Widerstand nur noch bestärken, die Abneigung gegen das System nur anheizen.

Der Druck auf die amerikanische Regierung wächst. Trump traut sich schon lange nicht mehr ohne großes Polizeiaufgebot aus dem Haus – während Familie Obama Hand in Hand mit Demonstranten auf den Straßen protestiert. Die für Floyds Tod verantwortlichen Polizisten wurden vom Bundesstaat Minnesota wegen Mordes angeklagt und eine Reformierung der amerikanischen Polizei wird von der Opposition als Gesetzesentwurf im Kongress vorgelegt. Einige Städte wollen diesen nicht abwarten. So hat sich der

tue im Fluss. Ein wichtiges Zeichen, dass nicht zu unterschätzen ist. Ein Warnsignal. Aber auch eine Wendemarke? Während vom Innenminister Empörung über diesen offenen und inakzeptablen „Vandalismus“ kam, applaudierte die Opposition. „Wir werden des strukturellen Rassismus nie lösen, solange wir unsere Geschichte in ihrer ganzen Komplexität nicht in den Griff bekommen“.

„Farbige Menschen werden vom System im Stich gelassen“

Um den kritischen Streetartkünstler Banksy zu zitieren: „Dies ist nicht nur ihr Problem. Es ist meins. [...] Es ist nicht ihre Aufgabe



Stadtrat von Minneapolis für eine Auflösung ihres Police Departments ausgesprochen. Eine bloße Reform mit der jetzigen Struktur sei unmöglich, räumte eine Sprecherin ein. Ob die Abwicklung tatsächlich stattfindet oder es nur zu internen Umstrukturierungen kommt, wird sich zeigen. Jedenfalls ein klares Signal, dass es zu Veränderung kommen wird.

Auch in Großbritannien, das bis heute seine Kolonialherrschaft als glorious times anpreist und sich immer wieder dafür feiert, nimmt der Unmut gegen die Klassengesellschaft und ihre rassistischen Zügen Überhand. Symbolträchtig stießen Demonstranten in Bristol das Denkmal des Sklavenhändlers Edward Colston vom Sockel und versenkten die Sta-

es zu lösen. Sie können nicht [...]. Dies ist ein weißes Problem. Und wenn Weiße es nicht lösen, muss jemand hochkommen und die Tür eintreten.“ Ob dies das System zum Einsturz bringt? Vielleicht. Jedenfalls wird danach nichts mehr so sein wie zuvor. Jetzt schon ist nichts mehr wie zuvor. Nicht nur durch die Pandemie, auch durch das neu geschaffene öffentliche Bewusstsein gegen Rassismus wird hoffentlich eine neue Denkweise angestoßen.

Solange unsere weiß dominierte Gesellschaft sich nicht ändert, wird sich auch unser Rassismusproblem nicht ändern. Bewusstsein schaffen, aufklären, einschreiten statt wegsehen. Auf Missstände aufmerksam machen. Schlimmstenfalls droht eine gewalt(tät)ige

Eskalation. Gewalt mag zwar keine Lösung sein, aber ein Systemsturz ging geschichtlich selten nur mit friedlichen Protesten einher. Ob Monarchiesturz oder der Kampf um Unabhängigkeit. Kohleausstieg oder Einsteigen für Menschenrechte – leider führten zu oft erst Ausschreitungen dazu, dass Konflikte auf politischer Ebene ernst genommen wurden. So verliefen zum Beispiel nicht alle Aktionen gegen die Rodung des Hambacher Forstes durch den Kohleriesen RWE komplett friedlich und auch der Hungerstreik Ghandis konnte einen gewaltfreien Umbruch nicht erzielen. Gewalt erzeugt Angst. Angst führt zu Unsicherheit. Spätestens dann wird der Ernst der Lage auch dem Letzten klar. Dies soll Gewalt oder gewalttätige Proteste keinesfalls befürworten oder verherrlichen. Traurigerweise ist diese das Zeichen, dass das Fass bereits überläuft. All der angestaute Missmut und die Verzweiflung der Menschen nehmen Überhand. Ein rabiates Wachrütteln infolgedessen die Politik sich mit diesen Konfliktthemen auseinandersetzen muss.

Aufbruch folgt Umbruch – We will not be silent

Doch das heißt noch lange nicht, dass es nicht anders geht. Aktuell macht die Bewegung *Fridays for Future* deutlich, dass Kontinuität und Beharrlichkeit sehr wohl etwas bewirken können. Auch die hier und in anderen Ländern friedlich ablaufenden *Black Lives Matter* Demos zeigen, wie stark Zusammenhalt sein kann. Gegenseitig füreinander einstehen. Das Ausmaß dieser Bewegung, die weltweite Anteilnahme am Tod Floyds und ein nicht länger toleriertes System der Unterdrückung können sehr wohl gewaltfrei beeinflusst werden. Gleichzeitig wird die Kritik an jenem exponentiell gesteigert, wenn dagegen Polizisten die Schwelle zur Gewalt übertreten. Ob Proteste für Demokratie in Hong Kong oder gegen Rassismus in den Straßen von New York mit aggressivem Tränengas oder harten Schlagstöcken eingedämmt werden – ein trauriger Versuch, ein fehlerhaftes System aufrecht zu erhalten.

Die Hoffnung, dass wir eines Tages in einer friedlichen Welt leben, mag momentan zwar noch utopisch klingen. Aber aufgegeben habe weder ich noch tausende andere sie. Denn dafür stehen wir auf den Straßen. Wir protestieren für unserer Zukunft. Wir kämpfen für unsere Zukunft. Wir bestärken uns und überzeugen die, die noch nicht oder nicht mehr daran glauben. Gerade die Auswirkungen der Coronapandemie wird die jungen Leute treffen, denn die tatsächlichen Folgen werden sich in vollem Ausmaß wohl erst in einigen Jahren zeigen, wenn nicht sogar erst in Jahrzehnten. Es liegt an uns, die Gesellschaft in die richtige Richtung zu weisen. Dies fängt an mit gegenseitiger Toleranz, und geht über Respekt zu Mut. Mut, Missstände anzuprangern und aktiv für Veränderung zu sorgen. Zwar ist Aufarbeitung der Geschichte wichtig, aber nur ein kleiner Schritt. Essenziell ist *gesellschaftliche* Auseinandersetzung mit dem Thema. Und dies heißt nicht nur als Diskussionsthema im Schulunterricht.

.....
Isabelle Stein
 - Bucerius Law School -

Ende der Gleichgültigkeit

75 Jahre nach Auschwitz – Deutschland 2020

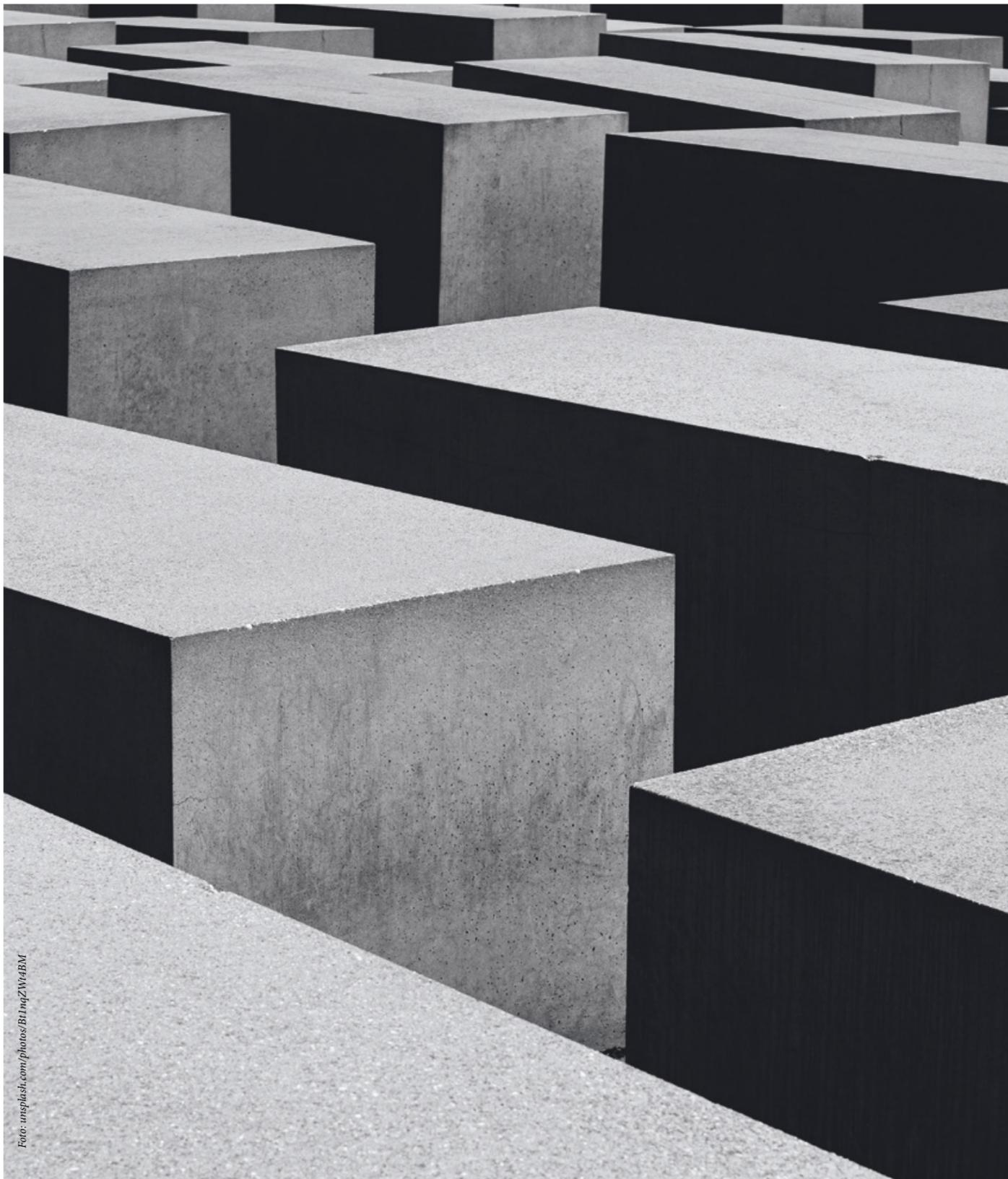


Foto: unsplash.com/photos/B1mqZV4BEM

Der folgende Beitrag entstand aus der Eröffnungsrede zur Gedenkveranstaltung am 75. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 2020. Hauptrednerin war die in Hamburg lebende Peggy Parnass. Sie überlebte den Holocaust durch einen Kindertransport nach Schweden im Jahr 1939. Später kehrte sie nach Hamburg zurück und engagierte sich seitdem im Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung.

Liebe Leserin, lieber Leser, vor 75 Jahren, am 27. Januar 1945, wurde das Konzentrationslager Auschwitz von der Roten Armee befreit. Jenes Konzentrationslager, in dem insgesamt über eine Million Jüdinnen und Juden ermordet wurden. Unter ihnen die gesamte Familie meiner Großmutter: Ihre Eltern Simon und Manja Mincberg und ihre Zwillingschwestern. Auch mein Großvater war in Auschwitz gefangen gehalten. Als sich die sowjetische Armee dem Konzentrationslager näherte, wurde er auf den sogenannten Todesmarsch geschickt. Er ist der einzige seiner Familie, der den Holocaust überlebte. Getötet wurden seine Eltern Chanine und Rachel Reich, sowie seine Geschwister Cylla und Herschel.

Meine Großeltern starben vor einigen Jahren, doch wollten nie über ihre Erlebnisse während des Holocausts berichten. Sie schämten sich sogar für das, was sie in den dunkelsten Jahren der deutschen Geschichte erlebt hatten. Sie konnten nicht begreifen, wieso sie den Krieg überlebt hat-

ten, ihre gesamte Familie und ihre Freunde aber weniger Glück hatten.

Umso wichtiger ist es, dass es Menschen wie Peggy Parnass gibt, die sich tagtäglich dafür stark machen, dass unsere Gesellschaft Hass und Diskriminierung nicht akzeptiert. Für ihr jahrelanges Engagement wurde Peggy im Februar dieses Jahres vom Hamburger Senat mit der Ehrenmedaille in Gold geehrt.

75 Jahre nach dem Holocaust werden die Stimmen immer lauter, die ein Ende der Erinnerungskultur fordern. Holocaustmahnmale werden als Denkmal der Schande und die Shoa als Vogelschiss in der Geschichte abgetan. Der Antisemitismus nimmt in Deutschland und Europa immer weiter zu. Laut einer im letzten Jahr erhobenen Studie sind 41 % der Deutschen der Meinung, dass Juden zu viel über den Holocaust reden würden. Jeder Vierte denkt sogar antisemitisch. Die Zahlen des Bundeskriminalamts sprechen für sich: im Schnitt gibt es fünf antisemitische Attacken pro Tag in

Deutschland – bei nur ca. 130 000 hier lebenden Jüdinnen und Juden.

Viele haben mich im Vorfeld gefragt, warum ich die heutige Veranstaltung ins Leben gerufen habe. Erstens, weil wir immer weniger Möglichkeiten haben werden, mit Zeitzeugen zu sprechen – 75 Jahre nach Kriegsende. Zweitens, weil ich mir nicht sicher bin, ob die Lehren aus dem Holocaust immer noch fest in unseren Köpfen verankert sind.

Das frage ich mich, weil mir jüdische Schülerinnen und Schüler, die ich als Jugendleiter betreue, davon berichten, dass sie aufgrund ihrer Religion auf dem Schulhof beleidigt und gemobbt werden. Das frage ich mich, weil mein Rabbiner im Juni vergangenen Jahres auf dem Rathausmarkt im Herzen Hamburgs bespuckt wurde, nur weil er Jude ist.

Das frage ich mich, weil nur eine einfache Holztür vor wenigen Monaten verhindern konnte, dass ein Blutbad in einer Synagoge in Halle angerichtet wurde. Ein Freund von mir war an Yom Kippur in der Synagoge in Halle und berichtete von seiner Todesangst, als er den Schützen Stephan B auf den Kameraüberwachungen sah.

Es muss dieselbe Todesangst gewesen sein, die die Eltern meiner Mutter verspürten, als sie sich – wie man es aus der Geschichte von Anne Frank kennt – in Wohnungen in Belgien während des Holocausts versteckten und wussten, dass ihre Entdeckung durch die Deutschen ihren sicheren Tod bedeuten würden.

Nach Halle teilten mir Freunde mit, dass sie von nun an aus Angst nicht mehr zu hohen Feiertagen in die Synagoge gehen würden. Eine Freundin von mir fragte auf Facebook, ob inzwischen nicht der Punkt erreicht sei, um als deutsche Jüdin die Koffer zu packen.

Eines müssen wir hierbei begreifen: Dass Jüdinnen und Juden sich auch noch in fünf, zehn, zwanzig Jahren wohl in Deutschland fühlen, ist keine Aufgabe, die die Politik allein zu bewältigen hat. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, jedem und jeder Bürger*in dieses Landes, Diskriminierung nicht zu tolerieren und dagegen einzustehen.

Von Eli Wiesel, der selbst das Konzentrationslager Auschwitz überlebte und später mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, stammt folgendes Zitat: „Das Gegenteil von Liebe ist nicht Hass, sondern Gleichgültigkeit“. Lasst uns aktiv werden, wenn wir mitbekommen, dass andere diskriminiert werden. Egal, ob wegen der Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht, Sexualität oder Religion. Egal, ob auf dem Campus, auf der Straße, am Arbeitsplatz oder am Küchentisch. Wir dürfen uns nicht auf einem Gefühl der Gleichgültigkeit ausruhen! Diskriminierung muss aktiv bekämpft werden!

.....
Lionel Reich
- Bucerus Law School -

Über verlorene Gestaltungsmöglichkeiten

Vor 75 Jahren wurde Deutschland vom Nationalsozialismus befreit.

Die Freiheiten, die uns damals geschenkt wurden, scheinen für viele zur Selbstverständlichkeit geworden zu sein. Die aktuelle Krise kann

Lehrmeister sein. Ein Text darüber, wer wir waren und wer wir sein wollen.

Wir vermissen: Das Treffen mit Menschen, das Biertrinken in Bars, das Lernen in Schulen und Universitäten. Wir wollen uns fordern, uns bilden, uns sehen, uns lieben. Diese Freiheiten waren bis gestern selbstverständlich, heute erlernen wir ihren Wert.

Auch das merken wir jetzt: Dass Öffentlichkeit mehr ist als die digitale Anwesenheit Fremder im eigenen Wohnzimmer. Dass es für Meinungen eine Projektionsfläche braucht, dass sie auf Austausch angelegt sind. Unsere Forderungen verhalten heute in der Stille des Privaten. Sie gelangen nicht mehr nach Berlin, geschweige denn nach Moria. Wir merken: Dass Öffentlichkeit wertvoll ist, wenn wir sie als demokratische Öffentlichkeit verstehen.

Wir stellen fest, dass etwas fehlt, wenn wir auf uns selbst zurückgeworfen sind. Es ist gerade das Anderssein Fremder, das uns herausfordert und uns ermöglicht, unseren eigenen Lebensentwurf mit ihnen abzugleichen. So sein zu wollen oder eben anders. Das Interessante am Mit- oder Nebeneinander entsteht gerade erst durch unsere Unterschiede. Wir lernen: Dass Freiheit auch Reibung ist, und dass Entwicklung durch Inspiration und Widerstand entsteht.

Deutschsein – Ein belastetes Privileg

Uns wird bewusst, dass wir aufeinander angewiesen sind. Einerseits nehmen wir Menschen heute als „systemrelevant“ wahr, deren Prekarisierung gestern noch indivi-

duelles Schicksal war. Andererseits erfahren wir auch: Dass die Stärke der staatlichen Institutionen unsere existentiellen Bedürfnisse sichert und wir gerade – oder nur – dann in politischen Dimensionen denken, wenn wir uns um unsere Grundbedürfnisse nicht fürchten müssen. Dass also unsere politische Freiheit in unserer Sicherheit und elementaren Gleichheit wurzelt.

Was uns beruhigt: Dass unsere Regierungen um die Verhältnismäßigkeit ihrer Maßnahmen zu ringen scheinen. Dass sie unsere Notlage zumindest nicht offensichtlich nur zur Sicherung ihrer eigenen Macht missbrauchen. Dass Rationalität noch als Maßstab an Regierungshandeln angelegt werden kann

Wir sehen, dass es uns in Deutschland besser geht als Menschen in anderen Ländern. Dass es ein Privileg ist, in Deutschland zu leben. Was manche vielleicht nicht sehen: Dass es ein noch größeres Privileg ist, un widersprochen deutsch zu sein, weil das oft auch heißt: Die Inanspruchnahme von Rechten noch nie gerechtfertigt zu haben und im Angesicht unverhältnismäßiger Freiheitsbeschränkungen aufrichtig erschrocken zu sein. Darin liegt die eigentliche Ambivalenz unserer Geschichte.

Befreiung – Die Möglichkeit unserer Freiheit

Was wir uns am 8. Mai 2020 als normales Leben zurückwünschen, ist in Wahrheit das Privileg eines Lebens in einer freiheitlich verfassten Gesellschaft. Garant unserer

verbleibenden Freiheiten und unseres verbleibenden Wohlstandes ist am 8. Mai 2020 der Rechtsstaat samt seinem Versprechen, die Menschenwürde nicht nur zu achten, sondern auch zu schützen. Im Moment mag unsere Freiheit oft Wunschdenken bleiben, doch wäre sie ohne den 8. Mai 1945 nicht einmal das: Denkbar. Die Befreiung von damals wirkt bis heute fort.

Für Alexander Gauland und die AfD als Ganze, stellt sich der 8. Mai 1945 dagegen als „Verlust von Gestaltungsmöglichkeit“ dar – so Gauland gegenüber dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Den Verbleib in einer Diktatur als Gestaltungsmöglichkeit zu bezeichnen, ist bestenfalls intellektuell arm. Denn welches Volk sollte sich eine solche Verfasstheit geben wollen? Das „reine“, „saubere“ „Deutsche Volk“ ist keine real existente Entität und ist es nie gewesen. Wir waren immer schon zugewandert, homosexuell und andersgläubig, wenn vielleicht auch heute mehr als gestern. Als Zurechnungspunkt staatlicher Gewalt aber hat das Volk im nationalsozialistischen Sinne sicherlich zu keiner Zeit getaugt. Es ist eine Wahnvorstellung – Wir sind nie „rein“ gewesen.

Was demokratische Freiheit nicht mehr ertragen muss

Mehr noch als dumm ist der Satz menschlich grob unanständig. Er relativiert die Verbrechen des Nationalsozialismus. „Gestaltung“ klingt, als wäre Adolf Hitler Landschafts-

gärtner gewesen. Das ist blanker Hohn gegenüber allen Menschen jüdischen Glaubens, und allen, die in irgendeinem Sinne nicht diesem obskuren „Normalen“ entsprechen können oder wollen. Er verspottet alle, die an den Frieden in Europa glauben und all diejenigen, die die Freiheit ihres Nächsten über die eigene Unwidersprochenheit stellen.

Dummheit und Unanständigkeit des anderen zu ertragen, auch das kann zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehören. Alexander Gauland aber ist Bundestagsabgeordneter und hat sich in dieser Funktion geäußert. Für gewöhnlich scheint es mir akzeptabel, wenn Abgeordnete Dinge sagen, die nicht meiner Meinung entsprechen. Sie sind Beiträge zu einem Diskurs und tragen insofern die Möglichkeit eines Kompromisses in sich. Wer aber Anleihen am nationalsozialistischen Unrechtsregime nimmt, will keinen Kompromiss. Er bewegt sich vielleicht in den Grenzen der Meinungsfreiheit, steht ideologisch jedoch außerhalb des demokratischen Diskurses. Alexander Gauland hat dies als mein, als unser Repräsentant gesagt. Es mag nicht viel helfen, und doch scheint es mir darauf anzukommen: Ich weise diese Äußerung von mir. Niemals wieder dürfen solche Gedanken konsensfähig werden. Nicht wenn wir wollen, dass Freiheit unsere neue, alte Normalität wird.

.....
Sophia Schamberg
 - Bucerius Law School -

Corona und dann...?

Gesundheit in der Krise

Gerade in Zeiten beispielloser Herausforderungen im Rahmen der Corona-Pandemie werden nicht zuletzt Gesundheitssysteme weltweit nachhaltig auf die Probe gestellt. Die letzten Wochen haben dabei auch in Deutschland gezeigt, wie begrenzt doch die Mittel an Personal, Betten sowie Material in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen sind. Die Lage hat sich mittlerweile zwar epidemiologisch entschärft, wirtschaftlich hingegen auch für die Kliniken weiter verschärft. Keiner kann zuverlässig einschätzen, wie es weitergehen soll, da sich die negativen Entwicklungen der letzten Jahre im Gesundheitssystem durch die Pandemie in den vergangenen Wochen noch beschleunigt haben. Wo liegen daher die Herausforderungen und die Chancen für die Zukunft unseres Gesundheitssystems?

Falsche Anreize – blinder Aktionismus statt Nachhaltigkeit

Wenn man sich mit dem Gesundheitssystem auseinandersetzt, ist die Frage der Finanzierung und Versorgungsplanung einer der wesentlichen Punkte. Gegenwärtig ist es dabei so, dass seit der Einführung der diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRGs) im Jahr 2004 der wirtschaftliche Druck auf die Kliniken in Deutschland weiter gestiegen ist. So gestalten sich beispielsweise vor allem invasive Prozeduren (Operationen, interventionelle Verfahren) wirtschaftlich attraktiv, da sie vergleichsweise gut entlohnt werden, wohingegen das beobachtende Abwarten bzw. die sprechende Medizin eine nicht annähernd so gute Vergütung mit sich bringt. Die Rentabilität bestimmter Prozeduren und Therapien droht zulasten medizinisch indizierter Maßnahmen noch mehr in den Vordergrund zu treten. Unlängst ist in einem Ende letzten Jahres erschienenen vom Spiegel veröffentlichten Ärzte-Appell von einer „Enthumanisierung der Medi-

zin“ die Rede, in welchem der Ersatz oder zumindest die grundlegende Reformierung des Fallpauschalensystems gefordert wird. Dazu kommen sich andeutende Klinikschließungen, wobei nach Einschätzung einer Bertelsmann-Studie ihre Zahl bundesweit von knapp 1400 auf weniger als 600 sinken soll. Inwiefern dadurch die Versorgung auch in der Peripherie weiterhin gesichert sein soll, bleibt fraglich. Jedoch lässt sich nicht verleugnen, dass 2018 gar 40 Prozent aller Kliniken Verluste gemacht haben – ganze zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Eigentlich sollten dabei die Kliniken mithilfe der erbrachten Leistungen alle laufenden Betriebskosten decken können und für die Investitionen in die Infrastruktur die Bundesländer aufkommen, was offenbar nicht funktioniert. Das mehr als über eine Milliarde schwere Defizit der gesetzlichen Krankenkassen im Jahr 2019 verbessert zudem nicht das finanzielle Rückgrat.

Eine Reform der Vergütung der im Gesundheitssektor erbrachten Leistungen, der Finanzierung infrastruktureller Aufgaben als auch des gesamten Krankenversicherungssystems ist unausweichlich, um dem Niedergang entgegenzuwirken. Ein möglicher Lösungsansatz wäre zunächst einmal eine verstärkte Präventionsarbeit, um direkt die Entstehung von Krankheiten und deren Auswirkungen zu verhindern. Oftmals sind ja dabei die Ansätze recht einfach, so sind etwa regelmäßiger Sport, Nikotinverzicht und ein gesunde Ernährung nicht erst seit Kurzem als sinnvolle Mittel bekannt. Die Schwierigkeit besteht dabei, den Einzelnen dauerhaft dafür zu motivieren. Manche Krankenkassen schaffen dabei bereits heute Anreize, wenn bestimmte gesundheitspräventive Tätigkeiten boniert werden. Auch die Arbeitsmedizin als Mittler zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber könnte im Rahmen verstärkter Vorsorgemaß-

nahmen als auch direkter Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung (z.B. Betriebssport während der Arbeitszeit) einen wichtigen Beitrag leisten. Über eine verstärkte Verhältnisprävention, wie höhere Steuern auf Alkohol und Tabak, ist ebenfalls nachzudenken. Bei aller Präventionsanstrengung wird sich die Krankheitslast in einer überproportional stark alternden Gesellschaft jedoch nur bedingt senken lassen, da zwischen Risikofaktorexposition und Krankheitsausbruch mitunter eine lange Latenzzeit herrscht. Es gilt daher zu fragen, ob Krankenhäuser konkurrenzfähige Wirtschaftsunternehmen darstellen müssen, obwohl sie dem Allgemeinwohl dienen sollen und daher genauso wie etwa Polizei oder Feuerwehr im Geiste nicht dazu bestimmt sind, Gewinne erwirtschaften zu müssen. Die Privatisierung und der Verkauf von Einrichtungen an Klinikkonzerne mögen dabei zwar zunächst finanziell attraktiv sein, um öffentliche Gelder zu sparen. Allerdings entsteht dabei auch eine große Abhängigkeit, zumal sich die auf Gewinn ausgelegten Konzerne eher die Patientenfälle aussuchen, die besser boniert sind. Man muss daher auch die Klinikkonzerne stärker in die Pflicht nehmen, auch wirtschaftlich nicht besonders attraktive Fälle verstärkt behandeln zu müssen. Öffentliche Krankenhäuser sollten vor allem in Klinikverbänden organisiert werden, um fachliche Expertise und Diversität unter einer Dachorganisation weiterhin gewährleisten zu können, auch wenn es dadurch zu einer Dezentralisierung kommt. Medizinische Versorgungszentren können dabei in der ambulanten Versorgung eine wichtigere Rolle einnehmen, um die wichtigsten Notfälle auch vor Ort behandeln zu können – gegebenenfalls mit eigenen Überwachungsbetten.

Ein weiterer Eckpfeiler der Finanzierung ist die Krankenversicherung. Seit längerer Zeit schwelt bereits eine Diskussion über die Abschaffung des Zweiklassensystems von privater und gesetzlicher Krankenversicherung. Dies wird sich in Zukunft auch kaum vermeiden lassen, will man die Krankenversicherung weiterhin vor allem solidarisch organisieren. Privatversicherungen mögen zwar gerade in jungen Jahren attraktiv wirken, wenn die Beiträge niedrig und die Krankheitsrisiken gering sind. Im höheren Alter mit verstärkter Krankheitslast und niedrigerem Einkommen bei steigenden Beiträgen stellen sie für den Einzelnen jedoch ein nicht zu unterschätzendes finanzielles Risiko dar. Gerade auch in Zeiten wenig kalkulierbarer Entwicklungen hinsichtlich der Sicherheit eines Arbeitsplatzes und damit des verfügbaren Einkommens wirkt ein solidarisch organisiertes System für den Einzelnen als auch für die Gesellschaft vorteilhaft.

Das Fallpauschalensystem wird sich nicht von heute auf morgen einfach abschaffen lassen. Allerdings können präventive medizinische Maßnahmen oder die sprechende Medizin besser boniert werden, um teurere interventionelle oder operative Eingriffe zu verhindern. Ein ausführliches Beratungsgespräch ist mitunter zielführender als eine neue Knieprothese, ohne dass das zugrunde liegende Problem (z.B. Übergewicht und Bewegungsmangel) besprochen und angegangen wird.

Künstliche Intelligenz und personalisierte Medizin – grenzenlose Garanten des Fortschritts?

Angesichts steigender Patientenzahlen und begrenzter Ressourcen werden Innovationen unerlässlich sein. Bereits heute sind Systeme im Rahmen der künstlichen In-

telligenz (KI) z.B. im Zusammenhang mit der Diagnostik (bildgebende Verfahren) teilweise schon im Einsatz. Eine weitere Innovation stellt zusehends die personalisierte Medizin dar, was bedeuten mag, dass die Therapie genau auf den einzelnen Patienten anhand bestimmter Merkmale zugeschnitten wird. Schon jetzt werden im Rahmen von Tumorthérapien anhand von Oberflächenrezeptoren bestimmte Antikörpertherapien durchgeführt. Dabei wird auch die Molekulardiagnostik in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, um Krankheiten gar auf Ebene der DNA heilen zu können. Genscheren wie CRISPR-Cas9 könnten dabei eine tragende Rolle einnehmen, um bisher unheilbare Erkrankungen (wie z.B. Mukoviszidose) ursächlich und nicht nur symptomatisch behandeln zu können.

Trotz dieser vielversprechenden Entwicklungen bleiben viele Probleme ungelöst. Eine personalisierte Herangehensweise ist mit einem hohen Aufwand verbunden, da hierbei noch weiterhin viel Grundlagenforschung betrieben werden muss. Wer hierbei die zusätzlichen Kosten tragen soll, ist genauso unklar wie die Frage, wer von teuren experimentellen Therapien profitieren darf und wer nicht. Neben den finanziellen Herausforderungen spielen vielmehr ethische Fragen eine große Rolle, die sich allein durch die Instrumente

des technischen Fortschrittes nicht beantworten lassen. Daher müssen wir uns gesellschaftlich angesichts steigender Lebenserwartungen und größerer Möglichkeiten des medizinisch Machbaren zusehends fragen, was medizinisch sinnvoll und auch moralisch vertretbar ist. Gerade auch im Hinblick auf die Wahrung der Lebensqualität bei chronischen Leiden kann die Palliativmedizin daher als ganzheitlicher Ansatz in Zukunft eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Eine eigene fachärztliche Spezialisierung, wie sie beispielsweise bereits in Großbritannien existiert, gibt es hierzulande jedoch (noch) nicht. Und auch die Palliativmedizin ist kein omnipotentes Instrument, das in jeder Situation Abhilfe schaffen kann. Wie jede Disziplin hat auch sie ihre Grenzen, weshalb auch die Debatte über die Sterbehilfe weiter anhalten dürfte. Wir müssen uns fragen, inwiefern der Einzelne das Recht bzw. den Anspruch auf ein selbstbestimmtes Ende haben dürfen soll und ob und in welchem Rahmen er dafür ärztliche Unterstützung einholen oder gar einfordern darf. Der Anteil der Personen, die 2016 im Krankenhaus verstarben, lag nämlich in Bezug auf alle Verstorbenen bei knapp 50 Prozent – und das obwohl sich das so gut wie niemand wünscht. Die Themen Lebensende und Tod finden im Allgemeinen in unserer leistungsorientierten Gesellschaft wenig Beachtung, obwohl sie existenzielle Bestandteile unseres menschlichen Daseins darstellen. Auch in der Medizin wird der Tod noch häufig als Scheitern verstanden – zählen gerade beispielsweise in

Studien zu Krebstherapien doch oft nur die Überlebensraten, ohne die Lebensqualität unter Therapie ausreichend zu betrachten. Dabei gibt es zum Beispiel im Rahmen der Berechnung sogenannter quality-adjusted life years (QALYs) durchaus Möglichkeiten, nicht nur die Verlängerung der Lebenszeit infolge einer Therapie sondern auch die Lebensqualität zu berücksichtigen.

Allein der neue technische Fortschritt bedeutet daher nicht unbedingt eine bessere medizinische Versorgung für den Einzelnen. Die Frage, wie und zu welchem Zweck wir medizintechnische Innovationen einsetzen, ist daher vor allem die Frage nach unseren Vorstellungen des Lebens.

Aus-, Fort- und Weiterbildung – aller Anfang ist schwer

Ein weiterer wesentlicher Punkt ist die Frage der richtigen Ausbildung. Das Wesen der Medizinstudiengänge beispielsweise hat sich in den vergangenen Jahrzehnten wenig verändert. Zwar haben Modellstudiengänge versucht, den Weg in eine neue Zeit zu beschreiten. Doch am starren Gerüst mit sechs Jahren Studium hat sich kaum etwas verändert, obwohl das Maß an Wissen in den letzten Jahrzehnten exponentiell zugenommen hat. Bestenfalls soll jeder Mediziner heute wissenschaft-

lich arbeiten, empathisch und fachlich brillant sein. Daneben soll er wirtschaftlich handeln und auch noch sich selbst verwirklichen. Dass dabei in der Realität das ein oder andere auf der Strecke bleibt, ist nicht von der Hand zu weisen. Wir müssen uns fragen, ob jeder die gleiche Ausbildung durchlaufen muss. Sind diejenigen,

die viel publizieren, in der Praxis die besseren Ärzte? Wohl nicht unbedingt. Muss ein praktisch umfassend ausgebildeter, erfahrener Allgemeinmediziner in seiner Praxis Hochschulmedizin betreiben? Wohl kaum. Denkbar wäre daher, nach einem gewissen Basisstudium, den Studierenden die Wahl zwischen wissenschaftlicher Tätigkeit oder praktischem Handeln zu lassen. Eine Art Hausarztstudium könnte mitunter einen wesentlichen Anteil leisten, um strukturschwache und unterversorgte Gegenden zu entlasten. Die Stärkung der Allgemeinmedizin als Gatekeeper für weitere facharztspezifische Untersuchungen kann dabei helfen, für den Einzelnen eine bessere zugeschnittene Medizin zu verwirklichen, um vor-schnelle und nicht notwendige Facharzt-konsultationen zu vermeiden.

Neben der Ausbildung innerhalb des Studiums sind auch die Arbeits- und Weiterbildungsbedingungen nach erfolgreicher Approbation unlängst Gegenstand vielfacher Diskussionen. Die Zeiten, in denen manche im wahrsten Sinne des Wortes ihr Leben für die Medizin zu geben gewillt waren, sind vorbei. Eine im Vergleich zur Allgemeinbevölkerung 3,4-fach erhöhte Suizidrate unter

Ärzten ist dabei alarmierend. Die jüngere Generation ist nicht mehr bereit, ihr Leben in der Klinik ohne Lohn- und Freizeitausgleich zu verbringen. Der Wunsch nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird immer wichtiger. Es braucht daher flexible Arbeitszeitmodelle, mehr Teilzeitstellen und familienfreundlichere Angebote (z.B. flexiblere Kinderbetreuung auch im Schichtdienst).

Zudem steht aufgrund des Kostendrucks kein Personal zur Verfügung, das sich um die umfassende Ausbildung der jungen Kollegen kümmern kann. Vielmehr funktioniert vieles nach dem Prinzip, dass man sich das ja, wenn nötig, auch nach Dienstschluss aneignen könne. Um mehr Operationen durchführen zu können, operieren beispielsweise oftmals nur noch die Oberärzte. Die Assistenten lernen dabei kaum noch das Operieren, oftmals sind sie zum Dienst in der Notaufnahme und auf Station verdammt, ohne einen nennenswerten Zuwachs ihrer chirurgischen praktischen Ausbildung zu verzeichnen. Dabei wird die Frage außer Acht gelassen, wer denn später einmal operieren soll, wenn bereits heute der Nachwuchs nicht ausreichend ausgebildet wird? Die unzureichende Ausbildung betrifft dabei natürlich auch Fachdisziplinen jenseits der Chirurgie. Man sollte daher auch Kliniken unterstützen, die sich besonders umfassend um die Ausbildung von jungen Kollegen bemühen. Wer mehr ausbildet, muss mehr Geld bekommen und wer weniger ausbildet, muss im Gegenzug finanzielle Abgaben für die Ausbildung andernorts machen.

Und nun?

Das Gesundheitssystem wird auf lange Sicht zwangsläufig große Veränderungen erfahren müssen, um die Versorgung einer überproportional stark alternden Bevölkerung sicherzustellen. Neben einer anderen Gestaltung der Finanzierung und der Ausbildung auf Ebene der Politik, eines stärkeren personalisierten und KI-unterstützten Therapieregimes liegt auch die Verantwortung beim Einzelnen, seine eigene Gesundheit zu fördern. Die Medizin sollte sich dabei wieder mehr auf ihre ureigene Kernkompetenz konzentrieren, nämlich dem Menschen in seinem Leben als wachsamer Begleiter zur Seite zu stehen, ohne auf den größtmöglichen Profit eines einzelnen „Falls“ zielen zu wollen. Dabei wird sich auch die Gesellschaft fragen müssen, wie wichtig ihr ihre Gesundheit ist – sowohl finanziell als auch im Rahmen der kollektiven moralischen Verantwortung.

Mehr Geld allein vermag dabei nicht einen Mangel an Wertschätzung der Arbeit der im Gesundheitssystem Arbeitenden zu kompensieren. Wenn beispielsweise Geburtstagsglückwünsche oder Gesten der Anerkennung nach Jahren treuen Einsatzes aus Kostengründen wegrationalisiert werden, spiegelt das gleichzeitig den Konflikt zwischen menschlich angebrachtem Verhalten und Ökonomisierungsdruck im Kleinen wider und lässt einen sprachlos zurück.

.....
Oliver Buchstab
 - Universität Hamburg -

Das deutsche Gesundheitssystem und seine Defizite

Zwischen Fallpauschalen und Renditen

Wir erleben die Krise um Covid-19 als globales Drama, mit dem kaum jemand gerechnet hat. Im Mittelpunkt stehen nicht nur die hohe Zahl der Infizierten, sondern auch die Gesundheitssysteme vieler Staaten und ihr Versagen. Überlastete Krankenhäuser und Personal am Ende seiner Kräfte. Auch in Deutschland geht diese Problematik nicht spurlos vorbei.

Betrachtet man allein die Zahlen der Intensivbetten Deutschlands im Vergleich zu anderen Ländern, so ist die Kapazität mit 33,9 Intensivbetten auf 100.000 Einwohner auf einem hohen Niveau. Spanien und Italien, besonders durch Corona betroffen, liegen bei nur 9,7 beziehungsweise 8,6 Intensivbetten auf 100.000 Einwohner.

Das deutsche Gesundheitssystem im internationalen Vergleich

2019 untersuchte die britische Job-Agentur für medizinische Berufe „ID Medical“ 24 OECD-Staaten anhand verschiedener Faktoren und verglich ihre Gesundheitssysteme. Beurteilt wurden der prozentuale Anteil des Bruttosozialprodukts, der für den Gesundheitssektor ausgegeben wird, die Anzahl vorhandener Krankenhausbetten, die durchschnittliche Lebenserwartung der Bevölkerung sowie die Anzahl der Ärzte und des Pflegepersonals. Im Ergebnis landete Deutschland auf dem zweiten Platz, knapp hinter Japan und vor der Schweiz. Es wird deutlich, dass das deutsche Gesundheitssystem im internationalen Vergleich eines der besten ist.

Seit 2009 gilt in Deutschland zudem die Krankenversicherungspflicht, die die medizinische Grundversorgung der gesamten Bevölkerung finanziell und ungeachtet von Einkommen und Alter absichert. Trotzdem werden immer wieder Stimmen laut, die unabhängig von der derzeitigen Krise behaupten, das deutsche Gesundheitssystem leide an tiefgreifenden Mängeln. Beanstandet wird zum einen ein erheblicher Personalmangel, welcher zu Qualitätsverlust bei der Patientenversorgung führe. Der „Stern“ veröffentlichte zu dieser Thematik im September 2019 einen Ärzte-Appell, der unter anderem die Einführung der DRG-Fallpauschalen und die fortschreitende Privatisierung des Gesundheitssektors kritisiert.

Einführung des Fallpauschalen-Systems

Ziel des Fallpauschalen-Systems war es zunächst, die Kosten im Gesundheitswesen insgesamt zu begrenzen. Vor der Einführung wurden Behandlungskosten nach der Dauer des Krankenhausaufenthalts eines Patienten berechnet. Zu dieser Zeit bekamen Krankenhäuser von den Krankenversicherungen für jeden Tag, den ein Patient dort verbrachte, tagesbezogene Pflegesätze, unabhängig von der Schwere der Erkrankung und Intensität der Betreuung. Dies führte zur Ausnutzung des Systems in Form verlängerter Krankenhausaufenthalte. Um

dem entgegenzuwirken, wurde das Fallpauschalen-System entwickelt und 2003 eingeführt.

Es wurden genaue Fallgruppen definiert, welche durch Art der Krankheit, deren Schweregrad und die erbrachte Leistung, also beispielsweise eine Operation, bestimmt sind. Mit der Fallgruppe wurde dann die Vergütung einer definierten Erkrankung und die Behandlung dieser, sowie eine bestimmte Bandbreite der Verweildauer kalkuliert. Für genau definierte Krankheitsgruppen gibt es somit ein festgelegtes Budget. Die Pauschalen werden so berechnet, dass sie die Kosten der Behandlung eines Durchschnittspatienten decken. Problematisch wird es, wenn ein Patient nicht dem Durchschnitt seiner Fallgruppe entspricht. Bewegen sich die Behandlungskosten eines Patienten außerhalb des Fallgruppenbudgets, so erhält das Krankenhaus zwar einen Zuschlag, dieser deckt allerdings nicht zwingend die Mehrkosten. Folglich sind alle Beteiligten bemüht, so viele Patienten so schnell und günstig wie möglich zu versorgen, um alle laufenden Betriebskosten decken zu können.

Es wird also kritisiert, dass das Fallpauschalen-System Anreize geben könne, gegebenenfalls überflüssige Behandlungen vorzunehmen, um einen wirtschaftlichen Vorteil zu erzielen. So fördere es beispielsweise die Anwendung kostspieliger invasiver Beatmung auf Intensivstationen. Betrachtet man die Fälle von Beatmungen seit Einführung des Systems, so verzeichnet sich ein deutlicher Anstieg. Wurden im Jahr 2006 noch rund 25000 Patienten stationär in einer Klinik beatmet, so waren es 2016 schon ca. 86000. Bemerkenswert ist dabei weiterhin, dass viele der dauerbeatmeten Patienten teils mehrere schwerwiegende Erkrankungen, wie Herzschwächen oder Diabetes Typ 2, aufweisen. Es stellt sich die Frage, ob das Fallpauschalen-System sogar dazu führen könnte, dass sterbensranke Menschen künstlich am Leben erhalten werden, um daraus Profit zu schlagen.

Dazu kommt, dass die Anzahl der Krankenhäuser insgesamt schon seit Jahren rückläufig ist. Während sich die Anzahl der Krankenhausbetten um mehr als die Hälfte reduziert hat, steigt die Zahl der zu behandelnden Patienten um 25 % auf 19,4 Millionen. Im Umkehrschluss sieht sich das Klinikpersonal also mit der Herausforderung konfrontiert, mehr Patienten bei geringeren Kapazitäten zu betreuen. Stimmen, die kritisieren, man habe zu wenig Personal – selbst, wenn man insgesamt im internationalen Vergleich gut dasteht –, werden also zu Recht laut. Dies liegt nicht zuletzt an den negativen Auswirkungen des Fallpauschalen-Systems.

Privatisierung des Gesundheitssektors

Ferner schlägt das Problem der fortlaufenden Privatisierung des Krankensektors zu Buche. So sind 2017 bereits 37 % der deutschen Kliniken in privaten Händen.

Öffentliche Krankenhäuser befinden sich oft in finanziell schwierigen Situationen, was schlussendlich dazu führt, dass sie in private Trägerschaft übergehen. Ziel dieser ist es, die gekauften Objekte zu sanieren und langfristig Gewinne zu erwirtschaften. Doch wie wird aus einem zunächst unwirtschaftlichen Krankenhaus ein gewinnbringendes?

Unterstellt wird privaten Trägern unter anderem, dass sie eine niedrige Leistungsqualität bieten, sowie Ausbeutung der Mitarbeiter betreiben, um ihre Ziele zu erreichen. Schon 2007 berichtete das deutsche Ärzteblatt von solchen Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung durch die Privatisierungswelle. Private Träger argumentieren, dass Restrukturierung und Prozessoptimierung die wirtschaftlichen Erfolge brächten. Dies passiere jedoch nicht auf Kosten der Mitarbeiter und bringe auch keinen Leistungsabfall für die Patienten mit sich. Helios, Röhn, Asklepios und Sana sind die größten privaten Klinikverbände in Deutschland. Helios allein verfügt über 86 Kliniken, 126 Medizinische Versorgungszentren und zehn Präventionszentren. Damit erwirtschaftete die Trägerschaft 2018 einen Umsatz von rund sechs Milliarden Euro. Gleichzeitig macht Helios aber auch negative Schlagzeilen. 2014 übernahm der private Träger die Hälfte eines Wiesbadener Krankenhauses und baute in den nächsten zwei Jahren bereits 300 Stellen ab. Die dadurch entstandene Überlastung des Klinikpersonals führte zu Missständen in der Betreuung und wurde durch heimlich gefilmte Aufnahmen dokumentiert. Helios klagte gegen deren Veröffentlichung, 2018 wies das Oberlandesgericht Hamburg die Klage jedoch zurück.

Kauften private Träger zunächst vor allem Fachkliniken auf, so beinhaltet ihr Repertoire mittlerweile auch große Krankenhäuser und sogar ein Universitätsklinikum. Das Uniklinikum Gießen und Marburg (UKGM), das sich seit 2006 in privater Trägerschaft befindet, soll nach Angaben der Frankfurter Rundschau bereits in den ersten drei Jahren über 250000 unbezahlte Überstunden angehäuft haben. Stellen wurden gestrichen und unqualifizierte Leiharbeitskräfte eingestellt. Mehrere offene Briefe wiesen auf die schlechte Arbeitssituation hin. Man beanstandete hauptsächlich die mangelhafte Versorgung der Patienten durch nicht ausreichend qualifiziertes Personal. Zunächst erfolglos. Erst nach anhaltenden Protesten und einem politischen Wechsel im zuständigen Ministerium wurde durch den Hessischen Landtag eine Kommission beauftragt, die Varianten für die Durchführung eines Rückkaufs des UKGM erarbeiten soll. Trotzdem wird es wohl noch einige Jahre dauern, bis es endgültig zum Abschluss kommt.

Die Privatisierung des Universitätsklinikums ist fehlgeschlagen. Insbesondere dort, wo es um Lehre und Forschung geht, haben Profitgier privater Träger und deren Renditevorgaben keinen Platz. Ansonsten kann

von einem deutschen Gesundheitssystem an internationaler Spitze wohl nicht mehr lange die Rede sein.

Zukunft

Das deutsche Gesundheitssystem ist im internationalen Vergleich eines der besten und die Grundversorgung der Bevölkerung definitiv gegeben. Wir mögen deshalb auch mit der Coronakrise besser umgehen können als andere Länder. Dies gilt es zu würdigen. Dennoch müssen bestehende Mängel erkannt und behoben werden.

Ein Abrechnungssystem, das seit 16 Jahren existiert und schon genau so lange von Experten für seine Unmenschlichkeit kritisiert wird, darf nicht noch weiter ohne einen Versuch der Besserung existieren. Es handelt sich um ein System, das das ohnehin schon knappe Personal zu Arbeit in Rekordzeit zwingt, ohne die Möglichkeit zu geben, auf die persönlichen Befindlichkeiten des einzelnen Patienten einzugehen. Dieses Problem betrifft alle Krankenhäuser, unabhängig davon, ob es sich um ein öffentlich oder ein privat geführtes handelt. Zusätzlich führt die Privatisierung des Gesundheitssektors dazu, dass enormer innerbetrieblicher, ökonomischer Druck auf den Mitarbeitern lastet. Es gilt, so viele Patienten wie möglich so effizient und effektiv wie möglich zu betreuen. Alles nur, damit am Ende auch genügend Gewinn dabei herumkommt.

Doch darf es bei etwas so essenziellem wie dem Gesundheitssystem wirklich nur um das dicke Plus am Ende des Jahres gehen? Natürlich sollte auch ein Krankenhaus in der Form wirtschaftlich sein, dass anfallende Kosten so gut wie möglich gedeckt werden. Wenn das aber nicht funktioniert, weil einige Patienten eine intensivere Betreuung brauchen als erwartet, dann muss der Sozialstaat greifen und seine Aufgabe übernehmen. Es ist nicht in Ordnung, dass die Arbeit in einem deutschen Krankenhaus einer Arbeit am Fließband gleicht. Wenn es darum geht, so viele Menschen wie möglich so schnell wie möglich zu betreuen, ohne dabei den Personalbedarf ausreichend zu decken, dann bleibt ein massiver Qualitätsverlust in der Betreuung nicht aus. Dies kann nicht Teil eines Systems sein, welches an internationaler Spitze stehen bleiben will. Es darf auch nicht sein, dass Kommunen auf private Träger zurückgreifen müssen, weil sie Krankenhäuser nicht selbstständig finanzieren können, und deren erste Amtshandlung darin besteht, Kündigungen zu verschicken.

Das Gesundheitssystem gehört in seiner Gesamtheit in staatliche Hand und es bedarf eines vernünftigen Finanzierungssystems, um Ausbeutung sowohl des Systems als auch des Klinikpersonals zu vermeiden und die Menschlichkeit zu wahren.

.....
Kim Katya Jansen

- Johannes-Gutenberg-Universität Mainz -

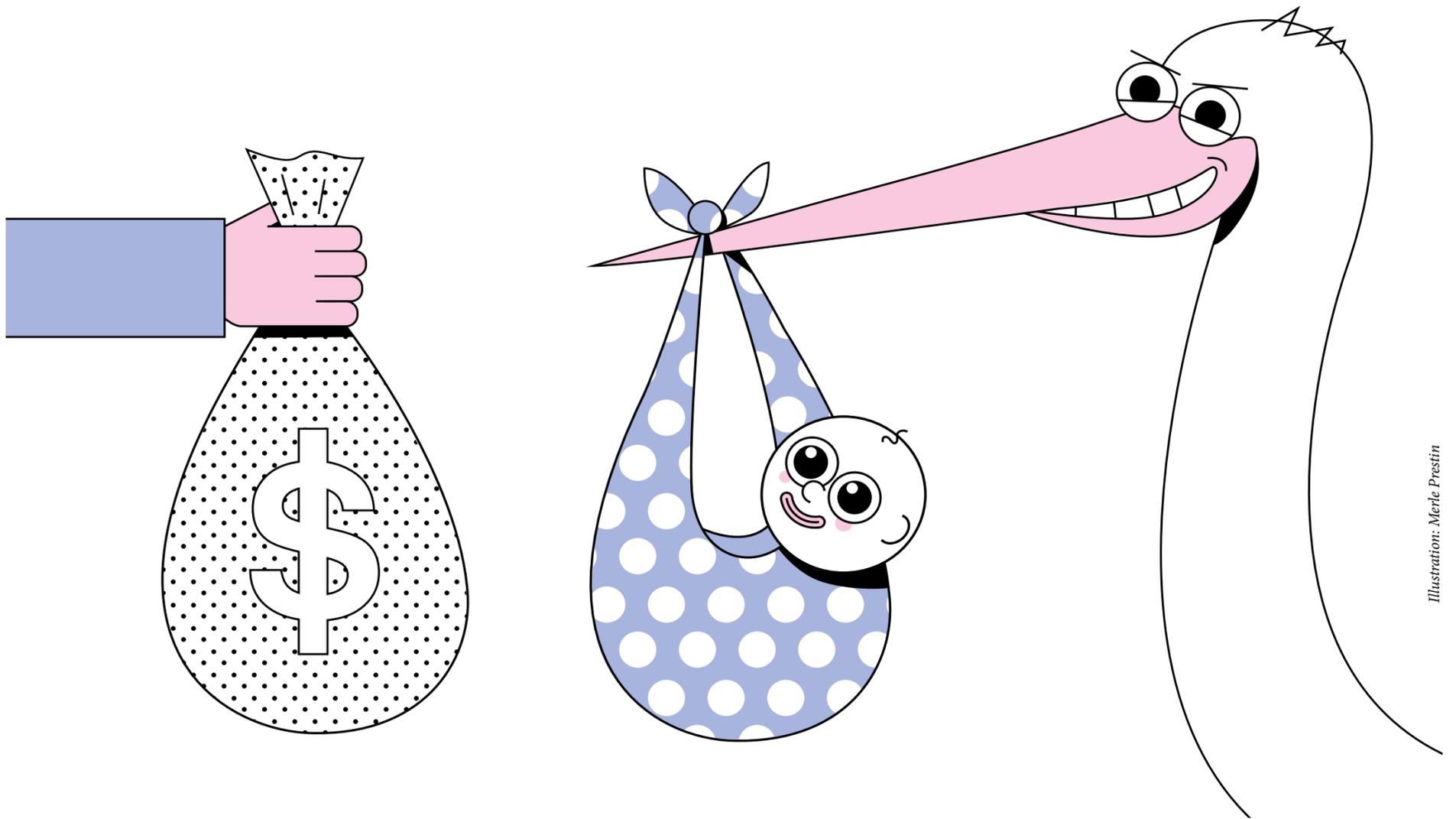


Illustration: Merte Prestin

Kinder ohne Sex

Mutter- und Vaterschaft im Leistungskatalog der modernen Medizin

Mit der Entwicklung der In-vitro-Fertilisation (IVF) wurde etwas möglich, was über Jahrtausende als undenkbar galt: Kinder ohne Sex. Heute werden die IVF („künstliche Befruchtung“) und die durch sie ermöglichten sogenannten „Retortenbabys“ als großer Durchbruch der Reproduktionsmedizin gefeiert. Von Ethikern und Medizinern wird ihr Status einerseits als „medizinische Errungenschaft“ und noch mehr als „Errungenschaft für die Menschheit“ bezeichnet, andererseits auch durchaus kritisch beäugt. Warum ist das so? In den 60er und 70er-Jahren des letzten Jahrhunderts entwickelte der britische Genetiker und Physiologe Robert Edwards zusammen mit dem britischen Gynäkologen Patrick Steptoe die Methode der In-vitro-Fertilisation. Im Jahr 1978 wurde Louise Brown mit Hilfe der neuen Methode als erstes Retortenbaby der Geschichte geboren. Bei der IVF werden Eizellen, die der Frau nach meist wochenlangen massiven medikamentösen Eingriffen in den weiblichen Hormonhaushalt entnommen wurden, mit labortechnisch aufbereitetem Spermium in einer Nährflüssigkeit zusammengebracht. Bleibt die spontane Befruchtung im Reagenzglas aus oder möchte man schon vor der Befruchtung bestimmte Zellen auswählen, besteht die Möglichkeit, eine Samenzelle direkt in die ausgewählte Eizelle zu injizieren.

Nach der Befruchtung können die Embryonen in ihren ersten Lebensstadien noch Untersuchungen unterzogen werden, die einem „Qualitätscheck“ gleichkommen. Dieser erfolgt mittels der Präimplantationsdiagnostik (PID) je nach Gesetzeslage des entsprechenden Landes routinemäßig; oder wie in Deutschland ausschließlich beim Verdacht

einer schweren genetisch bedingten Erkrankung. Das Ergebnis dieser Diagnostik entscheidet dann darüber, ob die Embryonen für die Einsetzung in die Gebärmutter qualifiziert oder der Vernichtung preisgegeben werden. Die PID zieht für den Embryo somit keine Therapie nach sich, sondern bedeutet im besten Fall seine Auswahl für die weitere Verwendung, im schlechtesten Fall sein Lebensende. Daher fordern Kritiker dieser Methode mit argumentativer Stringenz, die Präimplantationsdiagnostik müsse vielmehr als Präimplantationsselektion betitelt werden, um ihrer eugenischen Grundlage Rechnung zu tragen.

PID als Ort moderner Eugenik

Die PID als Ort gesellschaftlich weithin akzeptierter, vorgeburtlicher Selektion von Menschen ist nur eines der großen ethischen Probleme, die mit der IVF auf den Plan gerufen werden. In vielen Ländern geht es hier längst nicht mehr darum, vermeintlich gesundes, „lebenswertes“ von krankem, „lebensunwertem“ menschlichem Leben zu trennen, sondern um die individuelle Wunscherfüllung der Eltern. Denn natürlich lassen sich mit der Methode auch weitere Eigenschaften des Kindes, wie etwa das Geschlecht, überprüfen. Angesichts der weltweit hohen Zahlen von gezielten Abtreibungen von weiblichem Nachwuchs, einer „modernen“ Form der Diskriminierung von Frauen, erscheint die Selektion nach Geschlecht im Rahmen der PID nicht weiter erstaunlich. Und doch hat sie einen bitteren Beigeschmack.

Die assistierte Reproduktion ist ein sehr aufwendiges Verfahren, das auch nach der

Einsetzung des Embryos in die Gebärmutter weitere Schritte erfordert. Dies hat mehrere Gründe. Erstens kommt es zwar bei knapp 90 % der Frauen, die sich einer IVF-Behandlung unterziehen, zu einem Transfer des Embryos in die Gebärmutter. Die Wahrscheinlichkeit, am Ende sein Kind auch tatsächlich zu gebären, liegt pro Transfer jedoch nur noch bei 23,6 %. Gründe hierfür sind Schwierigkeiten bei der Einnistung (Nidation) in die Gebärmutter, spontane Aborte in den folgenden Schwangerschaftswochen oder die gezielte Abtreibung. Diese erfolgt beispielsweise, wenn ein in der PID „fälschlicherweise“ als „gesund“ markierter Embryo, durch Techniken der Pränataldiagnostik (PND) als „krank“ identifiziert wird.

Zweitens ist die Rate an Mehrlingsschwangerschaften im Rahmen von künstlichen Befruchtungen signifikant erhöht. Denn häufig werden prophylaktisch mehr Embryonen in die Gebärmutter eingesetzt, als die Mutter gebären möchte. Kommt es beispielsweise wie in etwa 20 % der Fälle zu einer Schwangerschaft mit Zwillingen, können sich Paare für eine sogenannte „Mehrlingsreduktion“ entscheiden. Dabei wird selektiv eines der Geschwisterkinder im Mutterleib getötet. Das Kriterium der Wahl, wer überleben darf, ist häufig lediglich die räumliche Erreichbarkeit für den Arzt, der mit einer Kalium-Chlorid-Injektion in das Herz des Fötus dessen Tod herbeiführt. Um das Leben des verbliebenen Kindes nicht zu gefährden, verbleibt auch das tote Kind bis zur Geburt im Mutterleib und wird erst bei der Geburt entfernt. In diesem Fall wird dann – recht zynisch – von einer „Two-Minus-One-Pregnancy“ gesprochen.

Verwirrende Eltern-Konstellationen

Weitere ethische Probleme, die mit der Implementierung der „künstlichen Befruchtung“ als Alternative zur natürlichen Empfängnis entstanden sind, beziehen sich auf die heterologe Eizell- und Samenspende sowie auf die Leihmutterchaft. Während in Deutschland derzeit nur die Samenspende erlaubt ist, sind die Gesetzeslagen in anderen Ländern sehr viel laxer.

So wird beispielsweise an amerikanischen Universitäten jungen Studentinnen das Angebot gemacht, mit der Spende ihrer Eizellen einen Teil ihrer Studiengebühren zu begleichen. Neben den wenigen Frauen, die ihren Körper aus vermeintlich altruistischen Gründen vermieten, findet sich jedoch die Mehrzahl der Leihmütter in armen Ländern wieder. Diese sehen dort oft keinen anderen Weg, als ihren Körper den reichen Fertilitätstouristen zur Verfügung zu stellen, um ihre Existenzgrundlage zu sichern. Hier zeigt sich nur eine der ausbeuterischen Komponenten der Fertilitätsindustrie.

Die Praxis der heterologen Eizell- und Samenspende sowie die Leihmutterchaft können darüber hinaus zu einer verwirrenden Unklarheit bezüglich der eigentlichen Eltern des Kindes führen. Zwar werden aus rechtlicher Sicht meistens die Auftraggeber in den Reproduktionszentren als Eltern des Kindes angesehen. Doch können dem Kind neben der sozialen Mutter, wenn diese nicht ihre eigene Eizelle spendet und darüber hinaus das Kind nicht selbst austrägt, zusätzlich eine genetische Mutter, die Eizellspenderin, und eine biologische Mutter, die Leihmutter

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15

ter, zugeordnet werden. Auf väterlicher Seite steht dem sozialen Vater, sofern dieser überhaupt vorhanden ist, bei der heterologen Samenspende der Samenspende als genetischer Vater gegenüber, sodass es in der Gesamtheit zu einer vielfältigen Dissoziation der Eltern des Kindes (drei Mütter und zwei Väter) kommen kann.

Umgang mit ungewollter Kinderlosigkeit

Der Wunsch nach einem Kind gehört zu den tiefsten Bedürfnissen des Menschen. Es bedeutet daher oft großes Leid für die Betroffenen, wenn dieser Wunsch unerfüllt bleibt. Doch wenn wir unsere Wünsche absolut setzen und ihre Erfüllung als oberstes Ziel definieren, können wir dadurch ebenfalls sehr viel Leid hervorrufen und die Zahl der Leidtragenden zusätzlich vermehren.

Ungewollt kinderlos gebliebenen Paaren kann die Medizin auf vielfältige Weise helfen, die Wahrscheinlichkeit einer natürlichen Schwangerschaft zu erhöhen. Hier kommen beispielsweise Maßnahmen zur Behandlung von hormonellen Störungen, Funktionsstörungen der Geschlechtsorgane sowie Lifestyle-Interventionen infrage. Denn häufig können auch Stress und Über- oder Untergewicht für das Ausbleiben einer Schwangerschaft verantwortlich sein. Der Freiburger Medizinethiker Giovanni Maio plädiert zu Recht dafür, die Zielsetzung der Reproduktionsmedizin von der unbedingten Herbeiführung einer Geburt hin zu einer Linderung von Leid zu verlagern. Der Sinnkrise bei ungewollt kinderlosen Paaren dürfe man nicht ausschließlich mit technischen Mitteln begegnen. Deshalb gehöre zu einer umfassenden Begleitung, „den Paaren bei der psychischen Bewältigung der Kinderlosigkeit zu helfen“ und ihnen das „Potenzial alternativer Lebensentwürfe“ aufzuzeigen.

So können Paare sich über die Möglichkeiten einer Adoption informieren und darüber hinaus auch im bewussten Verzicht auf eigene Kinder neue Wege finden, „fruchtbar“ zu werden. Dies kann beispielsweise durch die Übernahme von Patenschaften für Kinder in Entwicklungsländern oder durch ein besonderes Engagement in der Großfamilie und der Gesellschaft geschehen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass Paare am Ende der IVF-Behandlung möglicherweise mehr an den physischen, psychischen und sozialen Strapazen der oftmals wiederholt erfolglos bleibenden Behandlungszyklen leiden können als unter ihrer ungewollten Kinderlosigkeit selbst.

Nebenwirkungen der IVF

Nicht nur das hilfeschuchende Paar ist jedoch von den Risiken und Nebenwirkungen der assistierten Reproduktion betroffen. Studienergebnisse zeigen, dass Kinder, die nicht natürlich, sondern künstlich gezeugt wurden, für verschiedene Erkrankungen, darunter insbesondere Herz-Kreislauferkrankungen, eine deutlich höhere Disposition zeigen. Zusätzlich kann insbesondere die heterologe Eizell- und Samenspende, welche mit einer Dissoziation der Elternschaft einhergeht, sowohl für die Eltern-Kind-Beziehung als auch für das Identitätsbewusstsein des Kindes sehr belastend sein. Dies stellt einen Risikofaktor für die Entwicklung psychischer Erkrankungen dar. Auch das Wissen darüber, dass das eigene Überleben möglicherweise mit dem Tod

der eigenen Geschwisterkinder einherging, bürdet dem Kind eine große Hypothek auf. Bei der Eizellspende und der Leihmutter-schaft handelt es sich letztlich um moderne Formen der Ausbeutung von Menschen. Denn sowohl die Leihmutter-schaft als auch die Eizellspende können mit erheblichen körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen für die betroffenen Frauen einhergehen. Die Leihmutter-schaft kann für diejenigen Frauen besonders belastend sein, die während der Schwangerschaft eine besonders starke Bindung zu „ihrem“ Kind aufbauen, dieses aber anschließend in die Obhut der rechtlichen Eltern geben müssen.

Gleichzeitig kann es vorkommen, dass Kinder, die nach der Geburt nicht mehr den Vorstellungen der Auftraggeber entsprechen, bei der Leihmutter zurückgelassen werden. Schließlich kann es trotz aller Bemühungen der vorgeburtlichen Selektion auch während der Geburt noch zu Komplikationen kommen. Da die Fertilitätsindustrie in vielen Ländern mit ihren Angeboten suggeriert, ein Kind könne wie ein Produkt mit „Baby-Take-Home-Garantie“ bestellt und bei Kundenunzufriedenheit auch wieder abgelehnt werden, ist die Realität solcher Fälle wenig verwunderlich. Nichtsdestotrotz zeigt sie deutlich die inhumane Seite dieses Geschäfts auf.

Die Verletzung elementarer Grundrechte

Die medizinischen und ethischen Implikationen, die die Fertilitätsindustrie mit sich bringt, sind enorm, doch sind wir als Gesellschaft uns dieser gewahr? Die assistierte Reproduktion ist längst in den Leistungskatalog der modernen Medizin aufgenommen. Doch sagt die Gewöhnung an die Verfahren der Reproduktionsmedizin noch nichts darüber aus, ob diese aus ethischer Perspektive auch vertretbar sind.

Die Bewertung der unterschiedlichen Verfahren muss getrennt voneinander erfolgen. Denn es macht sowohl aus medizinischer als auch aus ethischer und rechtlicher Sicht einen Unterschied, welche Techniken zur Kinderwunscherfüllung gewählt werden und demnach zur Verfügung stehen. Dies wird deutlich, wenn man den Fall eines potentiell fortpflanzungsfähigen Paares, welches nach erfolglosem Bemühen um eine natürliche Schwangerschaft die künstliche Befruchtung mit eigenen Geschlechtszellen in Betracht zieht, mit einem Paar vergleicht, welches gleich das „All-Inclusive-Programm“ der Fertilitätskliniken wählt. Letzteres kann dann neben der heterologen Eizell- und Samenspende noch die routinemäßige PID und Leihmutter-schaft miteinschließen, welche weitere ethische wie rechtliche Implikationen nach sich ziehen.

Alle Fälle haben jedoch die Gemeinsamkeit, dass das durch die IVF ermöglichte Zeugen von Menschen außerhalb des Mutterleibs zahlreiche ethische Probleme aufwirft, die oft nur wenig Beachtung finden. Dabei werden elementare Grundrechte des Menschen berührt, wie etwas das Recht auf Leben oder das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung. Auch sollte man nicht blind gegenüber den wirtschaftlichen Interessen sein, die hinter der Fertilitätsindustrie stehen. Denn mit dem unerfüllten „Kinderwunsch“ von verzweifelt hilfeschuchenden Paaren werden milliarden-schwere Geschäfte gemacht.

Vom Kind als Geschenk zum Kind als Produkt

Der britische Reproduktionsmediziner Robert Winston, selbst Kritiker seiner Branche, erklärt dazu: „It's very easy to exploit people by the fact that they're desperate and you've

got the technology which they want“. Für genuin ärztliche Aufgaben wie Leidenslinderung und die Begleitung von Menschen in einer „Sinnkrise“ bleibt hier kaum noch Raum, noch weniger für das behutsame Aufzeigen alternativer Lebensentwürfe, die einen Verzicht auf eigene Kinder bedeuten könnten. Die Fertilitätsindustrie zeigt wie kein anderes Gebiet in der Medizin auf, wie sehr medizinisches Handeln in unethische Praktiken und wirtschaftliche Interessen verstrickt sein kann. Auch ist es höchst alarmierend, dass sich in unserer Gesellschaft das Verständnis vom Kind als „Geschenk“ hin zum Kind als mögliches „Produkt“ verschoben hat. Dadurch liegt der Fokus häufig zu sehr auf den Wunschvorstellungen der Eltern und die Achtung der Würde des Kindes wird außer Acht gelassen, welches als eigenständiger Mensch das Bedürfnis danach hat, sich von seinen Eltern als bedingungslos angenommen und geliebt zu wissen.

Der „Kinderwunsch“ bleibt, so bedeutsam er für den Menschen auch ist, nur ein Wunsch. Dies sollten wir in den gegenwärtigen und zukünftigen Debatten um lebensrechtliche Fragen am Beginn des Lebens nicht aus dem Blick verlieren. Es ist gut und richtig, dass man die Erfüllung seiner tiefsten menschlichen Wünsche für erstrebenswert erachtet. Doch in der Verwirklichung unserer Wünsche müssen wir ethische Grenzen akzeptieren, wenn wir unser eigenes Leid nicht anderen aufbürden und dabei womöglich noch vermehren möchten. Ein Recht auf Wunscherfüllung gibt es nicht.

.....
Rahel Rehder

- Technische Universität sowie Hochschule für Philosophie München -



Illustration: Merle Prestin

Von Elektroautos und anderen Flammenwerfern

Warum grüner Kapitalismus uns nicht retten wird

Wenn wir uns den Komplex von Zukunft und Klimawandel – zwei Begriffe, die leider nur noch zusammen gedacht werden können, – bildlich vorstellen, zeichnen sich für gewöhnlich zwei dominante Szenarios ab. Das eine beschwört einen nahenden, individuell verschuldeten Weltuntergang herauf: apokalyptische Zustände zwischen Dürre und Überflutung, Wirbelstürmen und nicht einzudämmenden Waldbränden. Dem gegenüber dreht sich das andere Szenario in erster Linie um Felder voll Solaranlagen von der Größe Afrikas und selbstfahrende Elektroautos. Elektroautos – die mobilen Lichtblicke der anstehenden Klimakrise. Sie sind eines von vielen Instrumenten, mit denen politische EntscheidungsträgerInnen versuchen, ihre Verantwortung auf die Zivilbevölkerung als KonsumentInnen zu übertragen. Ihre heilende Erzählung des ressourcenschonenden Fahrzeugs schürt Hoffnung. Das führt dazu, dass ein signifikanter Anteil jener Menschen, die sich Gedanken um Klimawandelfolgen machen, daraufhin meinen, mit ihrem Kauf aktiv zur Rettung der Welt beitragen zu können. Sie denken sich eine utopische Weltordnung herbei, die sie beruhigt. Spätestens mit der Ankündigung des Baus der „Giga-Factory“ des US-amerikanischen Automobilherstellers Tesla im brandenburgischen Grünheide stellen sich in Anbetracht der Zahlen jedoch zunehmend Fragen um die Elektromobilität als innovative, grüne und emissionsarme Alternative und Lösung für die Krise des motorisierten Individualverkehrs.

Grüner Kapitalismus – oder: Die eierlegende Wollmilchsau des 21. Jahrhunderts

Der Umstieg auf die Elektromobilität ist ein prominentes Beispiel für eine Maßnahme des sogenannten „grünen Kapitalismus“. Ein Begriff für ein planmäßig nachhaltiges und vermeintlich erstrebenswertes Wirtschaftsmodell. Die Theorie: Es lässt sich weiterhin Wirtschaftswachstum im gewohnten Maße generieren, dies aber bei abnehmenden Klima- und Umweltschäden und zunehmender Ressourcenschonung. In der Praxis entwickeln sich aber Marktmechanismen, welche die Nachfrage noch stärker ankurbeln und dabei die angestrebten Emissions- und Ressourceneinsparungen überkompensieren. Der sogenannte „grüne Kapitalismus“ ist die eierlegende Wollmilchsau des 21. Jahrhunderts. Ein illusorischer Ausweg aus der multiplen Krise des Systems, in dem wir leben.

Wenn wir die vielfältigen Möglichkeiten der Krisenbearbeitung und die Ansätze sozial-ökologischer Transformation diskutieren, kommt es selten zur kritischen Auseinandersetzung mit jenen grün-kapitalistischen Strategien, die so dominant unseren Diskurs um Klimawandel und Zukunftsbilder anführen. Im Fokus dieser stehen vor allem die Umstellung auf Erneuerbare Energien, Elektromobilität und Maßnahmen der vermeintlichen CO₂-Kompensation, auf die wir einen kritischen Blick werfen müssen. Denn es ist essenziell zu verstehen, weshalb die Forcierung vielversprechender technokratischer Maßnahmen langfristig nicht tragbar ist, solange wir dabei nicht auch versuchen, die kapitalistische Wirtschaftsform so schnell wie möglich zu ersetzen.

Wenn CO₂ zur Ware wird

Innerhalb der Klimaschutzdebatte wird immer wieder darüber diskutiert, den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid (CO₂) zu bepreisen, um Kompensationsmaßnahmen und den Emissionshandel möglich zu machen. Dies scheint zunächst ein sinnvoller nächster Schritt zu sein, um die Emission des wirksamen Spurengases besser kontrollieren zu können. Sie abstrahiert jedoch die problematischen Bedingungen, unter denen CO₂ emittiert und gebunden wird. Kompensationszahlungen an Firmen wie atmosfair oder MyClimate beispielsweise versprechen Flugreisenden die Möglichkeit, die Klimawirkung ihres Fluges durch einen kleinen Geldbetrag zu kompensieren. Dieser fließt zwar zu Teilen in Klimaschutzprojekte, ist jedoch unmöglich ausreichend, um die ausgestoßenen Emissionen andernorts wieder zu binden, da sie unter anderem nur einen minimalen Prozentsatz des Flugpreises darstellen. Wenn Spurengas-Emissionen darüber hinaus monetär ausgeglichen und Ökosystemleistungen in Wert gesetzt werden können, werden sie käuflich und finanziell regulierbar. Ökosystemleistungen bezeichnen jene Leistungen von natürlichen Ökosystemen, die dem Menschen wirtschaftlich, kulturell oder sozial dienlich sind oder sein können. Beispielsweise übernehmen Wälder eine wichtige Funktion der Bindung von Kohlenstoffdioxid. Werden diese Funktionen nun marktförmig in Wert gesetzt, werden unbezahlbare Landflächen und Naturräume plötzlich käuflich und für jene Zwecke verändert und neu verwertet. Daraus entstehen neben unwiderruflichen Eingriffen in sensible Ökosysteme akute und langfristige soziale Konflikte. Sogenannte „Land Grabbing“-Prozesse, sprich nicht selten lebensgefährdende, potenziell gewalttätige Landnahmen durch ausländische InvestorInnen, werden mit Aufforstungsmaßnahmen oder dem Bau von (Bio-)Energieanlagen wie Solar- und Windkraftanlagen legitimiert. Die Frage, ob und wie ausreichende Kompensation stattfindet, bleibt unbeantwortet. Zusätzlich wirkt die marktförmige Regulierung von Emissionen verschärfend auf soziale Ungleichheiten und Konflikte, da auf die Konsumierenden selbst zusätzliche Kosten zukommen. Diese sind für Einzelpersonen und Haushalte mit niedrigerem Einkommen deutlich spürbarer und schwieriger zu leisten. Dem Staat wird außerdem nach und nach seine verantwortungstragende Funktion abgenommen – im Fachjargon sprechen wir von einem Depolitierungsprozess.

Rebound-Effekte – oder: Wie die Tausenden den einen zerpflücken

Im Rahmen vieler grün-kapitalistischer Strategien kommt es zu sogenannten „Rebound-Effekten“: Die Steigerung der Ökoeffizienz beispielsweise in Elektroautos überschreitet allzu oft den Rahmen der Notwendigkeit und veranlasst Menschen dazu, sich umso mehr Automobil zu bewegen. Denn die verbilligten Produkte und Dienstleistungen schaffen zusätzliche Nachfrage, sodass die höhere Effizienz durch einen noch höheren Verbrauch überkompensiert wird.

Tesla kündigte an, in seiner Fabrik in Brandenburg in einer ersten Produktionsphase wöchentlich 10.000 Exemplare des Models Y zu

produzieren; die geplante Produktion mit Start im März dieses Jahres beläuft sich auf etwa 500.000 Kraftfahrzeuge jährlich. Vor dem Hintergrund, dass VerkehrsexpertInnen die Zahl aller tatsächlich benötigten Pkw auf etwa 15 Prozent der aktuell in Deutschland registrierten Fahrzeuge einschätzen, sind dies höchst besorgniserregende Herstellungsmengen. Wenn wir EntscheidungsträgerInnen dazu bewegen können, eine Verkehrswende zu subventionieren, die nicht nur für die verhältnismäßig wohlhabende Bevölkerung, sondern für alle sinnvoll ist (zum Beispiel durch den Ausbau von Fahrradstrecken, ÖPNV-Netzwerken und autofreien Zonen), können wir den motorisierten Individualverkehr erheblich verringern und in der Folge Mobilitätskonflikte spürbar entschärfen. Auch soziale Ungleichheit bezüglich Mobilität, Arbeit und gesellschaftlichem Status durch Autobesitz können so verringert werden. Innerhalb der Elektromobilität dreht sich die Debatte leider fast ausschließlich um Elektroautomobilität, während die Förderung von „kollektiven Formen der Elektromobilität“ (Straßenbahnen, Elektrobusse, etc.) bewusst und aktiv verhindert wird.

Herstellung von Geisterhand mit unsichtbaren Ressourcen

Bezüglich vermeintlich ressourcen- und emissionschonender Produkte und „Innovationen“ wie die des Elektroautos wird gerne ihre Effizienz hervorgehoben, die ökologischen und sozialen Kosten ihrer Herstellung werden jedoch fortlaufend verschleiert. Um Elektroautos herstellen zu können, lassen Automobilkonzerne Metalle und seltene Erden wie Lithium unter ökologisch höchst destruktiven und menschenrechtsunwürdigen Bedingungen in Ländern des Globalen Südens abbauen. Um diese zu extrahieren sowie die Fahrzeuge bestmöglich produzieren und bestromen zu können, werden zudem keineswegs ausschließlich erneuerbare Energien, sondern im großen Stil fossile, nicht-erneuerbare Energien eingesetzt. Nicht nur die Möglichkeit, Produkte billiger zu erwerben, führt zu einem erhöhten Konsum, sondern auch die falsche Vorstellung, man bewege sich mit dem Kauf eines Elektroautos innerhalb akzeptabler Emissionsmengen. Die Bestrebung der Automobilindustrie und staatlicher AkteurInnen, den motorisierten Individualverkehr auf Elektroautos umzustellen, bewegt sich im Rahmen der Krisenbearbeitung lediglich auf der Ebene der Stickoxid- und Kohlenstoffreduktion. Und sogar diese fällt mit Blick auf die überkompensierenden Verhältnisse der Branche eher gering aus. Weiterhin ungelöst bleiben Problematiken der überaus ressourcen- und emissionsintensiven Herstellung, der Versiegelung von Flächen für Straßen und Stellplätze sowie die steigenden Todeszahlen von FußgängerInnen und RadfahrerInnen durch Unfälle mit Autos im Straßenverkehr. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass wir weiterhin und fortwährend die Lasten jener Adaptionsmaßnahmen in andere Regionen der Erde auslagern, in denen die betroffenen Menschen diesbezüglich in keiner Weise mitscheiden können. Dennoch sind sie die Ersten, die die Kosten unserer Lebensweise zu spüren bekommen und deren Existenzen dadurch gefährdet werden. Da stellt sich dann zwangsläufig die Frage, weshalb wir im Nebenraum

darüber spekulieren, ob die Demokratie im Angesicht der drohenden Klimakrise überlebt, wenn sie im großen Rahmen noch gar nicht geboren wurde. Der demokratische Begriff ist unter dem Gesichtspunkt wohl eines der größten Paradoxien unserer Zeit.

Grüner Kapitalismus bleibt graubraun. Bis wir ihn ersetzen.

Letztlich ist das Elektroauto nur eines von vielen Beispielen, die deutlich machen, dass die multiplen Krisen, an die jene des Klimawandels anknüpfen, sich langfristig nicht durch vermeintlich grüne, jedoch kapitalistische Marktmechanismen bearbeiten lassen. Es ist unabdingbar, ihre vermeintliche Effizienz bei der Krisenbearbeitung und ihr Gefahrenpotenzial zur Verschärfung der bestehenden Konflikte kritisch zu beleuchten, während wir uns auf die Suche machen nach Lösungsansätzen, die die Verhältnisse langfristig verbessern und entschärfen. Und das für alle.

Wir brauchen keine effizienteren, sondern vor allem effektivere Methoden, mit denen wir Emissionen reduzieren und uns an die Auswirkungen anpassen können, die die Erderwärmung auf uns hat. Statt mit genannten Maßnahmen illusorischen Zukunftsvorstellungen nachzujagen, müssen wir erkennen: Bei der stark diskutierten „Klimakrise“ handelt es sich tatsächlich um eine Systemkrise, die wir als solche behandeln müssen. Es handelt sich um die Krise des Kapitalismus – ein Wirtschaftsmodell, das sich – auf wirtschaftlicher, politischer, institutioneller wie sozialer Ebene – zunehmend in unsere Lebensweise eingeschrieben hat. Ein sozial-ökologischer Wandel muss sich von einem System abwenden, das in neoliberaler Manier mögliche Anpassungsmaßnahmen inhaliert, um sie daraufhin umso schädlicher wieder auszuspucken. Unserem neuen System muss es möglich sein, ökologische Verträglichkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden, ohne eines von ihnen einzubüßen. Indem wir uns von emissionsintensiven Fehladaptationen abwenden, machen wir einen ersten wirkungsvollen Schritt. Die gemeinsamen Ziele bedeuten in diesem Falle vor allem, neue – bio-physikalische, atmosphärische, soziale und kulturelle – Freiräume zu schaffen und sich für eine weltweite Energiedemokratie einzusetzen.

Letztlich bleibt die Erkenntnis, dass der einzig sinnvolle Umgang mit der Illusion eines grünen Kapitalismus darin besteht, mit ihr zu brechen. Denn: Krisen des Kapitalismus mit kapitalistischen Marktmechanismen zu bearbeiten, ist so effektiv wie der Versuch, ein Lauffeuer mit Flammenwerfern zu löschen.

.....
 Sophia Krist
 - Universität Hamburg -

Welt wärmer, Gesellschaft kälter

Diskursarbeit in hitzigen Zeiten

20 Personen haben sich in Kleingruppen aufgeteilt. Auf dem Boden liegen Blätter, auf denen unterschiedliche Haltungen und Aussagen zum Klimawandel vermerkt sind: »Den gab es schon immer!«, »Ich würde gerne etwas tun, weiß aber nicht, wie!«. Diese Aussagen stehen für idealtypische Akteure und Haltungen gegenüber dem Klimawandel. Die Teilnehmenden sollen durch die Antizipation der Aussagen ein Verständnis für diese Haltungen und die Menschen, die dahinterstehen, ihre Wünsche, Sorgen und Hoffnungen aufbauen.

Jede Gruppe nimmt jeweils eine der Perspektiven ein, die Mitglieder tauschen sich untereinander aus: Wie blicke ich – aus dieser eingenommenen Haltung heraus – auf den Klimawandel? Worin könnten die Bedürfnisse und Hoffnungen von Menschen liegen, die diese Grundeinstellung vertreten? Nach einer Weile legen die Gruppen die eingenommenen Haltungen ab und wechseln die Perspektive. So lange, bis jede und jeder alle Perspektiven innehatte. Nach einer Weile treten alle aus ihren Rollen heraus und tauschen sich aus. Welche Erkenntnisse haben sie gewonnen?

Der Elefant im Raum

Die Existenz des Klimawandels steht außer Frage. Doch anstatt gemeinsam zu handeln, wird gestritten: Kaum ein anderes Thema polarisiert unsere Gesellschaft so sehr. Der Ton wird schärfer, die Fronten härter. Der Klimawandel als Glaubensfrage im Krieg der Meme – es wird gehetzt, lächerlich gemacht. Anstelle der Debatte steht die Polemik, anstelle des Dialogs der Monolog und der Shitstorm im Netz.

Dabei ist die Zeit, in der eine Scheindebatte über die Realitäten des Klimawandels entfacht werden konnte, längst vorbei. Wir spüren schon jetzt, dass die Sommermonate heißer und die Wintermonate milder werden. Der Klimawandel ist kein unerwartetes Ereignis, kein schwarzer Schwan. Er steht eher wie der sprichwörtliche Elefant im Raum: ein Thema, das allen bewusst ist, immer derart präsent, dass keiner an ihm vorbeikommt. Trotzdem weiß niemand richtig, wie mit der massigen Komplexität umzugehen ist. Dennoch kommen wir beim Klimathema um eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit allen gesellschaftlichen Lebensbereichen nicht herum und an der Transformation vieler (gar aller) gesellschaftlicher Funktionssysteme nicht vorbei. Und damit betreten wir Neuland.

Wir sind der Welt, einander und uns selbst fremd geworden

Die Koordinatensysteme des Lebens sind gemeinschaftlich gezeichnet: Der Boden, auf dem wir stehen, auf dem Gesellschaften wachsen und funktionieren, besteht in geteilten Bildern der Welt, in gemeinsamen Grundannahmen. Aus sozialen Repräsentationen, die historisch gewachsen, in Gesprächen entstanden sind, in Institutionen reproduziert und in der alltäglichen Praxis validiert wurden und Gesellschaft erst ermöglichten. Die Auseinandersetzung mit den menschengemachten Klimarisiken entzieht uns diesen Boden: Sie entzieht uns den realen Boden

unter den Füßen, den der Erde, der nicht mehr als unendliches Ressourcenlager zur Verfügung steht. Der Erde, wie sie in der Moderne verstanden und bewirtschaftet wurde, ein passiver Lebensraum. Die Strukturen, die unseren Alltag ausmachen, stehen auf dem Prüfstand. Die Welt, wie wir sie kannten, wird uns fremd.

Im Verlauf der Debatte und in der zunehmenden Eskalation des Diskurses entschwindet auch der metaphorische Boden unter unseren Füßen als einstmaliges geteiltes Fundament, als Verständnis von Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Narrative, die uns durch das 20. und das beginnende 21. Jahrhundert getragen haben, erodieren. Die Polarisierungen der Gesellschaft, die Möglichkeit, sich in die eigene Echokammer zurückzuziehen, haben Tendenzen des Nichtverstehens zwischen sozialen Milieus und Gruppen verstärkt. Wir werden einander fremd.

Schließlich drohen wir, den individuellen Halt zu verlieren, werden uns selbst fremd: die individuellen Gewissheiten, was gut und richtig ist, wofür wir stehen, individuelle und kollektive Lebenserzählungen, werden infrage gestellt. Die Suche nach persönlicher und kollektiver Verantwortung macht uns zu kritischen Beobachtern unserer eigenen Handlungen und Entscheidungen. Urlaubsziele und Mittagessen werden zu Entscheidungen mit gesellschaftlicher Tragweite.

Neue Diskursräume – Suche nach Formen

Die Wiederaneignung der Welt in diesem mehrfachen Sinne wird sich auf die Welt und unser Miteinander beziehen müssen. Weder unser Bild der Welt noch, wie wir mit der Erde und unseren Mitmenschen interagieren, kann ohne eine Veränderung und eine enorme Anpassung stattfinden. Diese Anpassungsleistung hat neben ökonomisch-strukturellen auch emotionale Komponenten. Individuelle und kollektive Anpassungsleistungen sind auf psychologischer Ebene auf die Regulierung von Emotionen angewiesen. Die aus der Wahrnehmung der Bedrohung der eigenen Lebenswelt entstehenden Emotionen – Ärger, Verzweiflung, Ohnmacht – werden individuell und kollektiv bearbeitet. Daraus resultierende Kräfte sind nicht außerhalb eines gesellschaftlichen Diskurses zu denken. Weshalb sich dringend die Frage stellt, wie eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Perspektiven stattfinden kann. Welche Diskursräume und Praktiken machen die Neukonfiguration des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der ökologischen Nachhaltigkeit (und Regeneration) und deren Übersetzung in politische Entscheidungen möglich?

Aktuell werden unterschiedliche Interessen und Zukunftsentwürfe gegeneinander in Stellung gebracht. Einfache Antworten allerdings mögen die Dissonanzen nur kurzfristig auflösen, die Bewältigung der Kontingenz dagegen wird auf Dauer gestellt. Gleichzeitig hat in diesem Prozess jede Art von gesellschaftlicher Willensbildung schon von vornherein verloren, denn die verschiedenen Spannungsfelder, und Lösungsansätze finden auf diese Weise keinen Raum, aufeinander bezogen zu werden oder miteinander in Dialog treten zu können. Um einen offensichtlichen Synchronisationsbedarf im Umgang

mit dem Klimawandel zu decken, braucht es also neue Diskursräume und -arbeit.

Zwischen privatem Gespräch und öffentlichem Diskurs

Wie gelingt es vor diesem Hintergrund, eine andere Gesprächskultur zu entwickeln? Wie gehen wir mit der Vielstimmigkeit um? Wie geben wir Emotionen Raum, um mit dem komplexen Phänomen Klimawandel besser umgehen können?

Diskursarbeit in der Klimakrise bedeutet: Wir müssen uns mit der neuen Qualität der Fremdheit auseinandersetzen, uns die Welt, wieder zugänglich machen. Es geht darum, ein neues Bewusstsein für unseren Platz in der Welt und zu den Gemeinschaften, in denen wir leben, und uns selbst zu kreieren. Ziel der Klimadialoge ist es, Dialog- und Konfliktfähigkeit zu stärken und auf diese Weise neue Perspektiven zu entwickeln. Der Fokus liegt nicht auf dem Finden der einzig legitimen Lösung, sondern auf der Herstellung eines besseren Verständnisses für den Diskurs, die Befürchtungen, die wahrgenommenen Bedrohungen der eigenen Identität

Neuland betreten

Im Zuge der Klimadialoge werden einzelne Themenfelder und Fragestellungen in Bezug auf das umfassend komplexe Klimawandelgebiet herausgegriffen. Sie dienen als Einstiegspunkt: „Wie über den Klimawandel sprechen?“, „Was sind (Boden-)Schätze, wenn wir uns die Welt 2050 anschauen?“, „Verantwortung und Schuld im Umgang mit dem Klimawandel“ oder „Klimawandel und Solidarität“. In den Gesprächen werden Gedanken, Ideen und Glaubenssätze im Umgang mit dem Klimawandel geteilt und somit die Grundlage geschaffen, das entstehende Neuland zu kartografieren.

Zunächst führt der Abgleich der Positionen zu einer Konfrontation der eigenen Vorstellungen, denn manch andere mögen unbekannt und fremd erscheinen. Im geschützten Raum der Klimadialoge können diese aber abgeglichen und in Beziehung gesetzt werden. Es kann etwas Neues entstehen. Widersprüche werden nicht gelöst, sondern lösen sich auf, indem sie in einem neuen Zusammenhang, in einem reicheren Kontext gesehen werden. In diesem Prozess entstehen interindividuell geteilte Bilder, wie Gesellschaft unter neuen Maßgaben und Voraussetzungen stattfinden kann. Es konkretisieren sich geteilte Bilder zu einer anderen Form des Zusammenlebens. Das liefert die Grundlage für die Gesprächspartner, sich auf geteilte Ideen zu beziehen und sich darüber zu verständigen, da sie eine gemeinsame Repräsentation darüber haben, worüber sie sprechen. Die individuellen Kompassnadeln haben die Chance, sich an kollektiv geteilten Bildern neu zu kalibrieren. Der Boden unter den Füßen wird fester.

Mit dem Fremden umgehen lernen

In den Klimadialogen wird ein Raum für die Begegnung und das Verstehen des Anderen aufgebaut. Die Auseinandersetzung mit dem Anderen soll erlebbar werden, sodass die Grenzen der eigenen Weltbilder



Kursbuch 202

wieder geöffnet und der Unterschiedlichkeit und Diversität Raum gegeben werden. Das passiert zum einen dadurch, Menschen mit möglichst unterschiedlichen Hintergründen zusammenzubringen. Zum anderen sind die Veranstaltungen sehr interaktiv angelegt. Im Verlauf einer Veranstaltung sind die Teilnehmenden in unterschiedlichen Konstellationen im Gespräch – in Kleingruppen, im Plenum, im Dialog zu zweit. Es geht um das Zuhören und den Austausch mit vielen unterschiedlichen Stimmen. Allein der Kontakt mit dem Fremden, unterschiedlichen Einstellungen zum Klimawandel, kann Vorurteile zwischen unterschiedlichen Gruppen reduzieren.

Darüber hinaus werden die Teilnehmenden immer wieder eingeladen, die Perspektiven zu wechseln, indem sie die Rollen einzelner Akteure einnehmen, zum Beispiel Fridays-for-Future-Aktivist:innen, AfD-Wähler, Vertreter der oberen Mittelschicht, Lobbyisten aus der Autoindustrie, Politiker, Leute aus der Werbewirtschaft. Neben der Öffnung der Perspektive wird somit auch eine Vertiefung des Verstehens angestrebt für die Beweggründe, Haltungen, Positionen und Sorgen von unterschiedlichen Akteuren und Perspektiven.

Sich selbst verorten

Die Kartografierung der Welt und der Austausch mit dem Anderen ermöglicht auch eine bessere Bestimmung individueller Haltungen und Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel. Für eine begrenzte Zeit wird aus unterschiedlichsten Rollen erlebt, dass die Sorgen und Unsicherheiten nicht nur uns selbst betreffen, sondern alle – nur eben aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Durch diese neuen Erfahrungen gelangt man selbst zu neuem Wissen, neuen Einsichten, neuer Orientierung.

Daneben werden auch Emotionen rund um den Umgang mit dem Klimawandel geteilt und gemeinsam bearbeitet. Nicht nur durch das Aussprechen, sondern auch durch den Umstand, das Gehör Anderer zu finden, entsteht eine Reflexivität, ein Fenster, das zulässt, die emotionale Landkarte neu zu zeichnen, sich selbst zu verorten. Das gemeinsame Bezeugen und Bearbeiten von Emotionen kann das Erleben, die Dauer oder Intensität von Emotionen beeinflussen. Emotionen können verstärkt, geschwächt oder aufrechterhalten werden. Es entsteht die Möglichkeit, mit den eigenen Emotionen besser umzugehen und

einen eigenen Weg zu finden, sich auf der emotionalen Landkarte rund um den Klimawandel souveräner bewegen zu können.

Brücken bauen – Die Klimadialoge im Kontext des Klimadiskurses

Mit diesem Ansatz öffnen die Klimadialoge einen speziellen Raum zwischen privaten und öffentlichen Diskursen. Durch Zuhören und Perspektivenwechsel wird das eigene interpretative Repertoire für die Deutung der Welt, für die Navigation im Neuland, erweitert. Die Komplexität des Themas bleibt dabei spürbar und sichtbar. Eigene Emotionen, Sichtweisen und Ideen können im Dialog

mit anderen validiert und bearbeitet werden. Darüber hinaus schaffen die Klimadialoge einen Raum, dem Anderen zu begegnen – in seiner vollumfänglichen Andersartigkeit. Unterschiedlichkeit wird aber nicht als Problem, sondern als Anlass zum gemeinsamen Forschen, Wahrnehmen und Verarbeiten angesehen.

Die Klimadialoge sind somit keine Initiativen, mithilfe derer Menschen von etwas überzeugt werden sollen. Es geht nicht darum, den Teilnehmenden Wissensinhalte zu vermitteln. Die Kraft der Klimadialoge liegt darin, dass die Ansichten und Ideen der Teilnehmenden Eingang in die Gespräche finden, dass sich ihr Wissen mit dem Wissen

der Anderen vermischt und neues – gemeinsames – Wissen, ein Neuland entsteht. Sie sind ein Experiment, mit dem versucht wird, eine Brücke zwischen öffentlichem und privatem Diskurs zu schlagen. Die Suche nach einem guten, emotionalen Umgang mit diesem Neuland, dem Anderen und uns selbst, die Form des Dialoges soll Verständnis und Verstehen vertiefen und einen anderen Modus der Auseinandersetzung zur Verfügung zu stellen. Es geht nicht darum, den richtigen Weg zu finden, wie der Elefant aus dem Raum manövriert werden kann, sondern darum, ein gemeinsames, umfassendes Bewusstsein für dessen Präsenz im Raum zu schaffen, sodass wir gemeinsam an der Lö-

sung arbeiten können. Wir sind nicht im Besitz eines Königswegs, den Klimawandel auf einem für alle Menschen verträglichem Maß zu halten. Ohne Landkarte aber wird der Weg zum Ziel. Dass Koordinatensystem für den Weg entsteht beim gemeinsamen Gehen.

.....
Simon Weber und Jacques Chlopczyk

Der gesamte Beitrag „Welt wärmer, Gesellschaft kälter“ von Simon Weber und Jacques Chlopczyk ist in Kursbuch 202 „Donner. Wetter. Klima“ erschienen. Mehr zum Kursbuch findet ihr auf kursbuch.online

Eine Begegnung Frau Nollen erzählt

Ich lerne Frau Nollen an einem regnerischen Tag im April kennen. Sie lebt seit inzwischen drei Jahren in einer Seniorenresidenz. Besuchen kann ich sie nicht. Wir unterhalten uns mit Sicherheitsabstand. Sie auf dem mit Blumen dekorierten Balkon ihres Zimmers, ich mit Schutzmaske unten auf dem Parkplatz.

Wie es ihr heute geht? Trotz einer Zahnoperation in der vergangenen Woche ist Frau Nollen gut gelaunt. Sie hat freundliche, blaue Augen und trägt ihre weißen Haare in einem schicken Bob. Eine hellblaue Bluse, dazu ein pinkfarbenedes Cape. Obwohl Frau Nollen nicht mehr so richtig gut zu Fuß ist, möchte sie das Interview im Stehen führen. Sie ist sehr gespannt auf das Gespräch, für sie eine willkommene Abwechslung.

Geboren 1937 wächst Frau Nollen in Hamburg auf. Die Mutter stirbt 1942 an Tuberkulose, sie wächst mit ihrem Bruder bei ihrer Großmutter auf. Eine ihrer liebsten Lebensphasen. „Damals konnte ich schon ziemlich frech sein“, sagt sie und grinst.

Ihre Schulzeit hat sie gut in Erinnerung. „Jeden Morgen musste ich Teile eines Volkslieds vorsingen. Das war bei Herrn Bönicke.“ Jetzt singen sie jeden Dienstag mit dem Betreuer Herrn Sonntag im Altenheim. „Die Volksweisen schmetter‘ ich mir immer noch gerne falsch vor.“

Jahre der Entbehrung

Überschattet ist die Schulzeit vom Krieg, den sie als Kind in Hamburg erlebt hat. „Nachts um zwölf kamen die Angriffe“. In einem Keller haben sie Schutz gesucht vor den Bomben, erzählt sie. „Da hatten wir großes Glück, dass das große Mehrfamilienhaus, in dem wir wohnten, standgehalten hat. Wenn es erwischt worden wäre, wären wir im Keller gestorben“. Die Nachkriegsjahre sind von Entbehrungen geprägt. „Das Geld war knapp, die Männer in Gefangenschaft.“ Nur langsam geht es für sie bergauf.

Nach der Schule lernt sie den Beruf der Dekorateurin, dekoriert Schaufenster in Läden und Boutiquen. „Das hat mir so viel Spaß gemacht“, erzählt sie lächelnd. Mit 16 lernt sie ihren späteren Mann kennen. 1959 die Eheschließung, das Paar bekommt drei Kinder. 1980 die Scheidung. „Auf einmal mochte mich mein Mann nicht mehr, so ist das manchmal“, sagt sie. „Dann hatte ich noch einen Lebensgefährten, für 30 Jahre. Das war schön.“ Ob



Fotos: Nina Nollen

die beiden noch leben, frage ich vorsichtig. Frau Nollen wirkt nachdenklich. „Nein“, sagt sie und lässt den Blick einen Moment schweifen. In die Ferne.

Während unseres Gesprächs werden Waren für die Küche angeliefert. Frau Nollen blickt interessiert auf die Paletten an Milchprodukten und Brot, die da angerollt kommen. „Den Joghurt hier, den mag ich besonders gern“, sagt sie.

Trotzdem ein schönes Leben

Der Umzug vom großen, eigenen Haus in ein Ein-Zimmer-Apartment im Heim ist ihr nicht schwergefallen. Die Möbel in ihrem Apartment sind ihre eigenen. Sie hat sie aus ihrem Haus in Ahrensburg mitgenommen und durfte sie in ihrem Apartment aufstellen. „Vor allem den Barock-Sekretär und die Bilder, die ich mitnehmen konnte, die sind schon sehr besonders.“ Auch ihre Bilder des Hamburger Malers Thomas Herbst mag sie. Auf einmal passt ein ganzes Leben in einen Raum.

Aktivitäten gefüllt. Gerade während der Corona-Pandemie fehlen ihr die Veranstaltungen im Heim. „Konzerte, Feste, solche Dinge. Trotzdem ist es ein schönes Leben hier.“

Musik, Kunst und Kultur interessieren sie, „auch Schlager mag ich gern“. Mit ihrem Mann hat sie viele klassische Konzerte besucht. „Gedichte finde ich auch schön, die von Mathias Claudius zum Beispiel, wie das Abendlied.“ Wir sprechen noch ein wenig über Paul Celan und Musik und Dichtung, dann braucht Frau Nollen eine kurze Pause, setzt sich. „Mir geht’s hier ja gut. Das Älterwerden passiert so nebenbei. So gut zu Fuß sei sie nicht mehr. „Wenn Frau Nollen mit ihren Töchtern spazieren geht, schieben sie sie meist im Rollstuhl.“

Dennoch hat sie Träume. „Mein Exmann und ich sind viel gereist. Also das würde ich gerne nochmal erleben, so eine weite Reise. Nach Amerika vielleicht.“ Während sie von Fernreisen und vergangenen Abenteuern erzählt, blüht sie merklich auf.

Keine Angst vorm Tod

Frau Nollen blickt auf den Kirchturm gegenüber. Religion ist ihr immer wichtig gewesen. „Jeden Sonntag besuche ich den Gottesdienst hier im Heim. Und in schlechten Zeiten denke ich immer Gott, hilf mir.“

Es beginnt zu nieseln. Ich frage Frau Nollen, wie sie dem Lebensende entgegenblickt. „Angst vor dem Tod habe ich nicht. Das ist eine Gewissheit, mit der wir uns alle auseinandersetzen müssen. Angst habe ich vor langem Leiden vor dem Tod.“

In einer guten Stunde erzählte sie mir von Höhen und Tiefen, Lieben und Verlieren. Wenn sie zurückblickt, sagt Frau Nollen, ist sie zufrieden. „Was ich bereue, ist, dass ich früher nicht so für meine Großmutter da sein konnte. Ansonsten denke ich gerne zurück. Und ich kann wirklich sagen, ich bin zufrieden, mit dem Leben, das ich geführt habe und noch glücklich leben darf.“

.....
Anna Seifert
- Bucerius Law School -

Seit Februar 2017 lebt sie nun hier. „Früh werde ich geweckt, dann gibt es Frühstück. Das Essen im Heim schmeckt immer so gut. Gourmet“, sagt Frau Nollen. Sie lacht.

Sie geht oft mit anderen Bewohnern essen. Doch Freundschaften im Heim hält sie eher lose, erzählt sie. „Viele meiner Freunde von draußen sind tot. Das ist nicht schön, zu sehen wie die Menschen aus der Jugend verschwinden. Meine Konstante sind meine Töchter.“

Vergangene Abenteuer

Frau Nollen hat drei Töchter, die jüngste hat vier Kinder. „Meine Enkelkinder sind ein großes Geschenk. Und ich meine wirklich, wenn ich sage: diese Kinder sind außergewöhnlich.“ Drei Jungs und ein Mädchen, die kleinste ist fünf. „Sie kommen mich oft besuchen, ich hoffe nicht nur wegen des Taschengelds“, schmunzelt Frau Nollen.

Eigentlich sind die Tage mit Besuchen und

RECHT & WISSENSCHAFT

„Macht euch auf den Weg, aber beißt euch nicht an Ideen fest!“

Ein Gespräch mit dem Zukunftsforscher Johannes Kleske

Wie kann man etwas so Unsicheres und scheinbar Vages wie die Zukunft erforschen? Johannes Kleske tut genau das. Mit seiner Firma „Third Wave“ berät er Unternehmen dazu, wie sie die ihre gestalten können.

2006 schloss Johannes Kleske sein Diplom in Darmstadt ab. Nach mehreren Jahren in der beruflichen Praxis gründete er 2010 sein eigenes Beratungsunternehmen. 13 Jahre nach dem Abschluss des ersten Studiums, entschied er sich für ein weiteres – warum eigentlich? „Die Straße ist die beste Schule“, lacht er. „Im Berufsalltag und der Beratung habe ich bereits genug Erfahrung gesammelt, aber es fehlten mir die theoretischen Fundamente“. Zwar beruhe viel in seiner Branche auf Bauchgefühl, dennoch wollte er seinen Methodenkompass erweitern. Ende März 2020 schloss er parallel zur Berufstätigkeit sein Masterstudium ab. Er kann sich nun Zukunftsforscher nennen. Doch was genau beinhaltet diese Disziplin? „Sie beschäftigt sich grundsätzlich mit Vorstellungen von der Zukunft.“ In Johannes Kleskes Arbeitsfeld ist nichts statisch. So betreibe er nicht nur klassische, sondern auch kritische Zukunftsforschung. „Ich analysiere bestehende Zukunftsbilder und überlege, wie ich sie aufbrechen kann.“ Das wichtigste Werkzeug der Zukunftsforschung: Szenarien. „Wir beschreiben mögliche Entwicklungen in verschiedenen Bereichen, etwa der künstlichen Intelligenz.“ So böten Beratungen eine bessere Orientierung in der Gegenwart. „Durch diese Vorstellung von Szenarien können Unternehmen ihre Strategien und ihre Weiterentwicklung in der Gegenwart besser planen“.

Zukunftsforscher beschreiben gegenwärtige Zukünfte, nicht zukünftige Gegenwarten

Johannes Kleske spricht bewusst von Zukünften im Plural: „Wir beschreiben sehr ähnliche oder auch unterschiedliche Wege, wie die Zukunft aussehen kann.“ Beispiel künstliche Intelligenz: „Es kann sein, dass die KI Menschen unterstützt und keine Jobs wegfällt oder aber, dass die KI Menschen in Zukunft obsolet macht.“ Mit Prognosen habe diese Vorgehensweise aber wenig zu tun: „Wir machen keine Prognosen. Wir müssen verschiedene Szenarien nebeneinanderstellen. Prognosen versuchen, zukünftige Gegenwarten zu beschreiben. Als Zukunftsforscher analysiere ich gegenwärtige Zukünfte.“

In seinem Berufsalltag sehe es dann so aus: „Wenn ein Unternehmen etwa eine Agenda 2030 ausarbeiten will, beraten wir sie in verschiedenen Bereichen. Wir präsentieren verschiedene Szenarien, wie etwa ihre Zukunft im Bereich Digitalisierung aussehen könnte.“ Solche Strategien zu Szenarien



Foto: Kai Müller

JOHANNES KLESKE ist Diplom-Designer und Zukunftsforscher. Er erforscht mögliche Zukünfte von Arbeit, Kommunikation und Städten. Er ist Mitbegründer von Third Wave, einem Strategie- und Forschungsunternehmen, das Unternehmen und Organisationen bei Prozessen im Bereich der Digitalisierung berät.

sind aber nur der Anfang. Kleske erklärt: „Man muss mit dem Kunden konstant arbeiten und Szenarien und Agenden weiterentwickeln, denn Zukunft stagniert nicht.“

Die Ethik der Digitalisierung wird ein Fest für Juristen

Doch nicht nur die Weiterentwicklung von Unternehmensstrategien beschäftigen ihn. „Für mich sind gerade die Zukünfte der Arbeit ein großes Thema. Das schließt auch gesellschaftliche Prozesse wie Automatisierung und Digitalisierung ein.“ Für das Berufsbild des Juristen in der Zukunft sieht er Chancen und Gefahren: „Wo Mustererkennung und Datenverarbeitung Teile der Tätigkeit sind, ist nur noch offen, in welchem Umfang KI dort ihr Potential entfalten wird.“

Auf der anderen Seite lässt er in seinem Beispielszenario gerade Juristen eine wichtige Rolle zukommen. Thema: Ethik der Digitalisierung. „Wenn es etwa um digitale Datenverarbeitung oder Gesichtserkennung geht – das wird ein Fest für Juristen!“ Neue Gesellschaftsverträge nennt er das.

Corona verändert die Arbeitskultur

Aktuell könnten die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitskultur Weichensteller sein, so Kleske. „Wir werden gewissermaßen ins Reallabor gezwungen, müssen Arbeitsweisen- und Prozesse hinterfragen und neu einordnen.“ So erlebten einige Unternehmen, dass Home-Office angesichts der Corona-Pandemie gut funktioniert und sogar eine Alternative zum herkömmlichen Arbeitsrhythmus darstellen kann. Andere hingegen stellt sie vor große Herausforderungen, etwa wenn im Bereich des digitalen Arbeitens noch Nachrüstungsbedarf besteht. Mit Pauschalisierungen sei er vorsichtig. Dennoch: „Meiner Erfahrung nach werden in Deutschland Risiken bei der Unternehmensgründung- und Weiterentwicklung nur ungern eingegangen.“ Während es zwar Technologieoptimismus und Technologiepessimismus auf der anderen Seite gäbe, seien beides Formen von „Technologiedeterminismus“. Seiner Erfahrung nach fühlten sich viele seiner Kunden in Deutschland gezwungen, sich an Entwicklungen wie Digitalisierung

anzupassen – oft ohne eigene Überzeugung. „Meine Mission ist es gewissermaßen, Unternehmen in der digitalen Welt handlungsfähiger zu machen.“

Man muss nicht immer der Schnellste sein

Vielen kämen bei den Stichworten Zukunftsforschung und Digitalisierung wohl zunächst erfolgreiche Start-ups made in Silicon Valley in den Sinn. „Häufig assoziieren Menschen den Gedanken der Zukunft der Arbeitswelt mit hippen, schnelllebigen Startups.“ Kleske sieht hier die Gefahr, dass diese Art der Unternehmensgründung und -kultur vorschnell ablehnt werde – oder blindlings kopiert.

„Genau da muss man ansetzen. Wir müssen dieses Unternehmensklima hinterfragen und weiterentwickeln: Wie können Unternehmen im Zeitalter der Digitalisierung fairer, inklusiver, nachhaltiger agieren?“ Kleske beobachtet hierzulande eine verwurzelte Unternehmenskultur, die sich bedeutend von der anderer Länder, beispielsweise der der USA, unterscheidet: Den deutschen Mittelstand. „Das sind häufig über Generationen aufgebaute Unternehmen, die gut funktionieren. Das ist das, was uns durch die letzten Finanzkrisen hindurch getragen hat.“ So setzt der Zukunftsforscher bei der Beratung hiesiger Unternehmen, anders als beim amerikanischen „Kollegen“, nicht auf Schnelligkeit, sondern regt an, mit den vorhandenen Ressourcen in die digitale Welt zu gehen. „Manchmal geht es eben nicht darum, der schnellste zu sein, sondern der, der das beste Produkt anbietet.“

„Die Gründung ermöglichte mir zu tun, was ich wollte“

Vor nunmehr 10 Jahren gründete er sein Unternehmen „Third Wave“. Im letzten Jahrzehnt hat er viel Erfahrung im Bereich Unternehmensgründung und -optimierung gesammelt. Würde er heute etwas anders machen? „Ich bin jemand, der sich zwischen den Stühlen wohlfühlt.“ Seine Arbeit an der Schnittstelle von Wirtschaft und Wissenschaft reize ihn noch immer. „Allerdings bin ich vom Typ her kein Geschäftsmann“, sagt Kleske, „und Third Wave hat sich natürlich auch weiterentwickelt. Aber grundsätzlich gab mir die Gründung die Möglichkeit, beruflich das zu tun, was ich wollte.“

Sein Rat zum Abschluss: „Meine Empfehlung: macht euch auf den Weg, aber beißt euch nicht an Ideen fest. Dranbleiben!“

.....
 Anna Seifert
 - Bucerius Law School -

Die Welt braucht mehr Führungspersönlichkeiten, die in sich ruhen

Nur so können wir die notwendige Transformation unserer Welt schaffen

Die Herausforderungen unserer Welt sind sehr griffig in den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen festgehalten. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2020 sagte Angela Merkel über das Thema Klimaneutralität: „(...) das sind natürlich Transformationen von gigantischem, historischem Ausmaß. Diese Transformation bedeutet im Grunde, die gesamte Art des Wirtschaftens und des Lebens, wie wir es uns im Industriezeitalter angewöhnt haben, in den nächsten 30 Jahren zu verlassen.“

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas auf die schon seit langem bestehenden Herausforderungen unserer Welt. Niemand kann noch die Augen vor der Umweltverschmutzung verschließen, wenn man nach dem Lockdown in Mumbai erstmals den Himmel sieht und in Venedig auf einmal wieder Fische im Wasser schwimmen. Organisationen auf der ganzen Welt sind im Krisenmodus, die Kanzlei TaylorWessing entließ mutlos ihre wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – die Schwächsten in der Kette, anstatt zusammenzuhalten. Sowohl unternehmensintern als auch im B2B-Wirtschaftsverkehr ist das aus der Corona-Pandemie resultierende Streitpotential signifikant.

Wir brauchen mehr Führungspersonen, die in sich ruhen

Für diese gigantische Transformation unserer Art des Wirtschaftens und für die Beilegung der Corona-Streitigkeiten brauchen wir Menschen, die in sich ruhen und aus dieser Kraft heraus unsere Welt neu gestalten. In der JUVE Rechtsmarkt 05/20 wird Stephanie Hundertmark, Partnerin von Freshfields, gefragt, auf welche Fertigkeiten es in der aktuellen Corona-Krise ankommt. Sie nennt Demut, Flexibilität, Teamgeist, Mandantenfokus – alles Qualitäten, die Freshfields schon lange sehr wichtig seien. Was mit „Sicherheit auch viel helfe“, sei, sagt Hundertmark, „Gleichmut und In-sich-Ruhen.“

Ich bin selbst Rechtsanwältin und arbeite seit vielen Jahren an der Bucerius Law School in Hamburg. Daher gilt mein Blick häufig zuerst den Juristinnen und Juristen dieser Welt. Ich frage mich erstens, wie wir uns innerlich ausgewogener, stabiler und resilienter aufstellen können, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. Ich frage mich zweitens, wie wir Skandale wie „Cum-Ex“ verhindern können. Der Spiegel betitelt die Handelnden von Freshfields in der Akte „Cum-Ex“ in seiner Ausgabe vom 17. Januar 2020 als eine „arrogante Elite, die sich selbst überschätzte“. Ich frage mich drittens, wie wir andere lukrative Geschäftsmodelle von Kanzleien entwickeln können als das Dieselmanat. Hier befassen sich Hundertschaften von Anwältinnen und Anwälten verschiedener Kanzleien, Legal Tech-Anbieter und Richterinnen und Richter mit dem Thema. Einige Personen werden mit der Diesel-Aufarbeitung reich – doch dient das Deutschland und der Welt? Und selbstverständlich gelten meine Überlegun-

gen nicht nur für die Rechtsbranche, sondern für alle Menschen auf der Welt, die mit ihrer Kraft einen Beitrag zu diesem dringend notwendigen Systemwechsel leisten wollen. Hochschulen sollten aus meiner Sicht bei dieser gigantischen Aufgabe eine zentrale Rolle spielen und schon vor dem Berufseinstieg das erforderliche Rüstzeug – neben der fachlichen Ausbildung – bereitstellen.

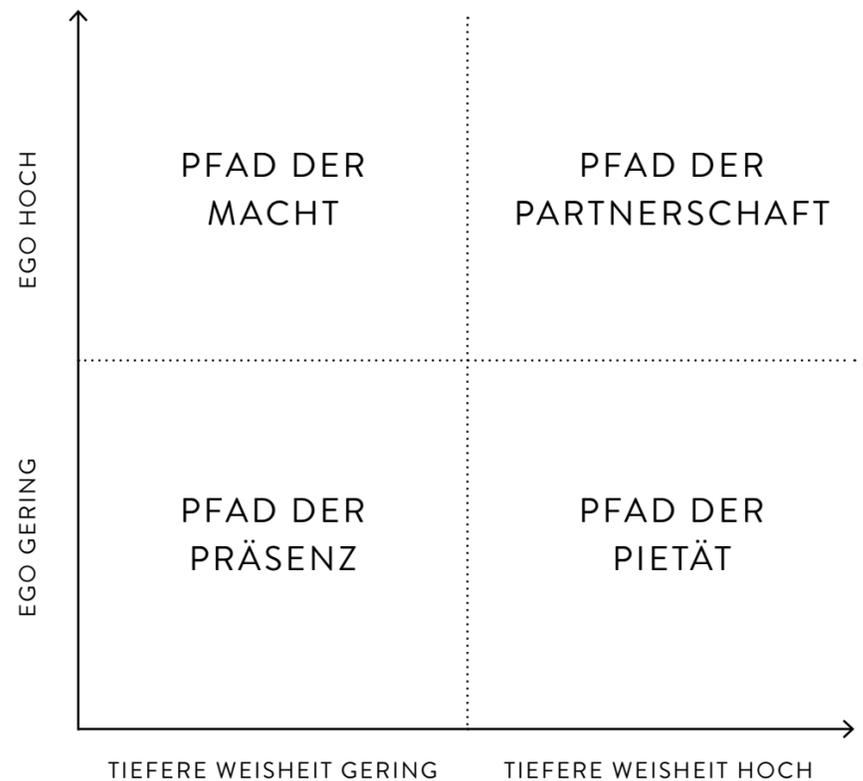
Was ist das erforderliche Rüstzeug?

Wie kann ich also ganz konkret dahin gelangen und in mir ruhen, um mit dieser inneren Kraft die Transformation zu gestalten? Für mich persönlich stellt sich diese Frage seit vielen Jahren täglich. Der Weg, den ich gehe, orientiert sich an zwei sich ergänzenden Ausrichtungen, die ich hier – unpräzise aus psychologischer Sicht – als Ego und Quelle tieferer Weisheit bezeichnen möchte.

Das Ego und die Quelle tieferer Weisheit

Das „Ego“ ist in meiner – wie gesagt unwissenschaftlichen – Bezeichnung die Summe unserer bewussten Gedanken, Gefühle, Erinnerungen und Körperempfindungen. Es geht hier um die Ausübung der linken und rechten Gehirnhälfte mit der rationalen Intelligenz (IQ) und der emotionalen Intelligenz (EI). „Ego“ ist lateinisch für „Ich“, und genau das soll es hier bedeuten: das individuelle Selbstgefühl. Andere Namen für diesen Aspekt der Psyche können sein: „Persona“, „Persönlichkeit“, „bewusst“ oder „Selbst“. Die Rolle des Egos in der Psyche besteht darin, individuelle Bedürfnisse zu erfüllen – zum Beispiel Überleben, Sicherheit, Beziehung, Wertschätzung und Selbstverwirklichung. Unser Ego macht uns daher, so Tim Kelly vom True Purpose Institute, sozial anerkannt, erfolgreich und finanziell wohlhabend. Dieses Erleben kann durchaus zu einer Form des In-sich-Ruhens führen. Da das Ego die Aufgabe der Bedürfniserfüllung sehr ernst nimmt, ist es nicht so offen gegenüber Fragen nach dem eigenen Sinn, der eigenen tieferen Weisheit, der Aufgabe im Leben jenseits von persönlichen Motiven. Immer wenn wir den Pfad des Egos verlassen und uns anderen Inspirationen zuwenden möchten, können unangenehme Ängste hochkommen. Die menschliche Stressreaktion sorgt dann dafür, dass wir unseren Ängsten aus dem Weg gehen bzw. etwas tun oder uns in eine Richtung bewegen, wo die Ängste (leider nur zeitweise) verschwinden (solche Stressreaktionen werden auch mit „fight or flight“ bezeichnet).

„Wer bin ich wirklich jenseits des Strebens nach Anerkennung und Erfolg?“, diese Frage begleitet mich schon viele Jahre. Leider kann das Ego darauf keine Antwort geben, wir müssen uns anderen Quellen zuwenden, um zu unserem wahren Selbst zu gelangen, zu einem Zustand, in dem wir wirklich in uns ruhen. Was ich die „Quelle der Weisheit“ nenne, bezeichnen andere als Intuition, Universum, Gott oder auch als Seele – ohne religiöse Anleihen zu nehmen. Julia von Winterfeldt schreibt in ihren Unterlagen zu dem hervorragenden Leadership-Programm „The Fearless Soul“: „Die Seele kennt keine Angst.



Hier geht es um das Sein im Gegensatz zum vom Ego angeleiteten Tun. Die Seele ist frei von der Unzufriedenheit des Egos, weil die Seele bereits glücklich ist. Sie nutzt den Augenblick nicht als Mittel zum nächsten, wie das Ego. Anstatt aus einem Zustand des Mangels heraus zu reagieren, reagiert die Seele in jedem Augenblick aus einem Zustand der Erfüllung heraus.“

Der Pfad der Macht und der Pfad der Pietät

Lassen wir in den Regeln, denen wir folgen, nur das Ego im oben genannten Sinne sprechen, dann beschreiten wir nach Tim Kelley den „Pfad der Macht“. Geben wir nur der Quelle tieferer Weisheit Raum, dann sind wir auf dem „Pfad der Pietät“, wie wir ihn aus dem spirituellen oder dem religiösen Kontext kennen.

Der Pfad der Macht legt die ganze Aufmerksamkeit auf persönlichen Einfluss über andere („power over“) und auf die Erfüllung der eigenen Wünsche und Bedürfnisse. Das Ego transformiert die Befriedigung der Bedürfnisse in Ziele und sorgt für den perfekten Plan, um diese Ziele zu erreichen. Führungspersonen mit dieser Ausrichtung können eine Meisterschaft auf dem Pfad der Macht erlangen. Sie können reif, gelassen und philanthropisch handeln. Viele lassen sich nur schwer aus der Ruhe bringen und zeigen auch unter Stress ein ausgezeichnetes Urteilsvermögen. Solche Menschen strahlen Selbstvertrauen und oft auch Charisma aus. Ich kann mir vorstellen, dass wir alle jetzt mindestens eine Führungsperson im Kopf haben, die so auf uns wirkt.

Wenn dieser Pfad schlecht ausgeführt und es ein Zuviel des Guten wird, kann es, so Kelley, zu einer „selbstsüchtigen Besessenheit von Macht und Kontrolle“ führen. Kein Erfolg ist genug, es muss immer ein Weiter, Höher,

Besser geben. Der eine oder die andere verliert den Blick für die Mitmenschen und handelt ohne Mitgefühl. Leider haben wir auch zahlreiche Beispiele solcher Führungskräfte in Unternehmen und Kanzleien. Eine überzeichnete Illustration davon ist die von ZDF und Arte co-produzierte Serie „Bad Banks“. Die Regeln, die in vielen Unternehmen und Kanzleien gelten sind ebenfalls ein Beispiel für eine Präferenz des Egos. Da erstaunt es mich nicht, dass unsere Wirtschaftslenker zu häufig dem Sog der Gewinnmaximierung erliegen und auch vor „Cum-Ex“-Geschäften nicht zurückschrecken.

Personen, die dem Pfad der Pietät folgen, haben eine Verbindung zu ihrer tieferen Weisheit, ihrer spirituellen Intelligenz, ihrer Seele. Sie können sehr inspirieren und beeindruckend durch ihre Hingabe an eine Sache. Dieser Pfad ist in vielen Unternehmen tabu, weil er von den konventionellen Zielen der Organisation abzulenken scheint und Ängste aufwirft. Auch diese Ausrichtung wird zu viel, wenn die Hingabe zu einer Unterwerfung an eine göttliche oder spirituelle Macht wird, bei der die persönliche Verantwortung gelehnet wird. Hierzu fällt mir der Film „Kreuzweg“ aus dem Jahr 2014 ein.

Der Pfad der Partnerschaft von Ego und tieferer Weisheit

Um unsere Bedürfnisse nach Anerkennung und Erfolg zu erfüllen und gleichzeitig in Verbundenheit mit dem großen Ganzen zu bleiben, brauchen wir beides: Ego und tiefere Weisheit. So können wir unsere ganze authentische Kreativität, Freiheit, Kraft und Lebendigkeit freisetzen. Auf diesem Pfad der Partnerschaft ehren wir das Ego, sein Machtstreben und seine rationale und emotionale Intelligenz und ergänzen diese um unsere spirituelle Intelligenz. Ausgestattet mit

Fortsetzung auf Seite 22

Fortsetzung von Seite 21

den Informationen unserer tieferen Weisheit kann das Ego ganz andere Entscheidungen treffen (zum Beispiel „nein“ zu einem bestimmten Geschäftsmodell sagen oder der „lose-lose“-Dynamik in der juristischen Aufarbeitung der Corona-Krise etwas anderes entgegenzusetzen). Es ist sogar möglich, dass sowohl spirituelle wie auch eigene, egozentrische Interessen zugleich verfolgt werden (wie das „win-win“-Prinzip beim Harvard-Konzept des Verhandels). Jedenfalls sind die egogetriebenen Verhaltensweisen durch die tiefere Weisheit anders aufgeladen. Auch bei diesem Pfad gibt es eine Schattenseite: Menschen könnten glauben, dass sie durch die Verbindung beider Aspekte „besser“ sind als andere und sie zu missionieren suchen. Dann wäre auch dies ein klares „Zuviel des Guten“.

Ausblick: Wir brauchen ein neues Organisationsmodell

In vielen Unternehmen und Wirtschaftskanzleien bestimmen das Ego und oft auch die Ängste des Egos („Bin ich gut genug?“, „Leiste ich genug?“, „Werde ich anerkannt?“) die innere Ausrichtung der Menschen und dieser Pfad der Macht kennzeichnet auch die Regeln, die in den Unternehmen gelten: Hierarchien, Strategien, Entscheidungsbefugnisse, Leistungsbewertung etc. Das Bewusstsein für die Verbundenheit von unternehmerischen Entscheidungen oder juristischen Beratungsleistungen mit dem eigenen Selbst, den menschlichen Beziehungen, der Gesellschaft, dem Staat und der Natur („Pfad der Pietät“ und „Pfad der Partnerschaft“) ist in

dieser Organisationsform weitgehend stillgelegt. Wir brauchen also auch eine neue Organisationsform mit neuen Regeln, damit die „gigantische“ Transformation gelingt. Es gibt bereits solche Organisationen. Sie integrieren den Pfad der Partnerschaft in ihre internen Regeln und Strukturen. In solchen sogenannten „evolutionären Unternehmen“ (nach Frederic Laloux), zu denen das „For-Purpose-Unternehmen“ zählt (für Einzelheiten siehe mein Buch „For-Purpose. Ein neues Betriebssystem für Unternehmen“), sammeln sich Menschen, die ihren persönlichen Sinn kennen und diesen im Einklang mit dem Sinn des Unternehmens zum Ausdruck bringen. Diese Individuen haben sich entschieden, die Kraft ihres authentischen Selbst zu entfalten, zu entdecken und stetig weiterzuentwickeln. Dieses Potenzial bringen sie jeden Tag in die Arbeit ein. Dabei sind sie sich der Ängste ihres Egos und deren Macht über ihr Handeln bewusst. Anstatt den Ängsten nachzugeben, versuchen sie, diese Emotionen eine Weile zu halten, zum Beispiel durch Achtsamkeitspraktiken. Sie hinterfragen ihre meist aus der Kindheit herrührenden Glaubenssätze („Nur an der Spitze bin ich wer.“; „Nur mit einem Einkommen ab XXX EUR habe ich Anerkennung verdient.“) und versuchen, ihr Leben ganzheitlicher auszurichten. Ihre Normen und Werte stehen für ein neues Verständnis von Macht, das Einfluss und ureigenes Potenzial verbindet. Durch diese Ausrichtung können sie in sich ruhen und in ihren Organisationen Regeln vereinbaren, die Ausdruck des Pfads der Partnerschaft sind.

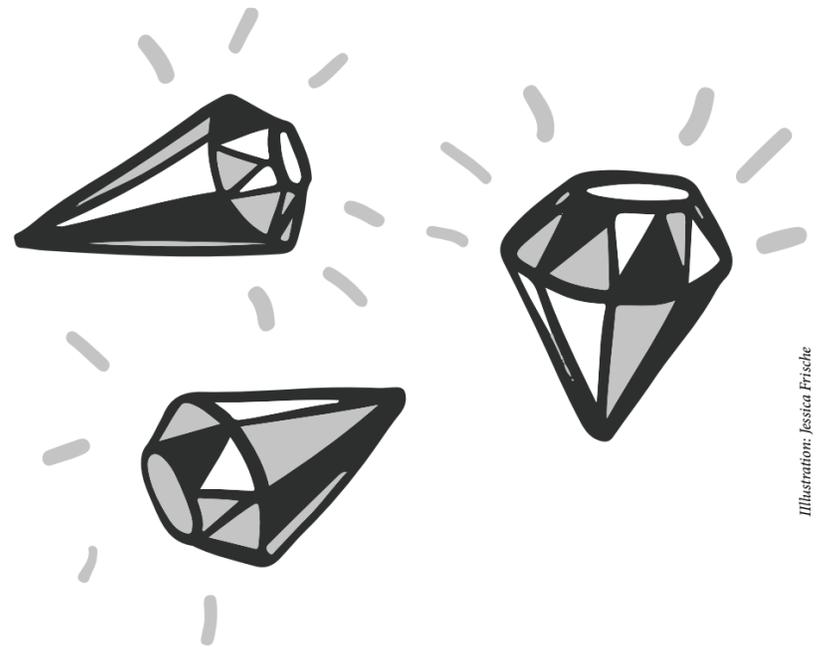


Illustration: Jessica Frische

Law & Soul

Ich komme noch einmal zurück zu den Juristinnen und Juristen. Hätten wir alle sowohl unser Ego als auch unsere tiefere Weisheit parat, wenn wir Mandanten beraten, rechtswissenschaftlich forschen, Gesetze entwerfen, Verträge entwerfen und Rechtstreitigkeiten gerichtlich und außergerichtlich lösen, dann hätten wir eine bessere Welt. Davon bin ich überzeugt. Ich möchte dazu beitragen, dass die Juristenausbildung genau diese Verantwortung in der Gesellschaft übernimmt.

Ich freue mich auf eine Diskussion zu diesen Themen und lade Sie herzlich ein, mir eine

E-Mail an Jo.aschenbrenner@law-school.de zu schreiben. Wenn ausreichend Interesse innerhalb der Leserschaft besteht, richte ich gerne im Sommertrimester einen Termin ein, um die Themen weiter zu diskutieren (Einladung folgt dann gesondert). Gemeinsam können wir dann überlegen, ob und in welcher Form wir diesen Themen hochschulübergreifend weiter nachgehen.

.....
Dr. Jo Aschenbrenner

Syndikusrechtsanwältin Bucerius Law School,
 Gesellschafterin und Purpose Agent
encode.org sowie Selbständige Beraterin

Expertenprognosen als Entscheidungsgrundlage?

Nehmen Sie lieber einen Dart werfenden Schimpansen

Halt dein Rößlein nur im Zügel,
 Kommst ja doch nicht allzuweit.
 Hinter jedem neuen Hügel
 Dehnt sich die Unendlichkeit.

Nenne niemand dumm und säumig,
 Der das Nächste recht bedenkt.
 Ach, die Welt ist so geräumig,
 Und der Kopf ist so beschränkt.

– Wilhelm Busch: „Beschränkt“

„Die Zukunft liegt in Finsternis und macht das Herz uns schwer...“ – So heißt es in einem bekannten Volkslied und immer wieder erleben wir eine gewisse Qual, weil die Zukunft ungewiss ist. Weil wir diese Ungewissheit nicht ertragen wollen, versuchen wir herauszufinden, wie die Zukunft aussehen wird. Wir erstellen Prognosen – nicht nur, um die Zukunft vorstellbar und kontrollierbar zu machen, sondern auch, um eine Basis für unsere Entscheidungen zu schaffen. Immer wieder zeigt sich jedoch, dass auch die Prognosen von Experten falsch sind und daher nicht als (alleinige) Entscheidungsgrundlage dienen können. Wie aber können wir stattdessen zu guten Entscheidungen kommen?

Experten vs. Dart werfende Schimpansen

Wenn es um Themen geht, die viele Men-

schen betreffen, haben wir uns angewöhnt, Experten zu konsultieren. Experten erstellen Wettervorhersagen und Konjunkturprognosen, sie prognostizieren politische Entwicklungen oder die klimatische Entwicklung – alles Dinge mit gesellschaftlicher Relevanz, die somit die Beschäftigung von Experten zu rechtfertigen scheinen. Doch nicht nur unsere laienhaften Prognosen sind oft falsch, auch der durchschnittliche Experte hat in bestimmten Fällen lediglich die Treffsicherheit des Dart werfenden Schimpansen. Dieses Bild – der Schimpanse hatte zunächst noch verbundene Augen – wurde zuerst vom US-Ökonomen Burton Malkiel verwendet und tauchte auch auf, als der Psychologe Philip Tetlock seine Ergebnisse aus zwanzig Jahren Forschung zu Expertenvorhersagen in wirtschaftlichen und politischen Fragen vorstellte. Dabei zeigte sich nicht nur, wie schwer gute Vorhersagen sind. Es wurde auch deutlich, dass Vorhersagen über die Dauer eines Jahres im Durchschnitt wesentlich besser waren als solche, die einige Jahre in der Zukunft liegende Ereignisse betrafen. Interessanterweise stellte sich bei Tetlocks Forschungen aber auch heraus, dass es eine geringe Anzahl von Vorhersagern gibt, die wesentlich besser als der durchschnittliche Experte prognostizieren können – und dies sind keineswegs nur Experten. Um diese Gruppe und ihre angeblich erlernbaren Methoden geht es in Tetlocks Buch Superforecasting:

The Art and Science of Prediction, das der Professor zusammen mit dem Journalisten und Autor Dan Gardner verfasst hat.

Unvorhergesehene Ereignisse – der Stolperstein beim Prognostizieren

Wie fehlbar Expertenprognosen sein können, zeigt ein Blick auf die Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands für dieses Jahr vom Dezember 2019. Damals hieß es, die Konjunktur werde um 1,1 Prozent wachsen, der Staat werde schwarze Zahlen schreiben und das größte Konjunkturrisiko seien Handelskonflikte. Ende Dezember wurde in Wuhan (China) ein neuartiges Virus registriert – COVID-19 bzw. Coronavirus SARS-CoV-2. Das sogenannte „Coronavirus“ beschäftigt uns bis heute und wird wohl auch weiterhin große Auswirkungen auf Wirtschaft und öffentliches wie privates Leben haben. Indes – die Konjunkturprognosen sahen das Virus nicht kommen. Bereits im März dieses Jahres rüderten die Wirtschaftsforschungsinstitute zurück und gehen nun von einem negativen Wirtschaftswachstum für 2020 aus.

Dies zeigt erstens, dass immer wieder Ereignisse auftreten, die unvorhergesehen, wenn nicht unvorhersehbar sind. Die Auswirkungen solcher Ereignisse sind so gravierend, dass sie den Wert von Prognosen zunichtemachen. Die Experten der Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Prognosen

aufgrund von nachvollziehbaren Argumenten erstellt, doch weil sie einen relevanten Faktor nicht vorhergesehen, trat – nach heutigem Wissensstand – nicht annähernd das Szenario ein, das sie prognostiziert hatten. Zweitens lässt sich ableiten, dass selbst Expertenwissen nicht ausreichend sein kann, um das tatsächliche Zukunftsgeschehen im Voraus zu erkennen. Dies mag trivial erscheinen, doch denken wir im Alltag daran, wenn wir Experten zuhören oder ihre Aussagen lesen? Jedenfalls weisen beide Aspekte in eine ähnliche Richtung wie Tetlocks Forschung, die aufgedeckt hat, wie schwierig es auch für Experten ist, mit einer Prognose ins Schwarze zu treffen.

Selbstüberschätzung

Wenn selbst das Wissen „durchschnittlicher Experten“ unzureichend ist, um regelmäßig gute Prognosen zu erstellen, und Tetlocks Forschungen legen das nahe, wie sieht es dann erst bei Menschen aus, die nur über wenig Wissen zu einem Feld verfügen, zu dem sie eine Prognose erstellen müssen oder möchten? Sie werden erst recht über zu wenig relevante Informationen verfügen. Doch dass wir für die Erstellung guter Prognosen oft über zu wenig Wissen verfügen, scheint uns nicht bewusst zu sein. Vielmehr überschätzen wir offenbar unser Wissen bzw. unsere Fähigkeit, gute Prognosen zu erstellen. Diese Selbstüberschätzung wird Overcon-

fidence-Effekt genannt (von *overconfidence*, zu Deutsch „Selbstüberschätzung“ bzw. „Übermut“), wie der Unternehmer und Autor Rolf Dobelli in seinem Werk „Klar denken, klug handeln“ ausführt. Der *Overconfidence-Effekt* gibt die Differenz an zwischen dem, was Menschen glauben zu wissen und dem, was sie tatsächlich wissen. Experten leiden offenbar besonders stark unter diesem Effekt. Sie liegen mit ihren Schätzungen auf ihrem Spezialgebiet ebenso falsch wie Laien, jedoch überschätzen sie ihr eigenes Wissen viel stärker. Daher rät Dobelli auch, allen Vorhersagen gegenüber skeptisch zu sein, besonders gegenüber denen von ausgewiesenen Experten. Weil (Experten-)Vorhersagen gemittelt nicht zuverlässig genug sind, um als (alleinige) Grundlage für Entscheidungen zu dienen, behandelt der nächste Abschnitt einige Alternativen bzw. Ergänzungen dazu.

Gute Entscheidungen treffen

Gute Entscheidungen zu treffen ist besonders dann wichtig, wenn es um „große Entscheidungen“ geht, also solche, die große Auswirkungen haben. Beispiele hierfür können Entscheidungen beruflicher Art sein oder auch Fragen zu Partnerschaft und Familie. Allerdings scheinen solche Fragen in der Regel in die Kategorie der „nicht vorhersehbaren Ergebnisse“ zu gehören. Eine gute Prognose beispielsweise über den Verlauf einer Ehe zu erstellen, ist in der Regel schwierig. Glücklicherweise scheinen wir keine exakte Vorstellung von der Zukunft zu brauchen, um gute Entscheidungen treffen zu können, andere Faktoren erscheinen wichtiger. Wäre es anders, so wäre das Treffen guter Entscheidungen wohl praktisch unmöglich. Für das Treffen guter Entscheidungen brau-

chen wir Informationen, und es bietet sich an, diese möglichst aus verschiedenen – geprüften – Quellen zu beziehen. Es spricht wenig dagegen, hier auch Expertenwissen mit einzubeziehen, doch sollte diesem nicht „blind“ vertraut werden. Dies erscheint erwähnenswert, weil Menschen tendenziell dazu neigen, Autoritäten zu vertrauen (und Experten kann man wohl als Autoritäten ansehen). Eine kritische Prüfung einer Expertenaussage könnte zumindest die Argumentation und die verwendete Rhetorik miteinbeziehen.

Wenn wir Informationen gesammelt haben, können wir auf deren Basis Zukunftsszenarien entwerfen, von „best case“ bis „worst case“. Eine Verschriftlichung dieser Gedanken erscheint ebenfalls sinnvoll. Jedenfalls sind Ruhe (und Zeit) und Reflexion wichtige Schlagworte, wenn es darum geht, wichtige und gute Entscheidungen zu treffen.

Unbedingt notwendig für das Treffen guter Entscheidungen sind Ehrlichkeit und Selbstkritik. Darauf deutet auch der *Confirmation Bias* hin, der besagt, dass wir dazu neigen, neue Informationen so aufzufassen, dass sie unsere bereits vorhandenen (und manchmal schwammigen) Theorien und Überzeugungen nicht verändern – mit gefährlichen Folgen. Dagegen können wir aber ankämpfen, wenn wir uns unsere eigenen Annahmen bewusst machen (zum Beispiel, indem wir diese aufschreiben) und dann zielgerichtet versuchen, diese Annahmen zu widerlegen. Dies könnte uns dabei helfen, nicht immer wieder auf falschen Glaubenssätzen basierend (falsche) Entscheidungen zu treffen. Und wenn wir eine Entscheidung getroffen haben, kann es uns dabei helfen, Hinweise darauf, dass die Entscheidung falsch war, nicht zu ignorieren

– was durch den *Confirmation Bias* auch geschehen kann.

Um zu guten Entscheidungen zu gelangen, genügt es außerdem nicht, nur kurzfristig zu denken. Es geht nicht nur um die Frage, was uns unmittelbar angenehmer oder verlockender erscheint, sondern vor allem darum, was uns langfristig glücklich macht. Dies ist vor allem bei großen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Erschwert wird das Treffen guter Entscheidungen durch eine zu große Auswahl an Entscheidungsmöglichkeiten. Dieser als „Auswahl-Paradox“ bekannte Mechanismus führt erstens dazu, dass wir innerlich in unserem Entscheiden gelähmt werden. Zweitens führt er zu schlechteren Entscheidungen bzw. zu einer Verschiebung der Kriterien, auf deren Basis wir entscheiden: Bei der Partnerwahl zählt dann aufgrund des Über-Angebots im Internetzeitalter das Aussehen mehr als die inneren Werte – die aber laut Befragungen für die Entscheidenden eigentlich mit ausschlaggebend sein sollten. Drittens führt eine zu große Auswahl dazu, dass man unzufriedener wird, weil man nicht weiß, ob man die beste Entscheidung getroffen hat. Viertens weisen Laborstudien darauf hin, dass das Entscheiden Kraft kostet, die später bei der Kontrolle emotionaler Impulse fehlt.

Diese Schwierigkeiten bei der Entscheidungsfindung erklären, warum wir uns so gerne auf Prognosen verlassen, obwohl sie häufig falsch sind bzw. nicht das tatsächlich eintreffende Szenario beinhalten. Prognosen reduzieren die Komplexität der Entscheidungsfindung und vermitteln somit ein Gefühl von Sicherheit.

Schlussfolgerungen

Wir haben gesehen, dass ein durchschnittlicher Experte ebenso wie ein Laie in der Regel keine zuverlässige Prognose liefert. Außerdem wurde deutlich, dass es andere Faktoren gibt, die eine gute Entscheidung ermöglichen als die Kenntnis der Zukunft. Hier sollen nun zum Schluss zwei Vorschläge dafür gemacht werden, was hieraus gelernt werden kann.

Der erste Vorschlag ist eine kritische Haltung gegenüber Prognosen bzw. (prognostizierenden) Experten. Unabhängig vom Renommee des Experten besteht die Möglichkeit, dass er sich irrt. Es erscheint sinnvoll zu prüfen, was für und was gegen das Eintreffen der Prognose spricht und auf welcher Grundlage jemand eine Prognose abgibt. Möglich ist auch, die der Prognose zugrundeliegenden Annahmen herauszuarbeiten und zu prüfen, inwieweit diese Annahmen gerechtfertigt erscheinen. Der zweite Vorschlag ist ein Aufruf zur nüchternen Gelassenheit. Unsere Welt ist komplex und die Zukunft teilweise unvorhersehbar. Doch gerade deshalb erscheint es klug, „einen kühlen Kopf zu bewahren“, nüchtern und ruhig zu bleiben und gelassen auf das zu warten, was kommen wird und was wir nicht beeinflussen können. – Das ist kein Aufruf zum Nichtstun, sondern eher eine Version des Spruches „Gott, gib mir die Gelassenheit...“. Dass die Zukunft zumindest teilweise „in Finsternis liegt“, wie anfangs zitiert, können wir nicht ändern. Und doch haben Milliarden von Menschen vor uns ebenfalls mit dieser Ungewissheit gelebt – und dies vielfach unter mindestens so gefährlichen Umständen wie wir heute.

.....
Jonathan Linden

- Universität Hamburg -

Das Recht im Umgang mit modernen Familien

Wie groß ist die Diskrepanz zwischen Recht und gesellschaftlicher Realität?

Das deutsche Familienrecht und die familienrechtlich geprägten Bereiche anderer Rechtsgebiete haben sich in den letzten 120 Jahren stark gewandelt. In der ursprünglichen Fassung des BGB von 1900 wurde noch zwischen der väterlichen und der mütterlichen Gewalt unterschieden, wobei letztere der väterlichen stets untergeordnet war. 2020 sprechen wir nicht mehr von Gewalt, sondern von Sorgerecht. Dieses teilen sich beide Eltern. Beide Elternteile können das gleiche Geschlecht haben. Die rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich zusammen mit der Gesellschaft weiterentwickelt. So ist es nicht unüblich, dass Kinder in Patchworkfamilien aufwachsen, bei alleinerziehenden Elternteilen, bei gleichgeschlechtlichen Eltern oder in Haushalten, in denen die Mutter mehr verdient als der Vater.

Aber entspricht das deutsche Recht tatsächlich dem Familienleben in diesem Land oder ist es entgegen der Realität von christlich-konservativen Vorstellungen und patriarchalischem Gedankengut geprägt? Wie groß ist die Diskrepanz zwischen Recht und gesellschaftlicher Realität?

Sind Mütter die besseren Eltern?

Rein biologisch bringen Frauen die Kinder zu Welt und stillen sie. Das allein kann Frauen aber nicht zu „besseren“ Eltern machen; das allein gibt ihnen keinen Anspruch, für das Kind zu sorgen und im Zweifel allein über dessen Wohlergehen zu entscheiden. Ein viel diskutiertes Thema im Zusammenhang mit dem Sorgerecht bei Scheidungen ist das sogenannte Wechselmodell. Statt jedes zweite Wochenende und jeden Mittwochnachmittag den Vater zu besuchen und sonst bei der Mutter zu leben, ist das Kind erst sieben bis 14 Tage bei dem einen und dann bei dem anderen Elternteil. Das Wechselmodell ist Ausdruck der 2015 erlassenen Resolution des Europarats zum Abbau der Diskriminierung von Vätern und wird in vielen europäischen Ländern umgesetzt. Auch in Deutschland ist das Wechselmodell möglich und kann sogar gesetzlich angeordnet werden.

Durch das Wechselmodell muss das Kind regelmäßig umziehen, sich alle sieben bis 14 auf ein neues Zimmer, eine neue Umgebung einstellen. Ein Leben, das mit nicht zu vernachlässigenden Unruhen einhergeht.

Auf der anderen Seite bietet dies dem Kind die Möglichkeit, tatsächlich durch beide Elternteile großgezogen zu werden, bei beiden zuhause zu sein, mit beiden Alltagsprobleme zu durchleben und somit verschiedenen Einflüssen ausgesetzt zu sein. Außerdem ermöglicht es beiden Elternteilen, ihre Rolle als Eltern wahrzunehmen und das Kind in seiner Entwicklung zu unterstützen. Dies ist für die Entwicklung und das Wohlergehen aller Beteiligten grundsätzlich erstrebenswert. Die Einschätzung greift selbstverständlich nur unter der Annahme, dass beide Eltern physisch und psychisch in der Lage sind, im Sinne des Kindeswohls für ihr Kind zu sorgen. In Deutschland bleibt dennoch die Zweifelsregelung, dass das Sorgerecht der Mutter zugesprochen wird, bestehen: „im Übrigen trägt die Mutter die elterliche Sorge“. Das Gesetz sieht nicht vor, dass getrenntlebende Eltern gemeinsam und zu gleichen Teilen für ihr Kind sorgen. Dies wird daran deutlich, dass Kinder nur an einem Wohnsitz gemeldet sein können und dass Kindergeld nur einheitlich ausgezahlt werden kann. Wird der Mutter das alleinige Sorgerecht für das Kind zugesprochen, schließt das einen Kon-

takt zum Vater zwar nicht aus, es verhindert aber, dass er in seiner Funktion als Elternteil für das Kind sorgen kann. In Deutschland sind Mütter, wenn man so will, also immer noch die besseren Eltern.

Sind Hetero-Paare die besseren Eltern?

Seit 2017 können homosexuelle Paare in Deutschland heiraten. Mittlerweile dürfen sie auch gemeinsam Kinder adoptieren. Dadurch gewinnt man zunächst den Eindruck, dass die gleichgeschlechtliche Ehe in allen Punkten behandelt wird wie die Ehe zwischen Mann und Frau und, dass auch das Recht zur Kindererziehung unterschiedslos besteht.

Betrachtet man den Gesetzeswortlaut, sind gleichgeschlechtliche Paare aber noch weit von der Gleichstellung zu heterosexuellen Paaren entfernt. Der Gesetzeswortlaut spricht an vielen Stellen noch von „Mutter und Vater“, was suggeriert, dass jedes Kind auch rechtlich zwei verschieden geschlechtliche Elternteile haben sollte. „Hetero“-Paare sind nicht die besseren Eltern, dies sollte sich

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

auch im Gesetzeswortlaut wieder spiegeln. Aufgrund des Verbots der Leihmutterschaft können homosexuelle Paare allerdings hierzulande keine leiblichen Kinder bekommen. Dahinter steht ein sinnvoller Grundgedanke: Der Schutz der Leihmutter. Die körperlichen und psychischen Belastungen einer Schwangerschaft sollen nicht leichtfertig und aus kommerziellen Gründen hingenommen werden. Hinzu kommen die Folgen, die die Trennung von dem Kind nach der Schwangerschaft auf die psychische Gesundheit der Leihmutter haben können, und der Umstand, dass durch eine kommerzielle Leihmutterschaft soziale Notlagen zur Ausbeutung mittellose Frauen führen können.

Allerdings können jene Kinder, die im Ausland durch eine Leihmutter zur Welt gebracht werden, in Deutschland durch das auftraggebende Paar adoptiert werden. Dies animiert Paare oftmals dazu, im Ausland eine Leihmutter zu engagieren. Nicht selten wird ein Land ausgewählt, wo die gesetzliche Lage sehr ungünstig für Leihmütter ist und die sozialen Notlagen der Frauen ausgenutzt werden können. Die Frage ist also: Geht es wirklich darum, Frauen vor den negativen Folgen einer Leihmutterschaft zu schützen? Oder wird dadurch in Deutschland nur der Schein einer Welt gewahrt, in der mittellose Frauen nicht ausgenutzt werden, während tatsächlich nur diejenigen Paare Eltern werden sollen, die dies auf natürlichem Wege können? Würde man wirklich die Leihmütter schützen wollen, wäre es sicher zielführender, Leihmutterschaft in Deutschland zu erlauben, aber an sehr strenge Voraussetzungen zu knüpfen. So würden homosexuelle

Paare die Möglichkeit haben, ein leibliches Kind zu bekommen, während gleichzeitig der systematischen Ausbeutung mittellose Frauen durch die Leihmutterschaftsindustrie entgegengewirkt würde.

Ehegattensplitting – Ein Relikt der Vergangenheit?

Ein weiteres Relikt der Vergangenheit ist das Ehegattensplitting. Beim Ehegattensplitting handelt es sich um eine besondere Besteuerungsform für verheiratete Paare in Deutschland. Hierbei wird nicht jede/r Ehegatte/in in eine individuelle Steuerklasse eingeteilt, vielmehr wird eine gemeinsame Steuerklasse errechnet. Das zu versteuernde Vermögen wird ermittelt und dann „gesplittet“; für diesen Betrag wird der Einkommensteuertarif berechnet, die errechnete Einkommensteuer wird verdoppelt. Dieses Modell schafft Steuervorteile für verheiratete Paare, die ein unterschiedliches Einkommen haben.

Warum ist dieses Modell ein Relikt der Vergangenheit? Es geht von zwei veralteten Standpunkten aus: Zum einen, dass es besser sei, wenn Frauen – die leider in Deutschland immer noch im Schnitt 21 Prozent weniger verdienen als ihre Männer und 54,2 Prozent mehr Zeit in die Kinderbetreuung investieren – zuhause bleiben. Zum anderen, dass nur Ehen erstrebenswerte Beziehungsmodelle seien. Wenig überraschend, kann beides nicht überzeugen.

Sollten Frauen besser zuhause bleiben?

Am Ehegattensplitting wird schon lange kritisiert, es würde der Gleichstellung von Män-

nern und Frauen im Wege stehen. Durch die gemeinsame Besteuerung können verheiratete Paare bis zu 15.000 Euro jährlich sparen. Der ersparte Betrag erhöht sich, je besser insgesamt verdient wird und je weiter die Einkommen auseinander liegen. Dies führt dazu, dass das Elternteil, welches einige Zeit zuhause mit der Kinderbetreuung beschäftigt war, bei einem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt mitunter ähnlich viel verdient, wie durch das Fernbleiben vom Arbeitsmarkt steuerlich erspart wurde. Wenn man bedenkt, dass in einer solchen Situation auch die Kinderbetreuung finanziert werden muss, lohnt sich ein Wiedereinstieg lange finanziell kaum. Das Ehegattensplitting hält also Mütter zuhause. Dies erscheint nicht nur volkswirtschaftlich wenig sinnvoll, sondern widerspricht auch dem verfassungsrechtlichen Gebot, auf die Gleichstellung von Männern und Frauen hinzuwirken. Dennoch wird dieses System seit 1958 in Deutschland gelebt. Wahrscheinlich müssen wir auf die erste Finanzministerin warten, damit das Ehegattensplitting endlich reformiert wird.

Sind Ehen die besseren Beziehungen?

Die steuerlichen Vorteile einer Ehe können bis zu 15.000 Euro jährlich ausmachen. Die Steuerentlastung für unverheiratete Eltern beträgt nur 600 Euro jährlich. Es stellt sich also die Frage: Warum verzichtet der Staat auf Steuergelder, weil ein Paar ein bestimmtes Beziehungsmodell gewählt hat? Es ist nicht ersichtlich, welchen Vorteil der Staat oder die Gesellschaft dadurch hat, dass besonders viele Ehen geschlossen werden. Dennoch versucht der Gesetzgeber durch steuerliche

Vorteile dem Volk dieses Beziehungsmodell aufzudrängen. Es scheint, als hätte nun, da mit Inkrafttreten des Art. 137 der Weimarer Reichsverfassung 1919 die Staatsreligion abgeschafft wurde, der Staat die Aufgabe übernommen, ein religiös geprägtes Beziehungsmodell auf Kosten der Solidargemeinschaft zu fördern.

Es leuchtet ein, Eltern steuerliche Vorteile zu verschaffen. Die Gesellschaft profitiert von Kindern. Es erscheint also fair, der zusätzlichen finanziellen Belastung, die mit der Kindererziehung einher geht, durch Steuervorteile entgegenzuwirken.

Trotzdem werden Ehen steuerlich 25-mal mehr gefördert als Kinder. Der Gesetzgeber scheint also davon auszugehen, dass Ehen die „besseren“ Beziehungen sind.

Recht der Stiefeltern

2010 sind 10,9 Prozent aller Kinder in Deutschland mit Stiefeltern aufgewachsen. Dazu zählen noch nicht jene Kinder, die bei einem Elternteil und dessen nicht-ehelichen/r Lebensgefährten/in leben. Diese Kinder wachsen mit einer Person auf, von der sie nicht biologisch abstammen, die sie möglicherweise nicht seit ihrer Geburt kennen, zu der sie aber eine ähnlich wichtige und emotionale Beziehung entwickeln können, wie zu ihren leiblichen Eltern. Endet die Beziehung zwischen einem leiblichen und einem Stiefeltern, kann seit 1998 zum Kindeswohl ein Umgangsrecht eingeräumt werden. Stiefeltern steht darüber hinaus auch schon während der Beziehung unter Umständen ein sogenanntes „kleines Sorgerecht“ zu. Hier hat sich das Recht der Realität der Stiefeltern angepasst. Eine Entwicklung, die leider an vielen anderen Stellen im deutschen Familienrecht noch fehlt.

Fazit

Das deutsche Familienrecht hat sich im Laufe der Zeit weiterentwickelt und der Realität angepasst. Aber es muss mehr passieren. Leider sind viele Aspekte des Rechts noch von einem konservativen Familienbild geprägt, das noch davon ausgeht, ein Kind wachse bei Mutter und Vater auf: Der Vater verdient – wie es sich gehört – das Geld, während die Mutter sich – wie traditionell üblich – um Kind und Haushalt kümmert. Dies soll ihr dann aber auch selbstverständlich im Falle einer Trennung das Recht geben, allein für das Kind zu sorgen. Dass die klassische Rollenverteilung sich heutzutage aber auch gedreht haben kann oder manche Familienmodelle in keines der vorgegebenen Schemata passen, bleibt leider oft außen vor.

Daran muss sich etwas ändern. Wir müssen auch auf gesetzlicher Ebene gleichgeschlechtliche Eltern, arbeitende Mütter, alleinerziehende Väter und all diejenigen unterstützen, die in einer modernen Familie leben, damit die deutliche Diskrepanz zwischen Recht und gesellschaftlicher Realität verschwindet.

.....
Anna Isfort
 - Bucerius Law School -



KUNST & KULTUR

Überlebenskünstler

Die Folgen der Ausbreitung des Coronavirus trifft freie Künstler*innen und Kreative besonders hart. Doch in der Krise rückt die Szene zusammen und schaut nach vorne. Die Gesellschaft kann nur davon lernen.

Für den ein oder anderen ändert sich nichts. Der Gang vom Schlafzimmer in den Arbeitsraum, die Fahrt mit dem Fahrrad oder ausnahmsweise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ins Atelier – es ist der gleiche Ablauf wie jeden Morgen. Ein paar Telefonate am Vormittag, die Arbeit im Atelier. Anna Nero ist freischaffende Malerin, aktuell sind ihre Arbeiten in der Ausstellung „JETZT! JUNGE MALEREI IN DEUTSCHLAND“ in den Deichtorhallen Hamburg vertreten. Die Ausstellung ist eine von vielen Veranstaltungen, die aktuell nicht stattfinden können. Immerhin wird sie verlängert.

Weniger gut läuft es für ihre Galerie-Ausstellung in Berlin. Schon bei der Eröffnung kurz vor Beginn der Pandemie kamen nur noch enge Freunde. Der sonst so anregende Austausch, die Nachfragen und Kommentare während einer Vernissage – all das fehlt plötzlich im Leben der Künstlerin. An Messen wird die Galerie voraussichtlich nicht teilnehmen, denn die werden abgesagt. Das wird auch die Verkaufszahlen drücken.

Anna Nero zählt zu den glücklichen Ausnahmen, die Künstlerin wird durch ein Stipendium gefördert. Wäre sie noch auf ihre frühere Lehrstelle als Honorarlehrkraft in Mainz angewiesen, käme kein Geld mehr rein. Sorgen macht sie sich vor allem um die vielen Freund*innen, Angehörigen und Bekannten, die ebenfalls freien und kreativen Beschäftigungen nachgehen. Entfällt deren Tätigkeiten wegen Absagen oder Schließungen, werden sie nicht mehr bezahlt. In aller Regel liegt höhere Gewalt vor.

Pandemien sind wie ein Vulkanausbruch. Wer nicht fliegen kann, bleibt sitzen – auch auf den Kosten. Unzählige Künstler*innen stehen im Regen und wissen nicht, wie sie die nächste Miete bezahlen sollen. Sie hoffen auf die staatlichen Rettungsschirme.

»Die Krise zeigt, was vorher niemand hören wollte: Das Leben von freien Kreativen ist ein Drahtseilakt«

Während die verheerenden Folgen der Coronapandemie weltweit kaum absehbar sind, ist bereits jetzt klar: Die Branche befindet sich im freien Fall. Viele Selbstständige, Unternehmerinnen und Unternehmer sind aufgrund der Pandemie existenzbedroht. Das betrifft auch Kunstschaaffende, dabei balancierten sie schon vor der Krise zwischen »Projektlogik« und »Aufmerksamkeitsökonomie«.

Die Künstlersozialkasse beziffert das durchschnittliche Jahreseinkommen versicherter Bildender Künstler*innen mit 17.858 Euro. Rücklagen kann man damit nicht bilden. Doch

während die Infektions- und Opferzahlen steigen und die Weltwirtschaft zusammenbricht, sind Kunstschaaffende an die Existenzbedrohung gewöhnt.

Die Gewöhnung macht die soziale Lage nicht weniger dramatisch, unterstreicht aber, auf wessen Erfahrung die Gesellschaft in Katastrophenzeiten bauen kann. »Es zeigt sich, dass man in Zeiten der Not im gesamten Kulturbetrieb näher zusammenrückt und auf das Bemühen der Behörden und Institutionen unterstützend einzugreifen bauen kann«, sagt Bianca Müllner, Vorsitzende des Berufsverband Bildender Künstler*innen Hamburg und selbst freischaffende Künstlerin.

Die Solidarität unter den Kunstschaaffenden funktioniert. Davon können sich diejenigen etwas abschauen, die sich um ihr Klopapier-Depot sorgen. An Lösungen für die Zukunft wird mit Hochdruck gearbeitet. Viele inspirierende Ideen und neue Verwertungsmöglichkeiten sprießen bereits aus dem Boden. Damit verdient vorerst niemand Geld, doch Kunstschaaffende kennen die Situation in Vorleistung zu gehen nur zu gut.

Es ist nicht erst seit gestern bekannt, dass Kunstschaaffende mit dem Versprechen der Sichtbarkeit gelockt, aber letztlich für den geschaffenen Mehrwert kaum entlohnt werden. Es fehlt die Lobby. Strukturen, die privatwirtschaftlichen Interessenverbänden oder Handelskammern ähneln, sind in der Kunstbranche nicht gleichermaßen vorhanden. Kunst wird für gegeben hingenommen. Dabei schafft sie Lebensqualität und verbindet, sie hält die Gesellschaft im Innersten zusammen.

Erste Hilfsmaßnahmen wurden von der Staatsministerin für Kultur und Medien versprochen und in manchen Bundesländern wie Hamburg und Bayern schon umgesetzt. Bianca Müllner attestiert der Hamburger Kulturbehörde ein gutes Krisenmanagement. Ziel sei es, in der Kürze der Zeit vor allem auch die Basis ihrer beruflichen Existenz zu sichern. Solidarität ist das Gebot der Stunde, allerdings nicht nur unter den Kunstschaaffenden, sondern auch mit den Kunstschaaffenden.

Moritz Frei, freischaffender Künstler aus Berlin, hat jetzt das Kind zu Hause. Seine Ausstellungen und Veranstaltungen sind abgesagt, der Eigenverlag ist bis auf den Online-Handel zum Stillstand gekommen. Doch er kann neben all den Sorgen auch Positives finden. Das ungewollte Home-Office nutzt er für einen humoristischen Kommentar vor der Karibik-Fototapete im heimischen Wohnzimmer. Die »Corona-Chronik« veröffentlicht er gemeinsam mit der Schauspielerin Anne Hoffmann täglich auf YouTube. Als Urlauber sind



Foto: Diana Greiner

die beiden in der Karibik unter Palmen gestrandet. Aus der Distanz nehmen sie Anteil an der Katastrophe und kommentieren damit das tägliche Geschehen: Social-Distancing im Soli-Quarantäne-Zelt am Strand – auch wegen der brennenden Sonne.

Er sieht den Staat und die Gesellschaft in der Verantwortung, die Kulturbranche aufzufangen. Andernfalls wird vieles dauerhaft wegbrechen. Kleine Theater und Galerien sind wichtige Plattformen für Künstler*innen, um Kontakte zu knüpfen und sichtbar zu bleiben. Ein ungutes Gefühl macht ihm die Ungewissheit, aber die war im Leben eines Künstlers schon immer da, nun kommt sie in anderem Gewand.

»Kunst schaut in der Krise bereits nach vorne, während andere noch nicht einmal darin angekommen sind«

Angeichts der angekündigten öffentlichen Rettungsmaßnahmen hofft Moritz Frei, dass eine existenzielle Krise für Kunstschaaffende abgewendet wird. Er ist optimistisch. Künstler*innen sind ausgebildete Strategen im Überlebenskampf. Etwas Entschleunigung kann für jeden zur Selbstbesinnung führen und den Boden für neue und experimentelle Formate bereiten. Denn Kunst nimmt nicht nur, sie gibt auch.

Eine Rezession zum Schutz der Schwachen in Kauf zu nehmen – für Moritz Frei ein wertvolles Zeichen der Solidarität. Die wird in Zukunft noch wichtiger werden. Schließlich steht mit dem Klimawandel die nächste Katastrophe schon ins Haus. Dennoch gibt es im-

mer noch viele, die den Ernst der Lage nicht erkannt haben, eine Parallele beider Katastrophen. Hamsterkäufe, Nationalstaatlichkeit, vergessene Flüchtlinge an der Grenze; Solidarität grassiert noch nicht in gleichem Maße wie das Virus. Deshalb braucht es jetzt die Kunst, die mit pluralistischen Werten ansteckt, die uns zusammenhalten.

Aktuell ist populär, wer durchgreift. Der Wettbewerb um die entschlossenste Ordnungspolitik hat begonnen. Einschränkungen der Versammlungs-, Religions- und Bewegungsfreiheit sind im Angesicht der Pandemie selbstverständlich geworden. Die Maßnahmen mögen richtig sein, doch die Pandemie ist nicht nur eine Gesundheitskatastrophe, sondern auch eine Krise des sozialen Lebens und des Freiheitsstaats.

Wie kommen wir da raus? Moritz Frei sieht die Gesellschaft in der Pflicht, Eigenverantwortung zu übernehmen und sich zu fragen, was der Einzelne für den anderen tun und wie man die Zukunft gemeinsam gestalten kann. Kunst schaut in der Krise bereits nach vorne, während andere noch nicht einmal darin angekommen sind. Kunst kann Katastrophe. Im Beuys'schen Sinne sollte jetzt jeder Künstler sein.

.....
Justus Duhnkrack

- Rechtsanwalt in Hamburg -

Dieser Beitrag erschien ursprünglich in HALLE4, dem Online-Magazin der Deichtorhallen Hamburg.

Kinderträume

Zitroneneis Part I

Gedenken an Verstecke im Garten

Wir hatten Wünsche und Pläne. Die meisten von uns vergaßen sie bereits, als bunte Streusel nicht mehr automatisch auf unser Zitroneneis gehörten, als Stoffhunde verstaubten und Sehnsüchte zu zielsicherem Streben wurden. Irgendwann passten auch die Träumer ihre Absichten an, falteten Papierflieger auseinander und wir wandelten gemeinsam durch die Zeit zwischen früher und heute. Es hat sich viel und zugleich nichts geändert. Unsere Gesichter haben die kindliche Weiche verloren, unser Selbstbild und unsere Träume haben Kontur gewonnen. Eine große Willkür und viel Glück bestimmen seither die Begegnungen und das gegenseitige Verständnis unter Erwachsenen. Unter uns also. Vielleicht bin ich erst in einigen Jahren an dem Punkt, von dem aus du eine Linie zu ziehen versuchst, die ins Nichts verläuft. Oder ich war längst dort. Während wir hier sitzen, zwischen Elefanten aus großen Versprechen, stelle ich fest: Wir können nicht erwarten, dass andere die Gründe unseres Verhaltens verstehen, so viele gibt es. Die einzige, die alle Einzelheiten kennt, bin ich. Ich kenne jeden Tropfen im Fass. Meine Erinnerung schenkt mir Einsichten, die sich wie neue Entdeckungen anfühlen und was wäre das alles ohne diese Ausgrabung von Funden, die schon die ganze Zeit unter unseren Füßen im Boden lagen? Wir müssen nur wissen, dass da noch viele Schmuckstücke liegen, die wir alle in unterschiedlicher Reihenfolge entdecken und freilegen. Manches vergraben wir nach einiger Zeit wieder, anderes bewahren wir für immer. Und wenn du das nicht weißt, wirst du mich nie verstehen. Eine Aufgabe der Erinnerung ist es, die Kinder, die wir mal waren, zu bewahren. Wie nach einer langen Reise das Erlebte im Ankommen erhalten. Angefangen mit bunten Streuseln auf Zitroneneis.

.....
Julia Blöcher

- Universität Leipzig -

N I

C H

T S

Seelenleerer Raum. Luft fehlt auch. Weder der geringste Gegenstand noch überhaupt etwas. Nicht einmal ein Glas frisch eingekochter Quittenmarmelade oder eine einsame Shampooflasche in der Ecke. Kein pfeifender Vogel, keine pfeifende Kaffeekanne. Keine verführerischen Wimpern. Kein Bauchnabel. Nichts, was das Leben reicher macht. Keine Begegnungen. Gar nichts. Die große Bedeutungslosigkeit. Wo nichts ist, kann auch nichts wachsen. Kein vierblättriges Kleeblatt, keine Kornblumen. Da erscheint aus dem Nichts ein Satz. Keine Leuchtbuchstaben, keine Druckerschwärze, kein Papier. Nur der Satz. Es muss nicht immer alles Sinn ergeben. Hier gibt's keine Logik, keine Argumente. Es gibt nur mich und meine Gedanken. Und den Raum.

.....
Julia Blöcher

- Universität Leipzig -

Die Welt im Wandel

Der einst so blaue Himmel,
verblasst in einem Grau.
Die leuchtend grünen Wiesen,
werden wieder Braun.

Furcht sorgt für Frieden.
Hass ersetzt Unbeschwertheit.
Und Rache die Menschlichkeit.
Ketten verwischen Fußspuren.
Ein Heulen am Himmel,
und alles ist bedeutungslos.

Erst ein Leuchten,
Dann ein Knall,
es spendet Wärme.
er bringt Veränderung.
Asche fällt vom Himmel
und hüllt die Erde in ein kaltes Grau.
Das Leuchten vergeht,
was bleibt ist Dunkelheit.

Wo einst das Leben,
ist nun die Stille.
Wo einst die Hoffnung,
wohnt nun die Angst.
Wer nicht verbrannte,
brennt im Herzen.
Wo einst die Liebe,
bleibt die Liebe.
Sie sorgte einst für Glück,
doch was bleibt ist Schmerz.

.....
Philipp Stein

- Rheinisch-Westfälische Technische
Hochschule Aachen -

Nicht hinauslehnen

Nicht hinauslehnen
Nicht aus dem fahrenden Zug
Nicht aus dem stillstehenden
Hochhaus zwischen
Herausgerissenen Bücherseiten die
Über Straßen und bürgerliche Gehwege wehen
Weil eine Frau
Liebeskummer hat
Und noch nie
Irgendwas in ihrem Leben
In Ordnung war.

Nicht hinauslehnen
Nicht aus dem Rahmen
Nicht aus dem, was immer war
Irgendwo zwischen
Apfelsaft und dem, was immer war
Bin ich stehen geblieben
Warte hinter Fenstern
Bis der Schaffner vorbei ist
Lehne mich an deine Schulter
Und noch weiter
Den Fahrtwind im Gesicht.

.....
Julia Blöcher

- Universität Leipzig -



Illustration: Valérie Greitens

Autorinnen und Autoren gesucht: Werde Teil der PuG!

Kantig, kritisch, persönlich – die PuG ist die Zeitung von Studierenden für Studierende! Die PuG bietet dir die Möglichkeit, Teil eines Diskussionsforums der anderen Art zu sein: Meinungs austausch und kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Themen, die unsere Gesellschaft und explizit dich beschäftigen. Dir wird eine Plattform geboten, die nicht nur eine große Leserschaft erreicht, sondern auch Raum für Reflexion und argumentativ starke Positionen bietet. Unsere Beiträge stammen von Studierenden und jungen Berufstätigen weltweit; bisher konnten wir Beitragende von ca. 30 Universitäten aus 15 Ländern gewinnen. International vernetzt wirst du die Stimme von morgen im politischen Weltgeschehen. Werde Teil unserer Community und nutze

die PuG als Plattform für deinen Beitrag zur gesellschaftlichen Debatte, ganz egal, in welcher Form: Artikel, Lyrik, Fotoreihen oder Illustrationen – es gibt kein starres Format und keine inhaltlichen Vorgaben. Wir setzen auf die Kraft des guten Arguments und sehen den Wert unserer Zeitung gerade darin, dass sie unterschiedliche Sichtweisen und Ausdrucksformen einander gegenüberstellt und in Austausch bringt.

Für jede Ausgabe geben wir Leitthemen vor, an die du dich halten kannst, aber nicht musst.

Werde kreativ, werde kritisch – werde Teil der PuG-Gemeinschaft!
Wie? Reich uns DEINE schriftlichen Bei-

träge (max. 2000 Wörter) im doc.-Format (Microsoft Word) und DEINE Bilder als jpeg.-Datei ein.

So findest Du uns: sende Deine Beiträge oder Fragen an kontakt@politik-gesellschaft.com. Wir freuen uns auf Deine Nachricht! Außerdem kannst Du unsere Facebook-Seite <https://www.facebook.com/wearepug/> abonnieren, uns bei Instagram folgen (@politik_gesellschaft) oder unsere Homepage www.politik-gesellschaft.com besuchen!

Bis zur nächsten Ausgabe
DEIN PuG-Team

Join our international community of authors and artists

PuG stands for personal pieces, clear stances and critical thinking – it's the journal by students for students. Make PuG your platform and become part of the debate: PuG brings together students and young professionals from different academic fields and political affiliations as authors and readers and offers them a space not only to share their ideas and views but also their art and poetry. By contributing you become part of an international community of young people from up to now over 30 universities and 15 countries around the world – and it keeps growing.

How do I contribute? Send us anything from opinion pieces, poems, photo series or illustrations to the following e-mail-address: kontakt@politik-gesellschaft.com. We're also grateful for any feedback on the ZUKUNFT-issue.

Is there a deadline for contributions? Yes. For our winter-issue, which will be due in November 2020, the deadline for contributions will be around October. Watch our website and facebook page for our call for papers: www.politik-gesellschaft.com and

www.facebook.com/wearepug/, or follow us on Instagram @politik_gesellschaft.

However: You can send us your pieces any time – if you've missed the deadline for our current issue, we may just move it to the next one.

Looking forward to hearing from you!
Your PuG-Team

Impressum

Die PuG ist eine Zeitung von Studierenden und anderen jungen Leuten. Gründungs-ort und Sitz der PuG ist die Bucerius Law School in Hamburg. Die Redakteure sind, wenn nicht anders gekennzeichnet, Studierende der Bucerius Law School.

The PuG is a newspaper run by students and other young people for everyone. It was founded and is based at Bucerius Law School in Hamburg, Germany. If not otherwise indicated, our editors are students from Bucerius Law School.

Besonderer Dank gilt der:

Kursbuch Kulturstiftung

Insbesondere ihrem Geschäftsführer,
Herrn Dr. Sven Murmann.

Herausgeber:

Politik und Gesellschaft e.V.

Vorsitzende:

Sophia Schamberg
Marc Philip Greitens

Redaktionsleitung (i.S.d. § 8 HmbPrG):

Anna Seifert
Isabelle Stein
Pascal Landahl

Redaktion:

Amelie Hoffmann
Arlette Greitens
Engeline Eustrup
Friedrich Muche
Henriette Schwermann
Jasper Tretow
Morten Kramme
Philip Steinheuser
Sophia Schamberg
Valérie Greitens

Layout:

Merle Prestin (HAW Hamburg)

Illustrationen:

Philip Heider
Merle Prestin

Anschrift Herausgeber und Redaktion:

Politik und Gesellschaft e.V.
Jungiusstraße 6
20355 Hamburg

Alle Beiträge erscheinen, wenn nicht anders gekennzeichnet, exklusiv in Politik & Gesellschaft. Die dabei vertretenen Ansichten sind solche der Autorinnen und Autoren; sie spiegeln nicht zwangsläufig die Ansichten der Redaktion oder der Bucerius Law School wider.

ISSN 1862-0213